

elam

D 2835 E

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt M. 1 Juli 7 69 1,— DM



Yellow Submarine:

**Schöne
heile Welt
durch
Pop?**

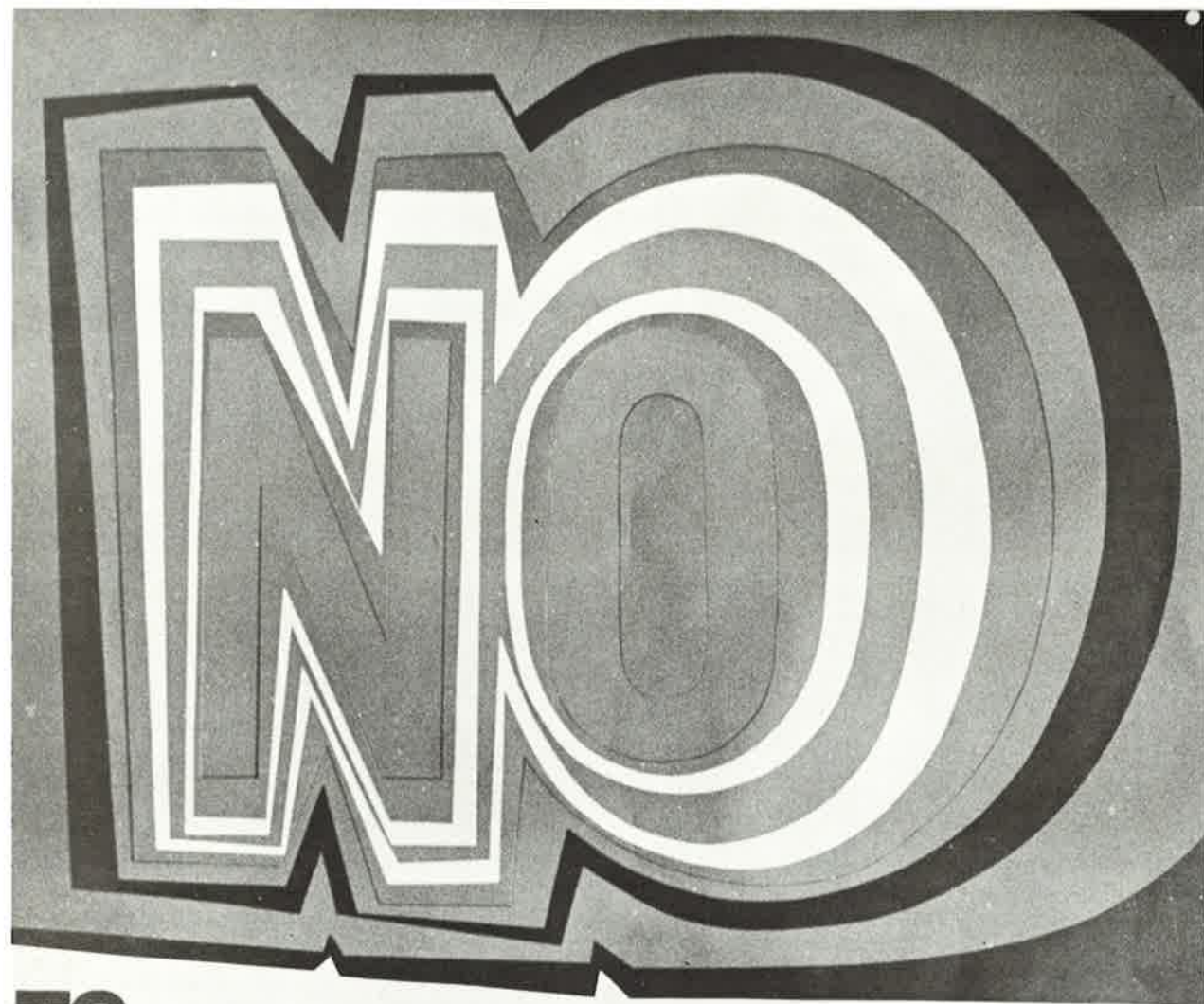
Bildbericht:

**Revanchisten
unter
sich**



Bilanz:

**Die
Todsünden
der
Großen
Koalition**



TO



„Nein zur Nato“ —
dieses Plakat kann zum Einzelpreis von DM 1.50 (einschließlich
Versandkosten) — in Briefmarken — bezogen werden bei:
Weltkreisverlag GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

elan

7/Juli '69

MAGAZIN
FÜR
JUNGE LEUTE



Liebe Leser,
Wir erleben in diesen Wochen die beispiellose Eskalation eines Rechtskurses. Kein Tag vergeht ohne Zeitungsschlagzeilen mit Ministerzitaten, die man bisher nur als Thadden-Reden kannte. Da will sich die CSU nicht rechts überholen lassen und Kiesinger wiederum nicht durch seinen Rechtsaußen Strauß. Thadden: „So wollen wir's haben.“

Die CDU hat ihre Verhaltensregeln gegenüber der NPD in einer streng vertraulichen Broschüre der Mitgliedschaft mitgeteilt. Motto: „Zu scharfe Kritik schadet eher als sie nutzt.“ Schließlich ist „nicht alles unrichtig und abzulehnen, was die NPD sagt“. So etwa „die Rechte Deutschlands in seinen Grenzen von 1937“. Und NPD-Thadden ergänzt den Katalog wesentlicher Übereinstimmungen mit der CDU/CSU in seinem SPIEGEL-Interview: „Daß bestimmte Kompromisse zum Beispiel in Sachen Mitbestimmung nach dem Einzug von 50 NPD-Abgeordneten in den Bundestag noch schwieriger durchzusetzen sein werden, als das jetzt schon der Fall ist, das ist klar. Das gilt auch für eine Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages.“

So sieht ein Ausschnitt aus dem Tagebuch des Rechtskurses aus:
12. Juni: Die Demokratische Aktion berichtet über die geheime Gründung einer militanten Sicherheitsgruppe der CSU. Die VVN meldet, daß die NPD ebenfalls eine paramilitärische Organisation, angeblich zum Schutz ihrer Versammlungen und Persönlichkeiten, aufbaut, die unter der Abkürzung SG (Schutzgemeinschaft) firmiert und von ehemaligen SS-Offizieren geführt wird. — 17. Juni: Bundeskanzler Kiesinger hält im Bundestag eine scharfe antikommunistische Propagandarede gegen die Anerkennung der DDR (er nennt das „Bericht über die Lage der Nation“, es war aber nur einer über die Lage der Reaktion). — 18. Juni: Das baden-württembergische Innenministerium muß bestätigen, daß in diesem Bundesland neonazistische Jugendorganisationen wie der Bund Heimat-

treuer Jugend und die Wiking-Jugend militärische Übungen veranstaltet haben, um sich auf einen Einsatz vorzubereiten, der sich „morgen oder übermorgen gegen Feinde im Innern“ richten werde (so die Veranstalter). — 18. Juni: Kiesinger fordert auf einer Tagung des Bundeswehrverbandes, daß die Bundeswehr künftig „eine große Schule der Nation für unsere jungen Leute“ wird. Begriffe wie „Bürger in Uniform“ und „Innere Führung“ seien „alte Klischees“. Analog zu dieser Haltung seines Kanzlers fordert Minister Schröder auf derselben Tagung, daß in den Schulen mehr Wissen über das Militär verbreitet werden soll. — Und schließlich am 19. Juni: „Unter dem Beifall von mehreren hundert Industriellen aus dem ganzen Bundesgebiet hat Bundeskanzler Kiesinger in Bonn die Unruhe unter Studenten als Bürgerkriegssituation bezeichnet, der man zu begegnen habe.“ (Frankfurter Rundschau)

NPD, CSU und Neonazijugend proben den Bürgerkrieg. Aber der Bundeskanzler verliert dazu kein Wort. In Fortführung seiner eigenen faschistischen Traditionen führt er seinen Bürgerkrieg gegen die unruhige Jugend, die demokratische Veränderungen will und den neuen Faschismus nicht widerstandslos heraufkommen läßt. Die Industriellen applaudieren ihrem Kanzler. Sie haben Klassenbewußtsein.

Kiesingers Rede ist nicht isoliert zu sehen. Gleichzeitig haben nämlich die Studenten, Schüler, Lehrlinge und Arbeiter durch eine geschlossene Aktion in Hannover die Zurücknahme unverschämter Nahverkehrstarife erzwungen. Ein ähnlicher Streik fand in Heidelberg statt. Die Bevölkerung war solidarisch mit ihrer Jugend. So etwas versetzt die Kiesinger in Angst und Schrecken. Die einfache Diffamierung reicht nicht mehr aus! Die Bürgerkriegsdrohung muß her! Notstandsgesetze gibt es schon, nun müssen sie auch genutzt werden.

Gemeinsam sind wir stärker! — formulierten Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter und Studenten in einem Flugblatt, das in Bayern gegen die NPD verbreitet wurde. Ja, gemeinsam. Nun muß endlich das Gezänk, die Eifersüchtelei, das Sektierertum unter den Linken aufhören. Damit der Kampf geführt wird. Gegen den Rechtskurs. Jetzt, zur Bundestagswahl und auch danach. Der Gegner schenkt uns nichts. Daran sollten wir in diesen Wochen denken.

Herzlichst
Rolf Jürgen Priemer

Rolf Jürgen Priemer

HERAUSGEBER
Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR
Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG
Jerken Diederich

REDAKTION
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags GmbH.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER
Werner Maletz

PREIS
elan erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,— einschl. Mehrwertsteuer / Jahresabonnement DM 13,— einschl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt / Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M. Kto.-Nr. 2032 90

FOTOS: dpa, Agentur Döhrn, Klaus Rose, Thomas Billhardt, Gunther Kubon, Houwer-Film, DEFA, United Artists, Gerhard Grau

TITELBILD: King Features

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.



Die 7 Todsünden der Großen Koalition

Die Tage dieses Parlaments sind gezählt. Am 28. September sollen die Wahlberechtigten wieder für vier Jahre ihre politischen Entscheidungsrechte an Abgeordnete übertragen und dann schweigen. So denken es sich die herrschenden Politiker. Rechenschaftslegung vor den Wählern, Mitbestimmung der Wähler auch während der Legislaturperiode, Abwahl schlechter „Volksvertreter“ — das ist im bundesdeutschen Parlamentarismus nicht vorgesehen. Deshalb muß zum Wahltag besonders kritisch Bilanz gezogen werden — damit die Richtigen gewählt werden. Und auch, damit man nicht auf die Augenblicksversprechungen der Herrschenden hereinfällt.

„Dieser Entwurf ist ein kühner Schritt, der nur in der Zusammenarbeit der beiden Koalitionsparteien, in der Großen Koalition, möglich war“ — sprach Arbeitsminister Hans Katzer (CDU), als er das nach Unternehmermaß geschnittene Berufsbildungsgesetz feierte. Er hatte so unrecht nicht. Und er hätte auch jede beliebige andere Entscheidung nennen können: ob demokratiezehrende Notstandsgesetzgebung oder Riesengewinne für Unternehmer, ob Forcierung der Rüstung oder Fortbestand der Alleinvertretungsfreiheit gegenüber der DDR, ob Anwachsen des Neonazismus oder Polizeiterror gegen Demonstranten — keinen dieser „kühnen Schritte“ nach rechts, keine Sünde in der Tat und der Unterlassung hätten CDU und CSU allein tun können. Sie brauchten stets die Krücke sozialdemokratischer Minister und Abgeordneter.

Genügt es also, die Auflösung der Großen Koalition zu verlangen? Sicher nicht. 1965 hatte kein SPD-Wähler geglaubt, daß er CDU-Politik unterstützt, wenn er SPD wählt. Der Wahlbetrug erfolgte ein Jahr später. Auch heute sind keine anderen Sicherheiten gegeben als jene, die die Gewerkschaftsjugend in einem Beschluß ihrer 7. Bundesjugendkonferenz (Braunschweig, November 1968) vorschlägt: „Von der Antwort der Kandidaten auf die Fragen nach Notstandsgesetzen, verbesserter Bildung und Ausbildung und demokratischen Rechten der Jugend sowie von ihren Taten in der Vergangenheit muß abhängig gemacht werden, ob sie gewählt werden. In den Bundestag gehören Abgeordnete, die im Interesse der Arbeitnehmer handeln.“

Und die Jugend der IG Chemie forderte unlängst auf ihrer 8. Zentralen Jugendkonferenz dazu auf, auch die Einstellung der Kandidaten zur Vorbeugehaft und zur Ausdehnung der Mitbestimmung sowie ihre Haltung während der NS-Zeit zum Maßstab für die Unterstützung zu machen.

Das sind klare Worte.

elan hat die Politik der CDU/CSU geprüft, die diese mit Hilfe der SPD-Minister und -Abgeordneten machen konnte. Die Bilanz: Sieben Todsünden der Großen Koalition!

Im Sinne der Arbeiterjugendbeschlüsse sind die Abgeordneten, die diese Todsünden zu verantworten haben, nicht mehr wählbar!



1. Keine Rechte für die Jugend

Die Herabsetzung des Wahlalters — wer erinnert sich noch an das versprochene Trostpflasterchen aus der Zeit wachsender Jugenddemonstrationen? Doch dieses Grundrecht der Jugend geriet bei den Herrschenden ebenso in Vergessenheit, wie die von den Jugendverbänden geforderte Mitbestimmung der Jugend in allen sie betreffenden Fragen.

Sogar die wenigen bestehenden Rechte der Jugend werden angetastet: Das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung soll den im Dienst befindlichen Soldaten genommen werden; ein „Internationaler Jugendaustausch- und Besucherdienst“ (IJAB) des Bundesfamilienministeriums wurde installiert, um die internationalen Kontakte der Jugendverbände im Sinne der Bonner Außenpolitik zu kanalisieren; unbequemen Jugend- und Studentenorganisationen, wie dem VDS, werden die Förderungsmittel gestrichen. Auch die Förderungsmittel für die politische Bildungsarbeit der Jugendverbände wurden gekürzt.

Nichts ist geschehen,

- um die Position der Betriebsjugendvertreter durch Kündigungsschutz zu verbessern (im Gegenteil, unbequeme Jugendsprecher wurden entlassen);
- um einen bezahlten Bildungsurlaub gesetzlich zu verankern;
- um junge Menschen in Parlament und Ministerien anzuhören (dafür wurden aber Altnazis wie Dr. Fritz Arit vom BDI in Beratergremien für Jugendfragen berufen);
- um Jugenddebatten im Parlament im Sinne der Jugend zu führen (stattdessen werde sie beschimpft und der Polizeiterror gegen sie verstärkt);
- um Springers Macht einzuschränken;
- um die Dauer der Wehrdienstzeit zu verringern;
- wirkliche Chancengleichheit durch bessere Ausbildungsförderung zu sichern.



2. Bildungs misere nicht beseitigt

Es „soll die Verstärkung der beruflichen Bildung dazu beitragen, daß sich die für ein ausreichendes Wachstum der Wirtschaft notwendigen strukturellen Anpassungsprozesse vollziehen können“. So wird im schriftlichen Bericht des Bundestagsausschusses für Arbeit die Zielstellung des neuen Berufsbildungsgesetzes charakterisiert. Also Ausbildung für die Bedürfnisse der Wirtschaft (sprich: Unternehmer). Von Mitbestimmung der Betroffenen ist keine Rede. Die gesamte berufliche Bildung und Ausbildung bleibt im Einfluß der Unternehmer-Kammern. — Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist nicht im Interesse der Jugendlichen novelliert worden. Die von den Arbeiterjugendverbänden erhobenen Forderungen nach generellem Verbot der Kinderarbeit und Nachtarbeit, nach Verbesserung der Urlaubs- und Pausenregelungen wurde überhaupt nicht behandelt.

Die Berufsausbildung im Interesse der Unternehmer wird ergänzt durch eine ähnlich strukturierte Schul- und Hochschul-ausbildung. Schülern wird verboten zu demonstrieren. Politisch mißliebige Studenten sollen nach einem neuen „Ordnungsrecht“ von der Universität verwiesen werden können. Jegliche oppositionelle politische Haltung soll unterdrückt werden, um die Ausbildung im Sinne von Erziehung eines Fachidiotennachwuchses für die Unternehmer nicht zu gefährden. Alle geschaffenen Regelungen für die Ausbildung in Betrieb, Schule und Universität gehen nicht von einer Bildungsvermittlung aus, die dem einzelnen eine berufliche Perspektive garantiert, sondern von der Erziehung systemkonformen, unkritischen Nachwuchses.

„Die Schulen in unserem Land sind autoritär organisiert. Sie sind fast überall darauf eingestellt, zum Gehorsam gegenüber dem Obrigkeitsstaat und gegenüber einer selbsternannten Herrschaftsschicht zu erziehen. Sie sind darauf eingestellt, die Herrschaft einer sozialen Schicht zu verewigen, die Bildung und Besitz für sich monopolisieren konnte“, stellten 80 Gewerkschaftsfunktionäre Ostern 1968 in einem Appell fest.



3. Der perfekte Notstandsstaat

Der perfekte Notstand droht: die Bundeswehr kann im Innern eingesetzt werden, der Bundestag wird durch den Gemeinsamen Ausschuß entmachtet, das Postgeheimnis ist im Eimer, unbequeme Arbeiter können dienstverpflichtet werden. Dies ist das Verdienst der Großen Koalition, die am 29. Mai 1968 verwirklicht hat, was alle Regierungen vor ihr nicht vermochten.

Die demokratische Öffentlichkeit wird durch Polizeiterror eingeschüchert. Gegen 2000 Bürger, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht haben, laufen Prozesse. Streikende Ingenieurstudenten werden zur Bundeswehr einberufen, oder man streicht ihnen die Stipendien. Zu all dem wird eine Vorbeugehaft vorbereitet, die sogar den Vorsitzenden des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer, Prof. Dahs, fatal an die Schutzhaftbestimmungen des Dritten Reiches erinnern.

Nach Gestapo-Vorbild formiert man in Bonn eine zentralisierte Staatspolizei: Die Befugnisse des Bundeskriminalamtes und seiner Sicherungsgruppe Bonn sollen erweitert werden. Wieder soll es Einsatzmöglichkeiten einer zentralen Polizeigewalt gegen nonkonforme politische Regungen geben.

Das KPD-Verbot ist nicht aufgehoben worden. Selbst ein Programmentwurf der KPD durfte nicht verbreitet werden. Durch das KPD-Verbot sollen die demokratischen Organisationen, die in Opposition zur Bundesregierung stehen, eingeschüchert und in Verbotsnähe gebracht werden, besonders die neugegründete DKP.

Die bedingungslose Aufhebung der Verjährungsfrist für Nazi-Verbrechen ist nicht Wirklichkeit geworden. Mord soll nach 30 Jahren verjähren; NS-Mordgehilfen können straffrei ausgehen. Die Vorschriften über Verjährung von Völkermord haben keine rückwirkende Anwendung, wie Justizminister Ehmke versicherte.

Klammern

„Bundesjustizminister Horst Ehmke hat davor gewarnt, das Problem der Aufhebung der Verjährung für Mord zum Wahlkampfthema zu machen.“ (AP-Meldung vom 18. Mai 69)

„Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen und stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner will das Problem einer Anerkennung der DDR aus dem Prozeß der politischen Willensbildung heraushalten. Auch der Atomwaffensperrvertrag soll nur hinter verschlossenen Türen behandelt werden.“ (Frankfurter Rundschau am 14. Mai 1969)

„Das überlassen Sie doch bitte mir, was ich sage und nicht sage. Ich denke nicht daran, im Wahlkampf die Fehler der SPD hervorstreichchen, das wäre illoyal.“ (Günter Grass laut „Konkret“, am 16. 6. 1969)

„Das Auswärtige Amt in Bonn hat gestern sehr empfindlich auf Versuche reagiert, die Außenpolitik in den Wahlkampf einzubeziehen.“ (Westfälische Rundschau vom 30. Mai 1969)

„Was ist es anders als eine Mißachtung der Verfassung, wenn führende Politiker immer mehr Themen aus dem Wahlkampf heraushalten wollen? Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Kurt Georg Kiesinger will Währungsfragen ausklammern.“ (Gerhard Ziegler in „Frankfurter Rundschau vom 14. 5. 1969)

Ungeheuerliches geschieht! Da gibt es tatsächlich Leute, die wollen Politik im Wahlkampf machen. Wo doch die Wahlen mit Politik nicht das geringste zu tun haben... Gegen einen solchen Mißbrauch wehren sich die Bundestagsparteien natürlich entschieden. Sie sagen kategorisch: Ausklammern!

Wir meinen: Diese Parteien wollen die Bevölkerung über die wahren Machtverhältnisse und über die Auswirkungen der Regierungspolitik täuschen. e! an klammert ein! Wir nennen die Sünden dieser Regierung. Und gemeinsam mit unseren Lesern sind wir aktiv, um diese Politik zu überwinden.



4. Alles für die Unternehmer-Herrschaft

Das waren Jahre der Konzernherren! Im Konzept der Großen Koalition ist sie genau richtig, die „soziale Symmetrie“. Denn das heißt: Alles für die Monopole. Am 5. 2. 1969 übergab Schiller den Jahreswirtschaftsbericht 1969 der Öffentlichkeit. Danach ist geplant, die Unternehmergewinne 1968/69 gegenüber den Jahren 1967/68 um 17 Prozent zu steigern (= 40 Mrd. DM).

Den Arbeitern wird eine Erhöhung der tariflichen Löhne um 5,5% — 6,5% in „Aussicht gestellt“. (Orientierungsdaten werden diese Lohnleitlinien vornehm genannt. Mit Tarifautonomie hat das wenig zu tun.)

Die Monopole danken es Schiller, daß er sich ihnen durch die Krise entstandenen Problemen angenommen hat. So meint Fritz Berg, Präsident des BDI, einen besseren Wirtschaftsminister könne er sich nicht vorstellen. Julius Lehlbach, DGB-Landesbezirksvorsitzender von Rheinland-Pfalz sagte zu der Wirtschaftskonzeption Schillers auf dem 8. Bundeskongreß des DGB in München: „Bisher hat die „Konzertierte Aktion“ weder ihren Namen, noch den Lärm um sie herum gerechtfertigt. Es bleibt festzustellen, daß nach den Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums die pro Kopf verfügbaren Nettoeinkommen der Unternehmer trotz Konzertierter Aktion mindestens doppelt so stark gestiegen sind, wie die verfügbaren Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.“

„Da sie (die Unternehmer) Risiken tragen, müssen sie selber entscheiden und Gewinn haben können.“ (Welt, 6. 11. 68) Das war die Meinung Barzels zur Mitbestimmungsdebatte auf dem CDU-Parteitag 1968. Das Risiko des Arbeiters ist der CDU egal. Die SPD-Führung macht das Thema Mitbestimmung zum Wahlkampf-schlager, ist aber nicht bereit, sich ernsthaft dafür im Bundestag einzusetzen. Die CDU hofft, nach Erringung der absoluten Mehrheit, die Mitbestimmungsdebatte abwürgen zu können. Die Meinung der Herrschenden zur Mitbestimmung:

„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so schwierig wie eine Demokratisierung der Schule, der Kasernen oder der Zuchthäuser.“ (Industriekurier, 7. 10. 1965)



5. Rechtskurs fördert Neonazismus

„Niemand wird uns rechts überholen“, sagt die CSU. Und auch Kiesinger will sich nicht von Strauß rechts überholen lassen (FR 31. 5. 69). Dazu meint Thadden: „Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der NPD, die anderen Parteien zu einem Ruck nach rechts insgesamt zu veranlassen. So wollten wir's haben.“ (Spiegel 26. 5. 69.) Der Erfolg dieses Rechtsrucks der Regierungsparteien ist, daß die NPD bereits mit 61 Abgeordneten in 7 Landtagen eingezogen ist. Schon hat sie den Marsch auf den Bundestag angetreten. Bis heute ist die NPD nicht nach den Bestimmungen des Grundgesetzes aufgelöst worden, obwohl das Material, das sich bei Innenminister Benda angesammelt hat zum Verbot ausreichen würde. Noch immer finden die Kundgebungen der NPD unter Polizeischutz statt. Bei der Bundespräsidentenwahl stimmten NPD, CDU und CSU für Schröder, der danach eine klare Stellungnahme gegen eine Koalition CDU/NPD verweigerte.

In der Bundeswehr wächst der Einfluß der NPD ständig. Unter den Kandidaten der NPD sind Offiziere der Bundeswehr. Das alles kann nicht verwundern, solange bei uns diejenigen an der Macht sind, die schon im Dritten Reich mit an der Spitze standen oder doch zumindest der Nazi-partei angehörten: Kiesinger, Schröder, Schiller, Flick, Blessing. Immer frecher fordern die Vertriebenenverbände — völlig einig mit der Regierung — einen „gerechten“ Frieden in den Grenzen von 1937. Denn ihr Frieden ist erst dann „gerecht“, wenn die Ergebnisse des vom faschistischen Deutschland angezettelten Krieges rückgängig gemacht worden sind. — Und schließlich: CSU und NPD sind dabei, nach SA-Vorbild polizei-ähnliche, innerparteiliche Sicherungsgruppen zu bilden..



6. Die alte „neue Ostpolitik“

„Es ist bei der zweifachen Aufgabe geblieben, ... die Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands freiheitlich zu formen, um sie so mit Westdeutschland zu einem einheitlichen deutschen Wirtschafts- und Sozialkörper zu integrieren“, heißt es in einem Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates beim Gesamtdeutschen Ministerium. Noch deutlicher kann nicht gesagt werden, was mit Alleinvertretungsanspruch und Nichtanerkennung der DDR erreicht werden soll. Für Bundeskanzler Kiesinger ist die DDR lediglich ein „Gebilde“, dessen Anerkennung für ihn nicht in Betracht kommt. Wie sehr die Politik der Nichtanerkennung die internationale Atmosphäre vergiftet und Spannungen hervorruft, zeigt sich in der Bonner Reaktion auf die DDR-Anerkennung seitens Kambodschas und anderer Staaten. Baron von Wrangel (CDU) am 25. 4. 69 im Bundestag: „Wenn wir in der internationalen Politik einer Entwicklung Vorschub leisten, die dazu führt, daß Staaten und Staatengruppen Ost-Berlin anerkennen, ist die völkerrechtliche Anerkennung nicht aufzuhalten. Deshalb müssen wir diese Nichtanerkennungspolitik ganz entschieden fortsetzen.“

Das ganze Gerede von einer angeblich neuen Ostpolitik wird durch die praktische Regierungspolitik widerlegt. Wer nicht anerkennen will, wer die Reprivatisierung der volkseigenen DDR-Betriebe plant, wer Kontakte mit sozialistischen Staaten nur sucht, um die DDR evtl. isolieren zu können, gefährdet den Frieden aufs schärfste. Denn eine solche Politik ist nur mit Gewalt durchzusetzen. Wer sich darüber hinaus weigert, die bestehenden Grenzen in Europa anzuerkennen (Oder-Neiße-Grenze) und gleichzeitig jährlich einen neuen Rekordrüstungsetat beschließt, provoziert Spannungen und kalkuliert die bewaffnete Auseinandersetzung zur Durchsetzung seiner Politik ein.



7. In der Rüstung sind sie fix

Nie war der Rüstungsetat so hoch wie seit Bildung der Großen Koalition. Als Bundesfinanzminister Strauß den Haushaltsentwurf der Großen Koalition am 16. 10. 1968 dem Bundestag vorlegte, stellte er einen Schwerpunkt heraus: Bereitstellung höherer Beträge für die Rüstung. Für Verteidigung u. Zivilschutz 19 352 Mill. Bundesgrenzschutz 324 Mill. Bundeshilfe für West-Berlin 2 723 Mill. Das macht zusammen 22 399 Mill. zusätzlich 8 075 Mill. soziale Leistungen für Kriegsfolgen. Diese Leistungen tauchen zwar im Haushaltsplan immer unter „Sozialleistungen“ auf, zuzurechnen.

Die Steuerzahler müssen also 3 0474 Mill. DM fürs Militär (und seine Folgen), das sind 37% des Gesamthaushalts, aufbringen. Seit 1950 wurden ungefähr 260 Mrd. DM für die Rüstung verpulvert.

Die Mehrausgaben in der Rüstung seit der Wahl 1965 betragen gegenüber der vorherigen Wahlperiode 5,1 Mrd!. Schröders Plan, von 1968 bis 1972 über den Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung hinaus den Rüstungsetat um 2,5 Mrd. zu erhöhen, wurde vom Bundeskabinett am 15. 1. 1969 gebilligt. Hinzu kommen noch Subventionen, die in erster Linie der Rüstungsindustrie zugute kommen. Doch es wird nicht nur in der Bundesrepublik aufgerüstet. Die Bundesregierung leistet zudem einen enormen Beitrag zur US-Aggression in Vietnam — mit Geld (Devisenhilfe, Entwicklungshilfe) und politisch-moralischer Unterstützung der Aggressoren. In ihrem „Bulletin“ vom 29. 2. 1968 teilt die Bundesregierung mit: „Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung stehen für 1967 bis 1971 jährlich 30 Mio. DM für die humanitäre Hilfe in Süd-Vietnam zur Verfügung.“

Die forcierte Rüstungspolitik ist verbunden mit der Nichtunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages. 90 Staaten, u. a. auch die DDR, haben den Vertrag bereits unterzeichnet. Die Bundesregierung weigert sich, den Verzicht auf Atomwaffen zu unterschreiben. Franz Josef Strauß erklärt sogar offen in Großbritannien, daß eine europäische Atomstreitmacht geschaffen werden müsse.

elan testete die Parteien der Großen Koalition. Wir zeigen hier sieben Todsünden auf. Wer in sieben entscheidenden Fragen dem Interesse der Wähler zuwiderhandelt, ist nicht mehr wählbar. Wie stehts aber mit der FDP, der parlamentarischen Opposition? Schneidet sie nicht alte Zöpfe ab? Bei näherem Hinsehen wird klar: Diese Partei ersetzt jeden abgeschnittenen Zopf durch eine noch plundrigere Perücke. Als da sind: keine völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der DDR, keine Mitbestimmung der Arbeiter, Verjährung der Naziverbrechen, Unterstützung der Berufsbildungskonzeption der Großen Koalition. Die älteste Perücke dieser Partei: Erich Mende mit seinem reaktionären Anhang.

Unser Test hat auch ergeben: Die Kandidaten der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) haben sich keine der Todsünden zuschulden kommen lassen. „Von ihren Taten in der Vergangenheit muß abhängig gemacht werden, ob sie gewählt werden“, stellte die Bundesjugendkonferenz des DGB über die Bundestagskandidaten fest. Einer solchen Prüfung halten ADF-Kandidaten stand: Sie gehörten zu den Aktivsten der Bewegung gegen die Notstandsgesetze; als Betriebsräte und Gewerkschafter setzen sie sich für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Beschlüsse ein; bei den Ostermärschen sind sie dabei, wie auch bei den Aktionen gegen Vorbeugehaft und Springer-Hetze. Braune Westen fanden wir bei ihnen nicht, stattdessen rote Fahnen.

Die ADF-Kandidaten sagen: Wir machen nur das, wozu die Wähler uns beauftragen. Was wir gemeinsam fordern, können wir auch nur in gemeinsamen Aktionen der Wähler und Gewählten durchsetzen. Die ADF ruft die Wähler zur tätigen Selbsthilfe auf. Vor und nach der Wahl. Das ist der Schlüssel zur Demokratisierung dieses Landes.

Ulrich Sander

Ein „Regierungsprogramm der IG Metall“ legte diese Gewerkschaft am 26. November 1966 — wenige Tage vor Bildung der Großen Koalition — der Öffentlichkeit vor. In jedem der fünf Punkte handelte die Regierung den Arbeiterforderungen zuwider.

1. Voraussetzung für die Beseitigung der Haushaltsschwierigkeiten und für weiteren sozialen Fortschritt ist ein sofortiger Stopp und allmählicher Abbau von Rüstungsausgaben.
2. Die neue Bundesregierung muß alsbald eine entspannte Entspannungspolitik betreiben und vor allem das Verhältnis zu den osteuropäischen Völkern normalisieren. Dazu gehört auch eine Verstärkung des wirtschaftlichen Austausches.
3. Von der neuen Regierung wird erwartet, daß sie unverzüglich die Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank durch eine entschiedene Wertschöpfungspolitik ablöst und gleichzeitig einen Beitrag zur Preisstabilität durch Verzicht auf weitere politische Preissteigerungen leistet. Die neue Regierung muß die bestehenden Strukturprobleme in der Wirtschaft lösen sowie die Mitbestimmung und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer sichern und ausbauen.
4. Die Tarifautonomie ist im vollen Umfang anzuerkennen. Es dürfen keinerlei Versuche unternommen werden, den Tarifvertragsparteien durch Lohnleitlinien oder ähnliche staatliche Empfehlungen Fesseln anzulegen.
5. Die Gewerkschaften haben sich wiederholt gegen die von früheren Bundesregierungen vorangetriebenen Pläne für eine Notstandsgesetzgebung ausgesprochen. Sie erwarten von der neuen Bundesregierung, daß sie auf eine zusätzliche Notstandsgesetzgebung verzichtet. —

Neuerscheinungen im Juni

Karl Griewank
Der neuzeitliche
Revolutionsbegriff

272 Seiten, kartoniert 15 DM
Leinen 22 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Politikwissenschaft

Eine Einführung in ihre Probleme
Herausgegeben von Dieter Senghaas
und Gisela Kress
432 Seiten, kartoniert 23 DM
Leinen 32 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Dieter Senghaas
Abschreckung und Frieden

Studien zur Kritik organisierter
Friedlosigkeit
320 Seiten, kartoniert 18 DM
Leinen 26 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Walter Euchner
Naturrecht und Politik
bei John Locke

312 Seiten, kartoniert 22 DM
Leinen 30 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Werner Thönnessen
Frauenemanzipation

Politik und Literatur der deutschen
Sozialdemokratie zur Frauenbewegung
1863 — 1933
192 Seiten, Snolin-Broschur 12 DM

Die arabische Linke

Herausgegeben und eingeleitet von
Bassam Tibi
176 Seiten, kartoniert 12 DM
dritte Welt

Renate Zahar
Kolonialismus und
Entfremdung

Zur politischen Theorie Frantz Fanons
96 Seiten, kartoniert 7 DM
dritte Welt

Stanley Moore
Zur Theorie politischer Taktik
des Marxismus

Aus dem Englischen von Helmut
Reinicke
96 Seiten, Snolin-Broschur 9 DM

Europäische Verlagsanstalt

Frankfurt/Main · Postfach 270

Revanchisten unter sich

Eine Dokumentation
von Klaus Rose (Bild) und Ulrich Sander (Text)

Die ganz große Koalition

„Es ist eine der vornehmsten Bemühungen der NPD, die anderen Parteien zu einem Ruck nach rechts insgesamt zu veranlassen. So wollen wir's haben.“
(NPD-Vorsitzender Adolf von Thadden im SPIEGEL-Gespräch vom 26. Mai 1969)

„Verteidigungsminister Schröder hat vor der jungen Union in Oberhausen eine klare Stellungnahme gegen eine mögliche Koalition mit der NPD verweigert.“
(Kölner Stadtanzeiger, 28. 4. 69)

„Sie haben seit Jahren mit wiederholten Appellen zur Aussöhnung und friedlichen Zusammenarbeit mit den Völkern in Ost-Europa, mit ausdrücklichem Verzicht auf Rache und Vergeltung einen nicht zu übersehenden Beitrag für den Frieden geleistet. Mit Ihrem Streben um Zusammenarbeit und Ihren geduldigen Bemühungen um möglichst intensive Begegnungen mit Men-

schen aus Ihrer früheren Heimat ist der deutschen Friedenspolitik wirksame Unterstützung zuteil geworden.“
(Bundesaußenminister und SPD-Vorsitzender Willy Brandt am 29. 4. 1969 vor Vertriebenen-funktionären)

„Die Präsenz der deutschen Vertriebenen und insbesondere der sudetendeutschen auf dieser Kundgebung verleihen unseren Wünschen und dem, was wir zu sagen haben, das Gewicht einer innenpolitischen Realität. So manche, die da glaubten, uns verhöhnen, überrennen und ausklammern zu können, werden dieses Gewicht sehr bald zu spüren bekommen. Die Sudetendeutschen Tage sind Wegmarken der Antwort eines gesunden Volkes auf den Geist der permanenten Zersetzung unserer moralischen und politischen Positionen.“
(Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Dr. Walter Becher, CSU-MdB, auf dem Sudetendeutschen Tag)

20. Sudetendeutscher Tag vom 24. bis 26. Mai 1969 in Nürnberg: Otto von Habsburg, CSU-Staatsminister Fritz Pirkel, Fürst von Liechtenstein Franz Josef II. (von links) und rechts Dr. Walter Becher (Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft) neben Weihbischof Kindermann.



National

„Es sind gerade die Vertriebenen, die zusammen mit den übrigen national gesinnten Kräften maßgeblich zur moralischen und politischen Selbstbehauptung unseres Volkes beitragen.“
(Bundesminister Dr. Werner Dollinger, CSU, als Sprecher der Bundesregierung zur Eröffnung des Sudetendeutschen Tages.)

„Ich sehe keinen Nachteil darin, wenn in bestimmten nationalen Fragen eine Übereinstimmung über die Parteigrenzen hinaus vorhanden ist.“
(NPD-Vorsitzender Adolf von Thadden im SPIEGEL-Gespräch vom 26. Mai 1969)

„Es gibt außer der CDU nur noch eine Partei, ich brauche sie nicht mit Namen zu nennen, die unsere Belange durchaus vertritt.“
(Dr. Holunder, Sprecher der Oberschlesischen Landsmannschaft, „Die Zeit“, 23. Mai 1969)

„Ich gehöre nicht zu denen, die die NPD von vornherein verdammen, betonte Becher laut dpa.“
(Frankfurter Rundschau, 21. Mai 1969)



Verzicht

„Wir verzichten nicht! Jetzt wird Widerstand geleistet.“ — „Das Münchener Abkommen bleibt rechtsgültig.“ — „Der Atomwaffen-sperrvertrag ist unannehmbar.“ — „Funk und Fernsehen propagieren Verzicht.“
(Schlagzeilen des NPD-Sonderdrucks „DN“ zum Sudetendeutschen Tag)

„Wenn es um unser Recht geht, um unsere Heimat und unser Land, kann kein Deutscher ‚Radikal‘ genug sein!“
(NPD-Sonderdruck „DN“ zum Sudetendeutschen Tag)

„Von den in Not und Unterdrückung lebenden europäischen Völkern, den Tschechen, Slowaken und anderen, können die periodisch wiederkehrenden Deutschlandpläne, Anerkennungs-, Verzichts- und Nichtigkeitserklärungen nicht anders gewertet werden, als einen Verrat an ihrem Freiheitswillen.“
(Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Franz Böhm, Nürnberg, 25. Mai 1969)

Führer befehl . . .

„Wir hegen die Überzeugung, daß nur die Kooperation des Fleißes von Tschechen und Sudetendeutschen imstande ist, das gemeinsame Heimatland aus dem Elend der Okkupation und der kommunistischen Befehlswirtschaft zu jenem Wohlstand zurückzuführen, der einstmal die bedeutsamste Industrieprovinz Mittel- und Mitteleuropas geschaffen und gesichert hat. Der Weg des tschechischen Volkes zu Freiheit und Wohlstand führt über die wiedererstandene Zusammenarbeit mit den Deutschen der böhmisch-mährischen-schlesischen Länder.“
(Landsmannschaftssprecher Dr. Becher, CSU-MdB, auf dem Sudetendeutschen Tag)

Die Überwindung der „Teilung der europäischen Völkergemeinschaft“ kann „nicht dadurch geschehen, daß man, wie es bei manchen unserer deutschen Politiker Mode geworden ist, einen einseitigen Schuldkomplex pflegt. Es ist einfach nicht wahr, daß an allem Unrecht der Vergangenheit nur das deutsche Volk schuld trägt.“
(Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Franz Böhm, Nürnberg, 25. Mai 1969)

Deutsche Jugend des Ostens

„Gleichzeitig räumte er (Becher) ein, daß die Landsmannschaft Nachwuchsprobleme habe. Wer als Kind sudetendeutscher Eltern erst nach dem Krieg geboren worden sei, könne nicht Erlebnis-Sudetendeutscher, sondern müsse ‚Bewußtseins-Sudetendeutscher‘ sein. Gerade darum werde ein politischer Dynamisierungsprozeß einsetzen; stärker als bisher werde sich die Landsmannschaft als ein Faktor in der deutschen Politik erweisen.“
(Frankfurter Rundschau, 21. 5. 1969)

„Die Naturfreundejugend Deutschlands ist der Auffassung, daß die Politik der Deutschen Jugend des Ostens nicht mit den Richtlinien des DBJR übereinstimmt. Sie beauftragt alle Leitungsgremien der Naturfreundejugend, die Publikationen der DJO genau zu verfolgen, um Materialien auszuwerten, die bei einem evtl. Ausschlußantrag im DBJR vorgelegt werden können.“
(Antrag von Siegfried Matzat, Landesjugendleiter Niedersachsen, und 14 weiteren Jugendleitern an den Bundesjugendausschuß der Naturfreundejugend Deutschlands)



Die Postkarte für „Sammler“ fand beim Sudetendeutschen Tag viele Käufer.





Zehntausend gegen Bonn

7. Juni: Lehrlingsdemonstration in Köln

Glühende Hitze liegt über Köln. Auf dem Offenbachplatz schwitzen Uniformierte und Protestierende. Rote Fahnen werden entrollt, letzte Transparente mit dem Filzschreiber hergestellt: „Brauchst Du einen billigen Arbeitsmann, schaff Dir einen Lehrling an.“ Und immer wieder Busse, vollbesetzt mit Lehrlingen und jungen Arbeitern. An den Scheiben kleben Plakate: „Opas Berufsausbildung ist tot“. Und: „Lehrlinge fordern Mitbestimmung“. Die Demonstranten auf dem Kölner Offenbachplatz sind die Betroffenen eines Berufsbildungsgesetzes, das der Bundestag vier Tage später beschließen will. (Kommentar zum Inhalt dieses Gesetzes siehe Seite 13).

„Wir wollten nach Bonn“

Unter den Demonstranten findet sich eine große Zahl von Betriebsjugendvertretern. Sie, die ohne Kündigungsschutz unter völlig unzureichenden Bedingungen die Interessen ihrer jungen Kollegen vertreten wollen, haben zur Selbsthilfe gegriffen. An vielen Orten wurden sie zum Motor der Bewegung „Lehrlingsdemonstration in Bonn für bessere Berufsaus-

bildung“.

„Wir wollten nicht in Köln demonstrieren. Wir wollten nach Bonn. Dahin, wo schließlich das neue Gesetz beraten wird, das sich in seinem Inhalt doch wohl eindeutig gegen uns Lehrlinge richtet. Meine Kumpel sind sauer. Die wollten erst gar nicht mit, als es hieß, wir fahren nach Köln und nicht nach Bonn. Und dann auch noch alles in der Halle“. Das sagt mir der Jugendvertreter eines Bremer Metallbetriebes. Viele junge Gewerkschafter fühlen sich vom DGB-Bundesvorstand verschaukelt, der entgegen dem erklärten Willen des DGB-Bundesjugendausschusses auf Köln als Demonstrationsort bestanden hat. „Im Wahljahr ist Bonn tabu“ vermuten diejenigen, die an den Orten die Vorarbeit für dieses Massenmeeting der 10 000 geleistet haben. Wohl oder übel, zum Teil mit Zähneknirschen, haben die Junggewerkschafter Köln akzeptiert. Nach dem Motto: „Köln ist besser als gar nichts“. Eine einheitliche Kundgebung hat Vorrang gegenüber einer Kritik am DGB-Bundesvorstand. Darüber wird auf den Konferenzen der Gewerkschaftsjugend zu reden sein.

Das mußten sich auch jene Superrevolutionäre sagen lassen, die in Köln mit Flugblattmassen erschienen und in den „Gewerkschaftsbürokraten“ ihren neuen Hauptfeind erblickten. Wenn es sie in Köln nicht gegeben hätte, die Unternehmenseite hätte sie erfinden müssen, so nützlich waren ihre Stör- und Spalter-Aktionen für die Feinde der Arbeiterjugend.

Bildungseriese DDR

Auf dem Offenbachplatz formiert sich der Demonstrationzug. „Haut den Bossen auf die Flossen“, lautet ein Sprechchor. Auf Transparenten ist u. a. zu lesen: „Der Bildungseriese DDR imponiert uns sehr“. „Wir wollen lernen, aber man läßt uns nicht.“ „Gott segne das ehrbare Handwerk“. Tausende ziehen in diesem Demonstrationzug zur Sporthalle, in der für 15 Uhr die Kundgebung angesetzt ist. Es hätten noch viel mehr sein können, wenn nicht an einzelnen Orten vom DGB bewußt gebremst worden wäre. Zum Beispiel durch mangelnde Busbestellungen. Kritik daran ist aus den Reihen der Arbeiterjugendverbände zu hören, die zu dieser Demonstration aufgerufen haben. Und das sind: Gewerkschaftsjugend, SDAJ, Naturfreundejugend und Falken.

In den vordersten Reihen der Sporthalle formiert sich von Beginn an eine grölende Truppe von 300 „Umfunktionierern“, bunt zusammengewürfelt aus Troztkisten, Maoisten und Anhängern anderer selbstverliehener „-ismen“. Das einzige was ihre Störaktionen hier bewirken können, ist ein Verwischen des mobilisierenden Elements der Kundgebung.

Wir sind für die APO

Sympathien unter den Lehrlingen und Jungarbeitern erwerben sie hier nicht. Maria Weber vom DGB-Bundesvorstand wird niedergebüllt. Knallfrösche fliegen auf die Bühne. Papierkugeln werden geworfen. Herbert Rautenberg, Betriebsjugendvertreter aus Essen ergreift das Wort: „Bei unserem Kampf um eine zeitgemäße gesetzliche Regelung der Berufsausbildung geht es uns auch um einen Fortschritt im Kampf um Demokratie. Unser Kampf in diesen Fragen geht solange, bis die Verantwortlichen in diesem Staat unsere Forderungen erfüllt haben werden.“

Franz Woschek, neugewähltes Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes und dort für Jugend verantwortlich, leitet souverän, wenn das auch teilweise sehr schwerfällt.

Georg Benz, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall, läßt sich trotz der Wurfgeschosse nicht provozieren: „Wir sind für die außerparlamentarische Opposition, weil wir glauben, daß auch außerhalb des Parlaments politische Willensbildung betrieben werden muß“.

Heftig wendet er sich gegen die Bundestagsabgeordneten, die keine der wesentlichen Forderungen von Gewerkschaften und Arbeiterjugendverbänden in ihrem Berufsbildungsgesetzesentwurf verwirklicht haben. „Er steht in krassstem Widerspruch zu unseren gewerkschaftlichen Forderungen“.

Gesetz für Unternehmer

„Die Berufsausbildung ist nach den Bedürfnissen der Wirtschaft organisiert, damit unterwirft man sie zwangsläufig auch den dort vorherrschenden Prinzipien, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, dem Grundsatz der Gewinnmaximierung, dem Anordnen und Ausführen.“ So charakterisiert Georg Benz das Berufsausbildungssystem in unserem Land. „Die Berufsausbildung wird nicht mehr



Lehrlinge stimmen für Mitbestimmung

„Ich verurteile die gegen den Willen der Arbeiterjugend erfolgte Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes und die Machenschaften der Bonner Parteien, die die Jugend rechtlos halten — und verlange das Mitbestimmungsrecht der Jugend in allen Fragen sowie insbesondere die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.“ Stimmzettel mit diesem Text verbreitet die Dortmunder SDAJ unter nicht wahlberechtigten Lehrlingen, Jungarbeitern und Schülern. Damit soll denjenigen die Möglichkeit einer demonstrativen Entscheidung gegeben werden, die sich am Wahltag nicht für die jugendfeindliche Politik

von Regierung und Parlament revanchieren können. Bei einem Mitbestimmungs-Teach-in auf dem Alten Markt konnten die Dortmunder schon auf mehrere Tausend abgegebener JA-Stimmen verweisen. Die Aktion „Kampf für Mitbestimmung der Jugend“ soll fortgesetzt werden.

NFJ in Aktion

Die verstärkte Aktivität in Betrieb und Gewerkschaft; intensivere Seminarartigkeit zum Problem Berufsausbildung; die Mitarbeit in Lehrlingskomitees und die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen für moderne Berufsausbildung hat die 11. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands beschlossen. Einheitlich vertrat die Naturfreundejugend dabei die Auffassung, daß der vorliegende Gesetzesentwurf lediglich die Profitinteressen der Besitzenden vertrete und nicht die Interessen der in Abhängigkeitsverhältnissen befindlichen Arbeiter und Lehrlinge. Angesichts dieser Tatsache übte die Konferenz praktische Solidarität mit den Lehrlingen. Die Delegierten unterbrachen ihre Konferenz für eine Stunde und verteilten Flugblätter zur Berufsausbildung vor Dortmunder Berufsschulen und in der Innenstadt.

Unternehmer-Sündenregister

Die Aktion „Unternehmer-Sündenregister“ geht weiter! Fragebogen können noch bei der Redaktion angefordert werden: elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16, Tel. 57 20 10.

Jugendprotest im Bundestag

Dies ist ein Auszug aus dem Wortprotokoll der 236. Sitzung des V. Bundestages am

aus der öffentlichen Diskussion verschwinden, bis sie für die arbeitende Jugend zufriedenstellend geregelt ist. Wir werden den Herren in den Kammern und Betrieben nichts schenken... Dieses Gesetz bringt nur den Unternehmern Vorteile. Es sichert ihre bisherigen Vorrechte und gibt ihnen neue dazu.“ Unter dem Beifall der Anwesenden folgte Benz, daß dieses Gesetz schlechter sei als gar keines.

Der übergroßen Mehrheit in der Sporthalle ist klar: die eigenen Forderungen können nicht ohne das Machtpotential der einheitlich handelnden Arbeiterjugend und der Gewerkschaften durchgesetzt werden. Ebenso klar wurde, daß mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes der Kampf nicht eingestellt werden darf.

In der folgenden Diskussion charakterisierte Rolf Jürgen Priemer diese Bewegung: „Kampf für bessere Berufsausbildung ist Klassenkampf.“ Daß das keine Phrase bleibt, zeigen die weiterlaufenden örtlichen Aktionen, in denen jetzt der Kampf um die Mitbestimmung der Jugend zum Mittelpunkt des Wahlkampfes wird!

Quellen

- 1) Georg Benz auf der Protestkundgebung der Lehrlinge und Jungarbeiter am 7. Juni 1969 in Köln.
- 2) Ebenda
- 3) Der Gesetzestext ist zu beziehen (gegen Gebühr) bei: Verlag Dr. Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821.
- 4) Siehe auch elan Nr. 6/69, S. 12 und 23
- 5) Ebenda

11. Juni 1969. Die jugendlichen Demonstranten waren Mitglieder der Gewerkschaftsjugend und der SDAJ, der DKP und der SPD. Ihr Protest richtet sich gegen die Verfahrensweise des Bundestages, hinter dem Rücken der Lehrlinge und Jungarbeiter ein Gesetz zu verabschieden, das sich gegen ihre Interessen richtet.

Der Bundesvorstand der SDAJ hat sich mit der Aktion der Jugendlichen solidarisch erklärt.

Ich danke den Berichterstattern, den Abgeordneten Wolf und Diebäcker, für ihren Schriftlichen Bericht. Wird eine Ergänzung gewünscht? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Wolf.

(Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Ich bitte um Ruhe für den Herrn Berichterstatter.

Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Arbeit legt Ihnen heute den Entwurf eines Berufsbildungsgesetzes vor, das zum Ziel hat, eine umfassende und bundeseinheitliche Grundlage für die berufliche Bildung zu schaffen. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes wird eine schon vor 50 Jahren erhobene Forderung endlich Wirklichkeit.

(Auf der Besuchertribüne ertönt eine Trillerpfeife. — Mehrere jugendliche Demonstranten werfen Flugblätter in den Saal. — Ein Tribünenbesucher versucht zu sprechen. — Der Ordnungsdienst beginnt, die Demonstranten zu entfernen. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Dieser vorliegende Entwurf wurde erarbeitet aus dem von der SPD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Arbeitsmarktes —

(Ein Teil der Demonstranten leistet dem Ordnungsdienst Widerstand, so daß sich ein Handgemenge entwickelt. — Anhaltende Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, weiterzuarbeiten und sich nicht daran zu stören. Die Tribüne wird geräumt werden.

Jetzt erschienen!

Ein Sündenregister der Unternehmer

Umfragen, Analysen, Beispiele aus dem Leben junger Arbeiterinnen und Arbeiter, Enthüllungen.

53 Seiten, Lumbach, DM 2,—

Beschlüsse der Arbeiterjugend

Gewerkschaftsjugend, CAJ, Falken, Jungsozialisten, Naturfreundejugend, SDAJ
80 Seiten, kartoniert, DM 2,—

Weltkreisverlags GmbH,
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel. 57 20 10

Schallplatten aus der DDR

Die Welt verändern wir

u. a. Lied von der blauen Fahne, Lied der Werktätigen, Die Welt verändern wir

33 Upm

Hanns-Eisler-Lieder

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit

Arbeiterkampflieder

u. a. Brüder zur Sonne, Bandiera rossa, Rotgardistenmarsch, Internationale
33 Upm

Wir lieben das Leben

Jugend- und Kinderlieder

u. a. Auf zum Sozialismus, Wir singen schon heute die Lieder von morgen, Lied der Pioniere
33 Upm

100 Jahre

Deutsches Arbeiterlied

Eine Dokumentation (Doppeltasche)

u. a. Internationale, Sozialistenmarsch, Solidaritätslied, Spaniens Himmel, Und weil der Mensch ein Mensch ist.
33 Upm

Spanien 1936 – 1939 I und II

Ernst Busch mit Kameraden der Internationalen Brigaden
45 Upm

Gesamtangebot (Katalog in Vorbereitung) anfordern:

Weltkreis-Verlags-GmbH

Schallplatten
46 Dortmund
Brüderweg 16

Chronik einer Kampagne

8. November 1968

In Hamburg demonstrieren 500 Lehrlinge und Jungarbeiter für Mitbestimmung der Jugend und moderne Berufsausbildung.

23. November 1968

Die 7. Bundesjugendkonferenz des DGB fordert in Braunschweig dazu auf, „überall gezielte Aktionen“ für ein modernes Berufsausbildungsgesetz durchzuführen.

14. Januar 1969

In Essen stellt sich eine Arbeitsgemeinschaft gewerblicher Lehrlinge der Öffentlichkeit vor, die die Ausbildung in den Betrieben testet und Demonstrationen der Lehrlinge organisiert. Solche Lehrlingsausschüsse bestehen auch in Hamburg, Dortmund, Köln, München, Stuttgart, Wuppertal und in anderen Städten.

12. Februar 1969

Der Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend richtet einen Offenen Brief an die Parteien mit Grundforderungen nach einer einheitlichen, fortschrittlichen Berufsausbildung.

24. März 1969

In Briefen an alle Arbeiterjugendorganisationen schlägt der Bundesvorstand der SDAJ vor, Gespräche zu führen, um eine gemeinsame zentrale Aktion vorzubereiten.

11. April 1969

Der Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend ruft zu einer Aktion in Bonn am 21. Juni 1969 auf, (Gewerbeordnung 100 Jahre alt)

25. April 1969

In Dortmund demonstrieren 300 Lehrlinge und Jungarbeiter, einem Aufruf von SDAJ- und Gewerkschaftsfunktionären sowie Betriebsjugendsprechern folgend, für eine bessere Berufsausbildung. In Wuppertal, Offenbach, Frankfurt, Köln, Bremen, Hannover, Peine und anderen Städten schließen sich ähnliche Demonstrationen mit insgesamt über 5.000 Teilnehmern an.

1. Mai 1969

3.000 Jugendliche demonstrieren in Bonn für eine bessere Berufsausbildung. Aufgerufen hatte die CAJ.

2. Mai 1969

Das Deutsche Industrieinstitut warnt vor der SDAJ: „Es ist zu hoffen, daß die vernünftigen Kräfte in den Gewerkschaften diesen Versuchen widerstehen“, schreibt das Unternehmer-Institut.

9. Mai 1969

Der Bundesvorstand der SDAJ veröffentlicht den Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes, der bis dato geheim gehalten wurde, in einer Pressekonferenz in Essen.

10. Mai 1969

Es wird bekannt, daß der Bundestag in der Zeit vom 11. bis 13. Juni den Entwurf des

Berufsausbildungsgesetzes verabschieden will.

12./13. Mai 1969

In getrennten Sitzungen tagen der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand, der Bundesjugendausschuß des DGB und der IG Metallvorstand. Der DGB-Bundesjugendausschuß beschließt, mit einem Sternmarsch nach Bonn gegen den reaktionären Gesetzentwurf zu protestieren und für die Forderungen der Arbeiterjugend einzutreten. IG Metall und IG Chemie stimmen diesem Plan zu. Der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand lehnt ab und schlägt eine Pressekonferenz vor. Die SDAJ begrüßt den Plan des DGB-Bundesjugendausschusses.

17. Mai 1969

Im DGB-Bundesvorstand setzt sich der Gedanke des Sternmarsches nicht durch, es wird eine Kundgebung in der Sporthalle in Köln beschlossen. Angeblich war in Bonn kein geeigneter Platz zu finden, und die Bonner Hallen wurden als zu klein bezeichnet. Andere Gründe, die genannt wurden: Mögliche Störversuche des SDS, Ausschlaggebend dürfte jedoch der Loyalitätskonflikt gewesen sein, in dem sich führende Gewerkschafter befanden, die den SPD-Ministern den Anblick von 10.000 jungen Demonstranten gegen die von der SPD mitverantwortende Politik ersparen wollten.

17. Mai 1969

Die 12. Bundeskonferenz der „Falken“ ruft zur Teilnahme an der Aktion der Gewerkschaftsjugend auf.

18. Mai 1969

Mitglieder des DGB-Bundesjugendausschusses verteilen an die Delegierten des DGB-Kongresses in München einen Offenen Brief, in dem sie Mitbestimmung der Jugend im DGB fordern und auf die Umstände des Sternmarsch-Planes hinweisen.

22. Mai 1969

Der Bundesvorstand der SDAJ bedauert, daß keine Aktion in Bonn stattfinden soll. Um der Einheit der Arbeiterjugend willen und um einen machtvollen Höhepunkt der Bewegung zu unterstützen, ruft er zur Teilnahme an der Kundgebung in Köln auf. Wegen der geplanten Debatte im Bundestag am 11. – 13.6. soll eine zentrale Veranstaltung am 21.6. entfallen und durch örtliche Aktionen ersetzt werden.

29. Mai 1969

Die Sondervollversammlung des Bundesjugendrings protestiert in Düsseldorf einstimmig gegen den vorgelegten Gesetzentwurf.

7. Juni 1969

10.000 Lehrlinge und Jungarbeiter aus der ganzen Bundesrepublik demonstrieren in Köln für ihre Forderungen.

Wenn 300 Bundestagsabgeordnete von ihren Bänken aufspringen und fluchtartig den Plenarsaal des Bundeshauses verlassen, darf man einen besonderen Grund vermuten. Am 11. Juni um 20.30 Uhr war ein derartiger Grund gegeben: Bundestagsvize Dr. Jaeger (CSU) hatte den Punkt 5 der Tagesordnung aufgerufen. „Beratung über den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes in zweiter und dritter Lesung.“

Nur 80 Abgeordnete hielten die Stellung; auf der Regierungsbank die Minister Katzer (Arbeit und Sozialordnung) und Ehmke (Justiz). „Dieses Gesetz“, so hatte IG Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz ¹⁾ vier Tage zuvor in Köln erklärt, „bringt nur den Unternehmern Vorteile. Es sichert ihre bisherigen Vorrechte und gibt ihnen neue dazu.“ Der berichterstattende Abgeordnete Diebäcker (CDU) bestätigte das unumwunden. Die Berufsausbildung sei kein Experimentierfeld für gesellschaftspolitische Vorstellungen, meinte er. Keine Experimente! Die Ausbildung bleibt in den Händen der Unternehmer-Kammern! Kein Abgeordneter erhob Widerspruch. Widerspruch, artikuliert durch eine Trillerpfeife, und die Fragestellung, ob dieses Gesetz für die Unternehmer oder die Arbeiterjugend gemacht werde, kam nur von der Zuschauertribüne. Es waren Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, der SDAJ, der DKP und der SPD, die von dort Flugblätter mit ihren Forderungen in den Plenarsaal warfen. Und daraufhin prompt aus dem Saal geprügelt wurden.

★

20 Jahre lang hat der Bundestag die Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes vor sich hergeschoben. 20 Jahre lang sind ihm Vorschläge von den Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen unterbreitet worden. Nichts von alledem findet sich „Berufsausbildungsgesetz“. Dieses Gesetz legalisiert die vorhandene Ausbildungskatastrophe. Es sichert einen Zustand ab, von dem Georg Benz ²⁾ sagt: „Die Berufsausbildung ist nach den Bedürfnissen der Wirtschaft organisiert. Damit unterwirft man sie zwangsläufig auch den dort vorherrschenden Prinzipien, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, dem Grundsatz der Profitmaximierung, dem Anordnen und Ausführen. Die Folgen sind bekannt: mehr als 60 % aller Auszubildenden mußten ihren Beruf wechseln.“

Das Berufsausbildungsgesetz ³⁾ ist nicht nur in seinem Inhalt autoritär. Schon bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes zeigte sich, in wessen Interesse die Berufsausbildung geregelt werden soll. Der federführende Bundestagsausschuß für Arbeit mit seinem Unterausschuß „Berufsausbildungsgesetz“ hat weder die Forderungen der Gewerkschaften und Arbeiterjugendverbände in seinem Entwurf verarbeitet, noch die der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates ⁴⁾

Ja, die Betroffenen wurden nicht einmal angehört. Gegen diese Praxis wandte sich u. a. auch der Sozialausschuß des Hessischen Landesjugendringes: „Der Sozialausschuß des Hessischen Landesjugendringes hat am 22. Mai 1969 den der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes beraten. Er protestiert gegen das Verfahren des Gesetzgebers und hält es nicht für demokratisch, daß ein Gesetz, das 80 % der in der Berufsausbildung befindlichen Jugendlichen betrifft, verabschiedet werden soll, ohne daß die Betroffenen dazu Stellung nehmen konnten.“

Berufsbildungsgesetz

113 Paragraphen für Unternehmer

Erst zwei Tage vor der entscheidenden 2. Lesung im Bundestag konnte der einfache Bundesbürger in Bonn den offiziellen Text des Gesetzentwurfes erhalten.

★

Gewerkschaften und Arbeiterjugendverbände hatten gemeinsam mit den Sachverständigen der Bildungskommission gefordert:

■ Finanzierung der Berufsausbildung durch alle Betriebe.
Das Gesetz sagt dazu nichts aus.

■ Errichtung öffentlicher Ausbildungsstätten.
Das Gesetz zementiert das Ausbildungsmonopol der Betriebe.

■ Einheitlichkeit des Gesetzes für alle Bereiche.
Das Gesetz sieht insbesondere für das Handwerk weitgehende Sonderregelungen vor.

■ Gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Lehrlinge in allen Bereichen der Berufsausbildung.
Das Gesetz bestimmt, daß die Berufsausbildung nach wie vor nur von den Unternehmerkammern beeinflusst wird (§ 75).

Kommentar des Bundestags-Unterausschußvorsitzenden Harry Liehr (SPD) zu den Forderungen der Bildungskommission und den Beratungen in seinem Ausschuß: Das hohe Maß an sachlicher Übereinstimmung sei bemerkenswert... ⁵⁾

★

Das 113 Paragraphen umfassende Gesetz sieht u. a. die Schaffung von Berufsbil-

dungsausschüssen auf Bundes- und Landesebene vor, ebenso bei den Kammern (§ 50–59). Nur bei den Kammern werden sie paritätisch mit Arbeitnehmervertretern besetzt. Dafür haben diese Ausschüsse praktisch keinerlei Beschlußrechte. Sie sind in ihrer Tätigkeit von den Unternehmerkammern abhängig.

Außerdem ist als neue Einrichtung ein Bundesinstitut für Berufsausbildungsforschung vorgesehen. Praktisch wird dem Institut die Aufgabe zudiktiert, im Interesse der Unternehmen Ausbildungsforschung zu betreiben. Im schriftlichen Bericht des Bundestagsausschusses für Arbeit wird das unumwunden zugegeben:

„... Die Verstärkung der beruflichen Bildung (soll) dazu beitragen, daß sich die für ein ausreichendes Wachstum der Wirtschaft notwendigen strukturellen Anpassungsprozesse vollziehen können.“ Die Betriebe sollen den Beauftragten des Instituts in Ausbildungsfragen auskunftspflichtig sein. Allerdings wird im gleichen Atemzug die Möglichkeit genommen, konkrete Ausbildungsmissstände beim Namen zu nennen. „Veröffentlichungen von Ergebnissen auf Grund von Erhebungen und Untersuchungen des Instituts dürfen keine Einzelangaben enthalten“ (§ 72, 5).

★

Nach dem Willen des Bundestages soll das Berufsausbildungsgesetz am 1. September 1969 in Kraft treten. Damit wird die hundertjährige Oma Gewerbeordnung nicht außer Kraft gesetzt. Sie wird weiterhin Gültigkeit für die Regelung einzelner Fragen der Ausbildung haben. Besonders reaktionäre Formulierungen fallen weg. Trotzdem: das 100 Jahre nach der Gewerbeordnung geschaffene Berufsausbildungsgesetz bringt keinen Fortschritt. Es atmet den gleichen Geist aus, wie seine Vorgängerin.

So wie die Gewerbeordnung 1869 gesetzliche Regelungen der Berufsausbildung im Sinne der Herrschenden beinhalten, so erfüllt das Berufsausbildungsgesetz 1969 die gleiche Funktion. Daraus ergibt sich logischerweise, daß das Berufsausbildungsgesetz für die Arbeiterjugend genauso unannehmbar ist, wie es die Gewerbeordnung war.

Es muß jetzt weiterhin darum gehen, selbst Öffentlichkeit herzustellen für die eigenen Forderungen und die Praxis der Berufsausbildung in den Betrieben unseres Landes. Die elan-Aktion „Unternehmer-Sündenregister“ wird zu diesem Zweck weiterlaufen, ebenso wie Aktionen zu konkreten Ausbildungsmissständen in den Betrieben. Bei allen Aktionen sollte deutlich werden: es geht nicht nur um die Berufsausbildung, es geht insbesondere um das Mitbestimmungsrecht der Jugend,

■ das ihr in den Betrieben vorenthalten wird (dafür „sorgen“ das neue Gesetz und das Betriebsverfassungsgesetz),

■ das ihr in der Gesellschaft vorenthalten wird (das machten die Vorgänger um die Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes erneut deutlich).
Dagegen wird jetzt angetreten. So organisierte die Dortmunder SDAJ eine Abstimmungsaktion unter denen, die zwar vom Berufsausbildungsgesetz betroffen sind, sich aber am Wahltag nicht dafür revanchieren können — den nach dem Willen der Herrschenden nicht wahlberechtigten Jugendlichen in Betrieben und Schulen (siehe auch Seite 11).

Hans-Jörg Hennecke



Die wahre
Story
von der

SPALTUNG SPALTUNG

Deutschlands

Mit der Unterzeichnung und Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 „trat die Bundesrepublik ein in die Geschichte“. So schrieb Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen. „Ich unterschreibe nicht die Spaltung Deutschlands!“ Der diese Worte in die feierlichen Orgelklänge von „Ich hab mich ergeben“ hineinrief, war der kommunistische Abgeordnete des Parlamentarischen Rates Heinz Renner. In den Gedenkreden und -artikeln, die aus Anlaß des 20. Jahrestages des Grundgesetzes gehalten bzw. veröffentlicht wurden, vergaß man eine wichtige Kleinigkeit: Daß mit der Verabschiedung dieser Verfassung — die 1949 noch provisorisch genannt wurde — die politische Zerreißung Deutschlands vollzogen wurde. In unseren Geschichtsbüchern liest man es gewöhnlich anders. Da wird die „Bolschewisierung“ der sowjetischen Besatzungszone für die Spaltung Deutschlands verantwortlich gemacht, die bereits 1945 oder spätestens zwei, drei Jahre später vollendet worden sei. Da wird die Gründung der Bundesrepublik als einzigmögliche Antwort auf „sowjetische Expansionsversuche“ dargestellt. Als ein Akt, um dem deutschen Volk auf dem größten Teil seines Territoriums das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zurückzugeben.

Große Worte! Doch erinnern wir uns der Tatsachen. Der Historiker Siegfried Thomas schrieb für e/an die Geschichte der Spaltung unseres Landes. Er eröffnet damit eine Serie von Artikeln verschiedener Autoren über die Spaltung, über Restauration und Machtverteilung in der Bundesrepublik. Zum zwanzigsten Geburtstag der beiden deutschen Staaten wollen wir Klarheit haben über die Vaterschaft der Geburtstagskinder. Und die Wahrheit sieht anders aus als die Legende von der russischen Vergewaltigung und der Liebesheirat der westlichen Alliierten mit dem Volk in Westdeutschland.

Am 5. Oktober 1945 führte der Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, ein Pressegespräch mit Vertretern der „New Chronicle“ und der Nachrichtenagentur „Associated Press“. Nach eigenen Angaben führte er u.a. aus: „Es sei notwendig, die drei Teile des nicht-russisch besetzten Gebietes ... in einem staatsrechtlichen Verhältnis miteinander zu belassen. Es könnte das evtl. bundesstaatlich sein. Vor allem aber sei es meiner Ansicht nach nötig, die Wirtschaft dieses Teiles, insbesondere die Wirtschaft des Rhein-Ruhr-Staates, mit derjenigen Frankreichs und Belgiens zu verflechten, damit dadurch gemeinsame wirtschaftliche Interessen entstünden.“ (1) Wenige Wochen später äußerte Adenauer in einem Brief an

den Duisburger Oberbürgermeister Weitz ähnliche Gedanken: Bildung eines bundesstaatlichen Zusammenschlusses der drei Westzonen und enger wirtschaftlicher Anschluß an Frankreich und die Beneluxstaaten. (2) Adenauer war kein Einzelgänger. Auch im schleswig-holsteinischen Gründungskreis der CDU wurde offen eine Konzeption vertreten, die den Anschluß der Westzonen an die im Entstehen begriffene antisowjetische Bündiskonstellation forderte. (3) Der Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Zone, Hans von Schlange-Schöningen, prominentes Mitglied der CDU und ehemaliger Großgrundbesitzer, sprach sich Mitte Mai 1946 in einer Denkschrift an die britische Militärregierung gleichfalls für die sofortige staatliche Zusammenfassung der drei Westzonen aus. Er schrieb darin, es sei jetzt „notwendig, die drei Westzonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik unter einer deutschen Zentralregierung mit Exekutivgewalt zu organisieren und damit einen wirtschaftlich gesunden und politisch gefestigten Block gegen die russischen Bestrebungen zu schaffen, der einen festen Anschluß an die westeuropäische Politik

und Kultur findet.“ (4) Ein bekannter publizistischer Verfechter der Politik des deutschen Monopolkapitals, Arnold Reberg, Bruder des bekannten Kalikönigs, ein Mann, der sich schon in den zwanziger Jahren für die Schaffung einer westeuropäischen Industrie-Allianz eingesetzt hatte, schlug 1945 der US-Militärregierung den Plan einer Wirtschaftsunion zwischen den Westmächten und Deutschland vor. Als Grundlage einer solchen „Verständigung“ bot er im Oktober 1946 den Westmächten an, sie sollten 23 bis 30 Prozent des Kapitals der in ihren Besatzungszonen befindlichen Aktiengesellschaften übernehmen. (5) Zu den Befürwortern dieser Gedankengänge gehörte der damalige bayrische Wirtschaftsminister Ludwig Erhard.



Die Quintessenz dieser Pläne — enge Anlehnung an die Westmächte zur Rettung der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des deutschen Imperialismus bei Preisgabe der nationalen Einheit — wurde zum außenpolitischen Leitprogramm der Interessenvertreter der deutschen Großbourgeoisie, die sich nach 1945 in den neugegründeten bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen in der CDU sammelten. Die Hoffnung dieser Kreise beruhte auf dem Konflikt zwischen den Siegermächten des zweiten Weltkrieges, zwischen der Sowjetunion und den Westmächten.

Die Kapitalisten setzen auf den Kalten Krieg

In den USA, aber auch in Großbritannien wurden die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, die nicht nur die Zerschlagung des faschistischen Deutschlands, sondern zugleich einen gewaltigen politischen und moralischen Machtzuwachs für die Sowjetunion und damit für die Ideen der Demokratie und des Sozialismus gebracht hatten, mit wachsender Sorge zur Kenntnis genommen. Es verstärkte sich der Einfluß derjenigen Kräfte in der amerikanischen

Regierung, die offen die Aufgabe der von Präsident Roosevelt befolgten Verständigungspolitik mit der Sowjetunion befürworteten und dafür plädierten, den Sozialismus in Europa und Asien zurückzudrängen. Schon im März 1946 rief der ehemalige britische Premierminister Churchill im Beisein des amerikanischen Präsidenten Truman dazu auf, ein antisowjetisches Bündnisystem ins Leben zu rufen. Im Verlaufe der Jahre 1948/49 zeichneten sich seine Umriss — der Vertrag von Dünkirk zwischen Großbritannien und Frankreich, der Brüsseler Militärpakt — bereits ab.

Bruch des Potsdamer Abkommens

Diese außenpolitische Wende blieb nicht

Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt, Josef Stalin — die Staatschefs der Siegermächte faßten 1945 in Potsdam Beschlüsse zur Beseitigung von Nazismus, Militarismus und Konzernherrschaft.

ohne Auswirkungen auf die Besatzungspolitik in Deutschland. Die Durchführung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens blieben in den Westzonen in den Anfängen stecken. Die vorgesehene Bildung gesamtdeutscher Staatssekretariate kam durch den Widerstand der französischen Besatzungsmacht nicht zustande. Währenddessen betrieb die USA-Regierung den Anschluß der übrigen Besatzungszonen an die amerikanische Zone. Bereits am 2. Dezember 1946 wurde zwischen Washington und London ein Abkommen über die Zusammenlegung des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes zu einer Doppelzone unterzeichnet. Auf der Sitzung des Rates der Außenminister in Moskau, die im Frühjahr 1947 stattfand, lehnten die Westmächte die von der Sowjetunion vorgeschlagene Bildung eines deutschen Einheitsstaates ab. Sie bestanden auf einer Föderalisierung Deutschlands

und versuchten, die Sowjetunion zur Aufgabe des Potsdamer Abkommens zu veranlassen. Nachdem dies mißlang, gingen die USA und Großbritannien dazu über, aus ihren Zonen ein separates westdeutsches Staatsgebilde zu errichten. Einflußreiche amerikanische Wirtschaftsleute und Politiker, wie der ehemalige Präsident Herbert Hoover, der Industrielle Lewis H. Brown, Botschafter Averell W. Harriman, hatten sich dafür ausgesprochen. In einer großen Rede im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel empfahl der spätere US-Außenminister John F. Dulles am 19. Januar 1947 die Einbeziehung des westdeutschen Industriepotentials in den geplanten westeuropäischen Zusammenschluß. (6) „Als unsere Delegation Moskau



Juni 1948: Verkündung der Währungsgesetze (Währungsreform). Mit Hilfe der Westmächte wird Deutschland in zwei Währungs- und Wirtschaftsgebiete geteilt.

nach dem Fehlschlagen der Deutschlandkonferenz von 1947 verließ“, berichtete zurückblickend der langjährige politische Berater des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland, Robert Murphy, „vereinbarten die drei Westmächte mit den Westdeutschen die Errichtung der deutschen Bundesrepublik.“ (7)

1947/48: Der Westen beschließt die Spaltung

Am 25. Juni 1947 wurde auf Befehl der anglo-amerikanischen Militärregierung ein Wirtschaftsrat der Bizone gebildet, der aus einer Art parlamentarischer Vertretung — 54 von den Landtagen gewählten Abgeordneten — und einer Exekutive — fünf Direktoren von sogenannten Verwaltungsämtern — bestand. Damit waren bereits deutliche Umriss einer Regierung geschaffen worden.

Auf einer Konferenz westeuropäischer

Staaten, die vom 12. Juli bis 22. September in Paris tagte, wurde die Einbeziehung der drei Westzonen in das Marshallplansystem beschlossen. Nach dem vom amerikanischen Außenminister Marshall am 15. Dezember 1947 provozierten Abbruch der Tagung des Rates der Außenminister in London begannen die anglo-amerikanischen und bald auch die französischen Militärbehörden mit dem offenen staatlichen Ausbau der Westzonen. Im Ergebnis einer Separatkonferenz der Westmächte wurden Anfang Juni 1948 die „Londoner Empfehlungen“ veröffentlicht, in denen die Errichtung eines westdeutschen Staates auf föderativer Grundlage beschlossen wurde. Ein solcher Staat aber konnte ohne die tätige Mithilfe



Max Reimann, Vorsitzender der KPD, im Parlamentarischen Rat

deutscher Politiker nicht geschaffen werden. Die schrittweise Abkehr der Westmächte von den Potsdamer Beschlüssen wurde von den führenden Vertretern der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Sie begrüßten die Bildung der Bizone und des Wirtschaftsrates, berieten die Militärbehörden beim weiteren Ausbau der bizonalen Körperschaften. Westdeutsche Politiker, vor allen Dingen der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Erhard, hatten wesentlichen Einfluß auf die Ausarbeitung der Währungsgesetze, die, am 18. Juni 1948 verkündet, zur Teilung Deutschlands in zwei Währungs- und Wirtschaftsgebiete führte. Im Juli 1948 übernahmen die 11 Regierungschefs der westdeutschen Länder, „mit sichtbarer Erleichterung“, (8) wie der langjährige sozialdemokratische Bürgermeister von Bremen, Kaisen, in seinen Erinnerungen schreibt, den Auftrag entgegen, die letzten Vorbereitungen für



die vorgesehene separate Staatsbildung zu treffen: die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung für die Westzonen. Die elf Herren hatten durchaus „Manschetten“, gestand Reinhold Meier (FDP), damals Ministerpräsident von Württemberg-Baden, später ein, „einen deutschen Beitrag zur Teilung Deutschlands zu leisten“, (9) doch sie überwandten diese Skrupel.

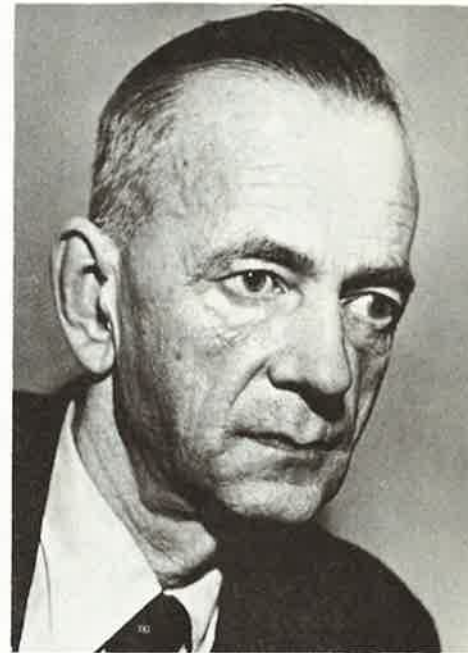
Der Parlamentarische Rat — Weisungen von der Militärregierung

Am 1. September 1948 trat in der rheinischen Universitätsstadt Bonn der „Parlamentarische Rat“ zusammen. 65 aus den Landtagen delegierte Abgeordnete begannen mit der Ausarbeitung des „Grundgesetzes“. „Es gibt wohl kaum eine Verfassung in der Geschichte der westlichen Welt, an deren Entstehung die Öffentliche Meinung so wenig Anteil genommen hat“, (10) charakterisiert ein bürgerlicher britischer Historiker die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes. Umso größer war der Einfluß der Besatzungsmächte. „Wir mußten zahlreichen Wünschen von Seiten der Militärregierung Rechnung tragen“, (11) mußte selbst Adenauer, 1948/49 Präsident des Parlamentarischen Rates, eingestehen. Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen, danach von den Militärgouverneuren genehmigt, von den Landtagen ratifiziert und schließlich am 23. Mai 1949 in Kraft gesetzt. Als die Bevölkerung der Westzonen am 14. August 1949 an die Wahlurnen gerufen wurde, um das erste Parlament der „Bundesrepublik Deutschland“ zu wählen, waren alle wesentlichen Entscheidungen bereits gefallen. Die sozial-ökonomische Struktur, die Staatsordnung und der außenpolitische Kurs der Bundesrepublik standen fest. Das Bonner Staatswesen — man sprach 1949 noch von einem Provisorium, von einer Übergangslösung — war ohne Mitwirkung des Volkes entstanden. Der Kreis der Mitwirkenden beschränkte sich auf die Führungsspitzen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, auf die Ministerpräsidenten der Länder und auf die Vertreter der Besatzungsmächte. In der Präambel der Verfassung heißt es anmaßend, das deutsche Volk in den 11 westdeutschen Ländern habe bei der Schaffung des Grundgesetzes „auch für jene Deutsche gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.“ (12)

Schon damals: Keine gesamtdeutschen Verhandlungen

Weder die Mehrheit des Parlamentarischen Rates noch die westdeutschen Ministerprä-

sidenten haben sich 1948/49 darum bemüht, mit den Repräsentanten der deutschen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone überhaupt ins Gespräch zu kommen. Anfang Juni 1947 war es zum ersten und letzten Male zu einer Zusammenkunft führender deutscher Politiker aus Ost und West gekommen. Die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten aus allen vier Zonen in München mußte aber scheitern, weil die elf Regierungschefs der Westzonen nicht bereit waren bzw. ihnen von ihren Besatzungsmächten verboten wurde, über das damals entscheidende Problem — über die Frage der Herstellung der deutschen Einheit — mit ihren ostdeutschen Kollegen zu sprechen. Schon vorher hatten führende Funktionäre der



Dr. Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD.

CDU und SPD — vor allem Adenauer und Schumacher — die Bildung einer gesamtdeutschen Repräsentation aus allen deutschen Parteien verhindert. Im Dezember 1947, als die Führung der SED zu einem gesamtdeutschen Volkskongreß nach Berlin aufrief, verweigerten die gleichen Kräfte ihre Mitarbeit. Als die Volkskongreßbewegung Anfang 1948 auch in den Westzonen an Einfluß gewann, wurde sie von den Besatzungsmächten verboten. Untersagt wurde auch die Durchführung eines Volksbegehrens für die Abhaltung eines Volksentscheids über die deutsche Einheit. Noch vor der Verabschiedung des Grundgesetzes schlug die ostdeutsche Seite Verhandlungen über die Herstellung eines einigen deutschen Staates vor. Doch alle Verhandlungsangebote zur Wiederherstellung der deutschen Einheit aus Berlin wurden vor und nach Gründung der Bundesrepublik abgelehnt. Im Grunde ging es Bonn nicht um die Wiedervereinigung

Deutschlands, sondern um die Übertragung der restaurierten gesellschaftlichen und staatsrechtlichen Verhältnisse Westdeutschlands auf ganz Deutschland, um die Beseitigung der in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR entstandenen neuen Gesellschaftsordnung. „Wir wollen . . . daß die Ostzone zu den gleichen Zuständen gelangt, in denen wir leben, damit, wir dann die Einheit und Freiheit Deutschlands als gesichert ansehen können“, (13) erklärte Adenauer schon am 8. Mai 1949 im Parlamentarischen Rat.

Restauration des Monopolkapitalismus

Um dieses Ziel, nämlich die Wiederherstellung eines Deutschlands der Monopolherren in den Grenzen von 1937, zu erreichen,



Dr. Konrad Adenauer, Präsident des Parlamentarischen Rates

hatten die verantwortlichen Politiker der Westzonen bedingungslos die westlichen Pläne zur Bildung eines Separatstaates unterstützt. Nach Schaffung der Bundesrepublik konzentrierten sich die herrschenden Kreise in Bonn darauf, diesen westdeutschen Staat fest in das westliche Bündnissystem einzugliedern, um auf diese

Weise zum gleichberechtigten Partner der Westmächte zu avancieren und schließlich mit Hilfe der Verbündeten Deutschland „wiedervereinigen“. Über die westeuropäische Integration zur deutschen Einheit, hieß die Losung, unter der die Adenauerregierung 1949 antrat. 1950 erfolgte der Beitritt zum Europarat. 1951 unterschrieb Adenauer den Vertrag über die Bildung der Montanunion. 1954 endlich wurden die Pariser Verträge abgeschlossen. Die Bundesrepublik wurde souverän, mit empfindlichen Einschränkungen allerdings, Mitglied der NATO und der westeuropäischen Union. Die Bundesregierung konnte endlich mit der Realisierung der seit 1950 angestrebten Remilitarisierung beginnen. Jeder Schritt in die „europäische Gemeinschaft“ wurde gegenüber der Öffentlichkeit als Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung hingestellt. „Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht“, (14) verkündete Franz Josef Strauß im Bundestag. Vor den Folgen dieser Politik wurde gewarnt, von der Sowjetunion, der DDR, von der KPD, ja selbst von der SPD, die ansonsten die Bildung der Bundesrepublik und die Westorientierung der Bonner Politik unterstützt hatte. „Alle Verträge, die der Herr Bundeskanzler abzuschließen plant, werden Barrieren aufrichten, die die deutsche Wiedervereinigung hemmen, erschweren, wenn nicht noch schwerere Konsequenzen für die Wiedervereinigung haben“, (15) sagte der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Gerhard Luetkens, am 16. Oktober 1951. Genau das trat ein. 1955, als sich Konrad Adenauer auf dem Höhepunkt seiner Erfolge wähnte, war die deutsche Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit verspielt. Der 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik gezogene Graben zwischen den beiden Teilen Deutschlands war tiefer geworden, die Konzeption Adenauers, mit den Mitteln einer Politik der Stärke das Deutschlandproblem auf imperialistische Weise zu lösen, schon damals gescheitert. Diese Konsequenzen wurden vom offiziellen Bonn allerdings erst nach 1961 zur Kenntnis genommen. Seitdem bemüht man sich um neue Wege, um die alten nicht aufgegebenen Ziele dennoch zu erreichen.

Quellen

- 1 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945—1953, Frankfurt/Main, Hamburg 1967, S. 30
- 2 Siehe ebenda, S. 35.
- 3 Siehe Hans Georg Wiek: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 168 f.
- 4 Siehe: Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945—1949. Hrg. von Hans Schlange-Schöningen, bearb. von Justus Rohrbach, Hamburg u. Westberlin 1955, S. 97 f.
- 5 Siehe: Kai Moltke: Krämer des Krieges, Berlin 1953, S. 339 f.
- 6 Siehe: Europa-Archiv, Erstes Jahr, Juli 1946 — Juni 1947, S. 564.

- 7 Ebenda, 14. Jg., 1959, Teil II, Folge 5, S. D 89.
- 8 Wilhelm Kaisen: Meine Arbeit, mein Leben, München 1967, S. 259.
- 9 Der Spiegel, Hamburg, 27. Febr. 1957, S. 23.
- 10 Peter H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1965, S. 103.
- 11 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945—1953, S. 145.
- 12 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 24. Aufl., München/Westberlin 1959, S. 3.
- 13 Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte, Bonn 1948/49, Zehnte Sitzung, S. 242.
- 14 Deutscher Bundestag, Bd. 10, Bonn 1952, S. 8125.
- 15 Ebenda, Bd. 9, Bonn 1951, S. 6930.

Hosch
druckt von DIN A 6
bis DIN A 1
Bücher, Broschüren,
Prospekte,
Kataloge, Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen aller
Art

HOSCH GmbH
6 Frankfurt am Main
Heddernheimer
Landstraße 78 a

Joachim Fuhrmann:
DIE NEUE ORDNUNG

Die Herrschenden die sich nicht nach dem Willen des Volkes richten erheben den Anspruch Vertreter des Volkes zu sein. Arbeiter scheinbar um Traditionen erleichtert werden Arbeitnehmer genannt. Die um ihre Tarife kämpfen setzt man uns als Sozialpartner vor. Das sind die Grundmauern der neuen Ordnung. Der Lachende hat ihre Nachricht nur noch nicht empfangen.

Joachim Fuhrmann:
JENE DROBEN. . .

Sie sind für Freiheit
Sie sind für Gerechtigkeit
Sie sind für Frieden
Man hält sie für gute Menschen
Sie sind für Freiheit und Vorbeugehaft
Sie sind für Gerechtigkeit und braune Richter
Sie sind für Frieden und eine starke Armee
Noch immer: Man hält sie für gute Menschen
Wann endlich begreift ihr daß
Ihre Freiheit nicht eure Freiheit
Ihre Gerechtigkeit nicht eure Gerechtigkeit
Ihr Frieden nicht euer Frieden ist?
Wann endlich durchschaut ihr sie?

Klaus Kuhnke:
GROSSE ANFRAGE
ALLER FRAKTIONEN

Hier, im Hohen
Hause geht doch
alles
unsern Gang, weshalb
spricht man
denn von Aufruhr
draußen
im Volk?

Peter Maiwald:
VORSORGE

In der Bundesrepublik gibt es viele Vereine.
In der Bundesrepublik gibt es viele Verbände.
In der Bundesrepublik gibt es viele Gedenktage.
In der Bundesrepublik gibt es viele Kindergärten.
In der Bundesrepublik gibt es viele Waisenhäuser.
Außer der Bundesrepublik gibt es viele Länder.
Für Gustav Heinemann ist vorgesorgt.

Peter Maiwald:
KURZSICHTIG

Der Vorsitzende der
Sozialdemokratischen Partei,
Willy Brandt,
sagte,
Sozialdemokraten und
Kommunisten
hätten keine Gründe sich
zusammenzusetzen.
Er irrt.
Sozialdemokraten und
Kommunisten
hatten schon einmal Gründe sich
zusammenzusetzen.
Im KZ.

Peter Maiwald
ÜBER
„BEWUSST KALTSCHNAUZIGE
REVOLUTIONÄRE“

Als einer der Studenten
mittels Notwehr
zur Strecke gebracht
worden war,
legte der diensthabende Beamte
prüfend seine Hand
auf die erkaltenden Lippen
des Sterbenden.
Der Kanzler
hat Recht gehabt,
sagte er.

Peter Schütt:
VOM „QUALITATIVEN SPRUNG“

Sie lebten auf großem Fuße. Als der lange Marsch
sich in die Länge zog, taten die Genossen kurzerhand
einen qualitativen Sprung: sie setzten sich hinweg
über die Bedenken derer, die Schritt für Schritt vorgehen,
sie stürmten davon: wie aus der Pistole geschossen
und waren über Nacht ihrer Zeit soweit voraus,
daß die Zeit unbekümmert über sie hinwegschritt.

„polit stories“

7/69 blätter

FÜR DEN JUGENDLEITER

Reform muß der Jugend Mitbestimmung bringen

Die Jugend auf dem DGB-Kongreß

„Die DGB-Jugend ist mit rund 600.000 Mitgliedern fast doppelt so stark wie die CDU. Dennoch darf sie auf dem 8. DGB-Kongreß in der Münchner Bayernhalle nicht einen Delegierten stellen“. So das örtliche Boulevardblatt „tz“ in seiner Ausgabe vom 21. Mai 1969. Und nicht ohne Hohn schlußfolgert das Blatt: „Und dieser Kongreß erhebt die Mitbestimmung zum zentralen Thema.“

Beißende Kommentare dieser Art mußte sich der DGB vielfach gefallen lassen, als der 8. ordentliche Bundeskongreß in der bayrischen Landeshauptstadt tagte. Von den 430 Delegierten des „Parlaments der Arbeit“ waren lediglich 4 unter 30 Jahre alt und somit der Gewerkschaftsjugend im weitesten Sinne zuzurechnen. Kein einziger Bundesjugendsekretär war delegiert, kein einziger Gewerkschaftsjugendfunktionär. Die Mitglieder des Bundesjugendausschusses waren als Gäste auf den letzten Rängen der Bayernhalle placiert, nicht einmal ein Rederecht wurde ihnen auf dem Kongreß zugestanden. Das fiel besonders angesichts der Tatsache ins Gewicht, daß die Gewerkschaftsjugend eine ganze Reihe positiver Anträge an den Kongreß gestellt hatte, nun aber nicht einmal die Chance bekam, diese vor dem Plenum zu begründen.

So sahen die anwesenden Mitglieder des DGB-Bundesjugendausschusses ihre einzige Möglichkeit darin, mit einem Flugblatt bei den Delegierten um Verständnis zu werben. Darin hieß es u.a.:

„Die Unruhe der Jugend in allen gesellschaftlichen Bereichen zielt auf Mitbestimmung und einen größeren Freiheitsraum. Da die arbeitende Jugend sich davon in ihrer Haltung nicht unterscheidet, muß der Handlungsspielraum der Gewerkschaftsjugend in der Gesamtorganisation im Gegensatz zu der Entwicklung in den letzten Jahren vergrößert werden.“

Gewerkschaften am Scheidewege

Konkret wurde der Bundesjugendausschuß in seinen Anträgen an den Kongreß. Als Voraussetzungen für eine konsequente Friedenspolitik wurde ein 7-Punkte-Programm vorgelegt, das vorsah: die Anerkennung der DDR, die Bereitschaft zum Austritt aus Warschauer Pakt und NATO, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Annullierung des Münchener Abkommens von Anfang an und Verzicht auf jede Form des Besitzes von Atomwaffen sowie Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages. Nach Überformulierung durch die Antragskommission blieb vom Antrag — und so wurde er dann angenommen — nichts weiter übrig als die Feststellung, daß Probleme durch die „Gründung zweier verschiedener Staaten auf deutschem Boden“ entstanden seien, die durch Verhandlungen „ohne jede Vorbedingung“ zu lösen wären.

Der 8. ordentliche Bundeskongreß stand stark im Zeichen des Wahlkampfes. Bei den meisten Delegierten war das Bemühen spürbar, die SPD weitgehend von Kritik abzuschirmen. Das betraf besonders die Tätigkeit sozialdemokratischer Minister in der Großen Koalition. Einziger prominenter Kritiker an gewerkschaftlichen Anpassungstendenzen war der DGB-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach. Schon vor dem Kongreß hatte er kritisch eingeschätzt, daß sich die Gewerkschaften in der „Vorbeugehaft der konzertierten Aktion“ befänden.

Lehlbach auf dem Bundeskongreß: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht wie Herakles am Scheidewege: Sie kann den bequemen Weg einer quasi öffentlich-rechtlichen Institution, und sie kann den schweren, dornenvollen Weg der autonomen Widerstandsorganisation der arbeitenden Menschen gehen. Eines sei jedenfalls gesagt: Wenn die Gewerkschaften ihre geschichtliche Aufgabe als humanitäre, soziale Bewegung weiterführen wollen,

dann werden sie in Unabhängigkeit gegenüber allen wirtschaftlichen und sozialen Mächten denken und arbeiten müssen. Es wird dann für sie darauf ankommen, daß sie überall dort, wo arbeitende Menschen von sozialer, politischer oder wirtschaftlicher Fremdbestimmung bedroht werden, als aktive Widerstandsorganisation auftreten.“

Jugendarbeit — bedeutsam für die Zukunft

Eine wesentliche Rolle spielten auf dem Bundeskongreß Forderungen und Vorschläge für eine „Reform“ des DGB. Allerdings wurde die Beschlußfassung darüber ausgeklammert. Eine Kommission wurde berufen, die sich mit den vorhandenen Vorstellungen beschäftigen und für 1971 einen außerordentlichen Bundeskongreß zur Beschlußfassung einberufen soll. Deutlich wurde allerdings, daß die meisten Delegierten keine Bereitschaft zeigten, die Entscheidungsgewalt weitgehend von den Einzelgewerkschaften an die Spitze des DGB zu verlagern. Und wenn dieser 8. Bundeskongreß „die Jugendarbeit des DGB als einen wichtigen, für die Zukunft der Gewerkschaften bedeutenden Teil der Arbeit des DGB“ anerkennt, so wird auch die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach Verbesserung ihres Standortes in der Gesamtorganisation akzeptiert werden müssen. Nur so könnte der eigenen richtigen Einschätzung eine lebendige Grundlage gegeben werden.

Ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung — auch im Hinblick auf eine geplante Neuformierung der Leitsätze der DGB-Jugend — wurde durch die Annahme des Antrages 438 erreicht, in dem die Aufgabenstellung der Gewerkschaftsjugend formuliert ist:

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit soll — „junge Arbeitnehmer für die gewerkschaftlichen Aufgaben interessieren und sie als Mitglieder und Mitarbeiter gewinnen; — politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit nach modernen pädagogischen Erkenntnissen durchführen, die die jungen Arbeitnehmer in die Lage versetzt, für ihre eigenen politischen und gesellschaftlichen Interessen zu kämpfen; — die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der arbeitenden Jugend durch Stellungnahmen und Aktivitäten im gesamten gesellschaftlichen Bereich, vor allem in Betrieb, Verwaltung und Schule vertreten; — der Pflege internationaler Solidarität und Förderung internationaler Jugendbegegnungen, die zur Völkerverständigung beitragen, dienen; — gegen Militarismus, Faschismus, Imperialismus und alle antidemokratischen Einflüsse sowie gegen die Einschränkung von Grundrechten wirken.“

Hans-Jörg Hennecke

Kampfprogramm der Chemie-Jugend

8. Zentrale Jugendkonferenz tagte

Ein Kampfprogramm der arbeitenden Jugend haben die Delegierten von 35.000 jugendlichen Mitgliedern der IG Chemie-Papier-Keramik zum Abschluß ihrer 8. zentralen Jugendkonferenz in Saarbrücken beschlossen. Über 120 Anträge und Entschlüsse standen zur Beratung. An ihnen, wie am Hauptreferat des designierten IG-Chemie-Vorsitzenden Karl Hauenschild und am Geschäftsbericht des Jugendsekretärs Hinrich Oetjen entzündete sich eine vielstündige Diskussion.

Nach Auffassung der Konferenz sollen im Bundestagswahlkampf von den Gewerkschaften nur solche Kandidaten unterstützt werden, die „1. die Einführung der Vorbeugehaft uneingeschränkt ablehnen; 2. für die Ausdehnung der Mitbestimmung und Einführung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle eintreten; 3. gegen die Notstandsgesetze gestimmt haben; 4. in der NS-Zeit keine Ämter in der Politik bekleidet haben.“

Entschieden demokratisch und antimonopolistisch ist die Tendenz der gesellschaftspolitischen Beschlüsse: Antikommunismus, Nichtanerkennung „der durch den 2. Weltkrieg in Europa entstandenen Realitäten“ und Beibehaltung der „wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, aus der sich ein Faschismus entwickeln kann“ — diese Erscheinungen haben faschistische Tendenzen in der BRD verursacht. Die Konferenz forderte als einen Schritt gegen den Rechtskurs in unserem Lande die Auflösung der

NPD nach Artikel 139 GG als Nachfolgeorganisation der NSDAP.

Durch Ausweitung der Mitbestimmung soll eine echte Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet werden, denn: „Die Konzentration des Kapitals hat in der Bundesrepublik derartige Dimensionen erreicht, daß wirtschaftliche Macht ständig mißbraucht wird.“ Nachdrücklich erinnerte die Konferenz an die Waffe der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, und dies auch im Falle des Springer-Konzerns. Kritisch setzte sich die Konferenz mit der konzertierten Aktion und ihren Folgen auseinander. Die Delegierten verlangten die unverzügliche Unterzeichnung des Atomwaffensperrevertrages und die Senkung des Wehretats. Die Friedensbeteuerungen der Bundesregierung seien „unerträglich“, solange der Wehretat wachse, die Stärkung der NATO und die Grenzen von 1937 gefordert würden und das Münchener Abkommen nicht annulliert werde. Nach lebhafter Diskussion wurde die Aufhebung des KPD-Verboteseingefordert, da es sich gegen alle oppositionellen Gruppen richte.

Eine Kampfform der jungen Gewerkschafter, um ihre Ziele zu erreichen, ist die beschlossene Unterstützung der Ostermärsche der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Die Delegierten bekannten sich zum uneingeschränkten Recht auf Wehrdienstverweigerung und forderten die Aufnahme gewerkschaftlicher Ostkontakte zu allen Warschauer-Pakt-Staaten, auch zur DDR.

In weiteren Anträgen forderte die Konferenz die Herabsetzung des Wahlalters und eine fortschrittliche Bildungs- und Berufsausbildungspolitik. Der Bundesjugendausschuß der Gewerkschaft hatte den in Bonn zur Beratung stehenden Entwurf eines Berufsbildungsgesetzes verurteilt. Als gebrannte Kinder — erinnert sei an die Fälle DELOG und Boehringer — forderten die Delegierten: „Es ist sicherzustellen, daß Jugendvertreter den gleichen Kündigungsschutz erhalten wie die Betriebsräte und daß Lehrlingen, die als Jugendvertreter gewählt wurden, bei Beendigung des Lehrvertrages ein Arbeitsvertrag angeboten werden muß.“ Die Lehrlingslöhne sollen im prozentualen Verhältnis an die jeweiligen Löhne und Gehälter angepaßt werden. In die Satzung der Gesamtorganisation soll ein Artikel über das Widerstandsrecht eingebaut werden, der den Streik zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte vorsieht. Kritik am Abbau der Zahl von Jugendsekretären des DGB und die Forderung nach moderner Sexualaufklärung in der Jugendbildungsarbeit der Gewerkschaften waren Gegenstand weiterer Beschlüsse.

Die Beschlüsse dieser Konferenz sind insgesamt gesehen ein Programm, das dem Kampf der arbeitenden Jugend wesentliche Impulse gibt. Nicht immer aber war die Diskussion in Saarbrücken so angelegt, daß sie der Festigung der Solidarität in der Gesamtorganisation und dem Werben um den eigenen Standpunkt diene. Hermann Rappe sah sich genötigt, als geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied — zuständig für Jugendarbeit — darauf aufmerksam zu machen, daß der Feind nicht in der Konferenz, sondern draußen zu finden sei. Linkssektiererische Antireform- und Parlamentarismusdiskussionen deuteten zwar auf eine berechtigte Enttäuschung über Praktiken in der Gewerkschaft hin. Sie müssen aber überwunden werden, wenn sie nicht bei der Verwirklichung der gestellten Aufgaben lähmend wirken sollen.

Ulrich Sander

Weiterhin Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände

Neue Satzung für DBJR

Die Sportjugendführung ging unter mit 6 zu 40 Toren. Ein Ergebnis, wie es sogar im Handball selten wäre, bescherten ihr die Mitgliedsverbände des Deutschen Bundesjugendringes. In der Schlußabstimmung über eine neue Satzung stimmten nur die sechs Delegierten der DSJ gegen den Entwurf, der von einer Satzungskommission des DBJR erarbeitet worden ist. Zwei Forderungen der Deutschen Sportjugend bekamen allerdings eine Mehrheit im Hans-

Böckler-Haus in Düsseldorf, wo die Delegierten der 17 Mitgliedsverbände und der elf Landesjugendringe am 29. Mai eine außerordentliche Vollversammlung durchführten. Aber die Sportjugendführung hält die Aufnahme der Leibeszugehörigkeit in den Katalog der DBJR-Aufgaben und die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Feststellung der Mitgliedszahlen für ein zu mageres Ergebnis, um sich zufrieden zu geben. Auch daß die Zahl der Delegierten für die

Sportjugend verdoppelt wurde (nunmehr zwölf), vermochte den Appetit der „3,6-Millionen-Dampfwalze“, die zur Zeit vom „Glanz der aufgehenden Sonne der Olympischen Spiele 1972“ angestrahlt wird — so Hermann Kumpfmüller vom Bayerischen Jugendring —, nicht zu befriedigen. Ihr ging es um „Geld und Einfluß“, wie Hinrich Oetjen (Gewerkschaftsjugend) feststellte. Und so kann bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht gesagt werden, ob die Deutsche Sportjugend weiterhin dem Bundesjugendring angehören will oder nicht. Die Entscheidungsgremien tagen Ende Juni. Mit dem Austritt aus dem Bundesjugendring hatte die Sportjugendführung für den Fall gedroht, daß ihre Vorstellungen von einer „Parlamentarisierung“ des DBJR nicht angenommen würden: 35 Prozent der Stimmen in Vollversammlung und Hauptausschuß für die Sportjugend — entsprechend ihrer Mitgliedszahlen. Diskussionsbeiträge und Initiativanträge aus den Reihen der DSJ machten klar, daß eine solche Machtverschiebung besonders auch im Hinblick auf eine finanzielle Besserstellung der DSJ erfolgen sollte. Eduard Prosch (DAG-Jugend) zu den Forderungen der DSJ: Der DBJR hat „getan, was möglich

war.“ Die Zuweisungen aus dem Bundesjugendplan für die zentrale Arbeit der DSJ seien bei den „Schlüsseldebatten“ von 592.000 DM im Jahr 1964 auf 896.000 in diesem Jahr angehoben worden; für die internationale Arbeit der DSJ sei der Zuschuß in der gleichen Zeitspanne von 310.000 auf 818.000 DM aufgestockt worden. Andere Diskussionsredner machten unmißverständlich klar, daß eine weitere Verschiebung zugunsten der Sportjugend die kleinen Verbände in ihrer Substanz bedrohe.

Bei Stimmenthaltung der Sportjugend-Delegierten wurde festgestellt, daß der Bundesjugendring weiterhin als Arbeitsgemeinschaft wirken wolle. Eine Parlamentarisierung ist ohnehin im DBJR nicht möglich, weil dazu die Urwahl der Verbandsvertreter durch die Jugend der Bundesrepublik erforderlich wäre. Die Mitgliedszahlen — selbst wenn man unterstellt, daß sie zutreffen — können kein Maßstab zur Feststellung der Delegiertenzahlen sein, weil Doppelmitgliedschaft, verschiedene Mitgliedskriterien, unterschiedliche Schwerpunkte in Arbeit und Altersstruktur dem entgegenstehen. Unter Hinweis auf die Westberliner Beschlüsse der Sportjugend schrieb die Zeitschrift des Westberliner Landesjugendrings „Blickpunkt“ vor der Düsseldorfer Tagung: „Warum will die unpolitische und unparlamentarische Sportjugend die Politisierung und Parlamentarisierung des Bundesjugendrings, koste es, was es wolle, und wenn es die Einheit des DBJR wäre? Jenen Stimmen, die oft als böswillig gelten und meinen, das Ganze sei eine konzertierte Aktion politisch interessierter Kreise, um dem in Bonn neuerdings heftiger wider den Stachel löckenden DBJR einen Dämpfer zu verpassen, ist hierorts jedenfalls nicht der Mund gestopft worden.“

Und daß die Bonner ihre Finger drin haben, kann auch nach der außerordentlichen Vollversammlung in Düsseldorf nicht geleugnet werden. Die CDU, die durch ihre Minister der Sportjugend bereits in der Vergangenheit manche Vergünstigung gewährte, ließ ihren Staatssekretär Dr. Barth (Bundesfamilienministerium) zwar manch Passendes in Sachen „Einheit“ sagen, am Schluß gab er in Düsseldorf dennoch den Spaltern einen Wink mit dem Zaunpfahl: „Welche Entscheidung Sie auch immer treffen, wir werden sie respektieren“ — die Jugendverbände brauchten „unter den Folgen ihrer Entscheidung materiell nicht zu leiden“. Die SPD-Führung setzte auf den Rest der Verbände. Helmut Schmidt, Fraktionsvorsitzender in Bonn, schrieb dem Bundesjugendring einen Brief und sang darin das hohe Lied der Einheit. Weiter schreibt Schmidt: „Sie wissen, daß sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für eine verstärkte Koordinierung zwischen den freien Jugendorganisationen und Parlamenten sowie Regierungen bei Wahrung der vollen Unabhängigkeit einsetzt.“ Als ob je viel von der Unabhängigkeit übrig geblieben ist, wenn man sich mit diesem Parlament und dieser Regierung „koordiniert“.

Der DBJR hat eine neue Satzung! Überschattet von der Kontroverse mit der Sportjugend war seit längerem der Satzungsstreit rechter Kräfte mit der Gewerkschaftsjugend. Allerdings, von dem, was im Herbst 1967 als Satzungsänderung durchgesetzt werden sollte, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die Stärkung der Spitze zuungunsten der Mitgliedsverbände — wie einst geplant und von der Gewerkschafts-

jugend bekämpft — blieb aus. Die Vollversammlung bleibt das oberste Organ des DBJR. Sie wird künftig regelmäßig zweimal im Jahr tagen — das forderte Walter Haas für die DGB-Jugend, und das wurde in Düsseldorf beschlossen.

Die Präambel wurde erweitert und zugleich entrümpelt — einen „Jugendring für ganz Deutschland“ will niemand mehr bilden. Im Aufgabenkatalog wird manches konkret gesagt, anderes bleibt verschwommen. Die Aufgabe, „gesamtdutsche Jugendkontakte anzuregen und zu fördern mit dem Ziel, ein Auseinanderleben der Jugend in den beiden Teilen Deutschlands zu verhindern und auf eine Wiedervereinigung hinzuwirken“, bleibt unzureichend formuliert, solange die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, Grundlage jeder friedlichen Politik heute, nicht gefordert wird. Unklar auch das „Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen und sozialen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“, wie es für beitragswillige Jugendverbände gefordert wird. Die Delegierten meinten, daß dieses Land sozial und ein Rechtsstaat sein soll. Sie schrieben aber, daß man sich zu dieser „sozialen Grundordnung“ der BRD zu bekennen habe. Diese ist aber noch immer die des Kapitalismus. Haben das die Gewerkschafter

und Sozialisten nicht bemerkt? Der Fehler wird ein wenig abgeschwächt dadurch, daß man sich auf den „Sinn des Grundgesetzes“ beruft, das ja bekanntlich eine gesellschaftspolitische Weiterentwicklung ermöglicht.

Neu ist in der Satzung, daß Anschlußverbände — Verbände ohne Stimmrecht — künftig aufgenommen werden können, auch wenn sie nicht die sonst notwendige Mindestmitgliedszahl von 25.000 vorzuweisen vermögen. Beim alten bleibt es mit der Grundsatzfrage. Als die Sportjugend heftig um ihre Mandatsmehrheit rang — letztlich um die Politik des DBJR im eigenen Sinne in den Griff zu bekommen — da bahnte sich eine konzertierte Aktion zwischen den Führungen der Sportjugend und der Katholischen Jugend an. Katholische Delegierte hielten der DSJ die „Krücke“ der Einstimmigkeit in Grundsatzfragen und des Anteils von 30 Prozent Delegierten hin. Doch die DSJ-Führung schaltete auf stur. Bei der „Grundsatzfrage“ wird es dennoch bleiben; gegen jede Änderung hätte die Katholische Jugend ihr Veto eingelegt.

Und es bleibt beim Arbeitsgemeinschaftscharakter des DBJR, wie es sich auch im Hauptausschuß (früher Geschäftsführender Ausschuß) zeigt: Weiterhin gilt das Prinzip „Ein Verband und eine Stimme“.

Ulrich Sander

„Die Unvollendete“ der NFJ Zeitmangel und heiße Strategie - Diskussionen auf der NFJ-Konferenz

Betrachtet man eine Konferenz als beendet, wenn die Tagesordnung erfüllt ist, so muß die 11. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands als die erste Unvollendete in die Geschichte des Verbandes eingehen. Nur zehn der rund 30 Anträge waren erledigt, als die Mehrzahl der Delegierten nach zweieinhalbtägiger Beratung am 8.6. Dortmund verlassen mußte. Anträge zur Anerkennung der DDR und zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrevertrages wurden ebenso an den Bundesjugendausschuß überwiesen wie die Forderungen nach Bildung von Jugendfreizeit- und Studienzentren, die unter der alleinigen Verantwortung der Jugend stehen oder nach Durchführung eines Jugendtreffens, dessen Mittelpunkt die kulturelle Betätigung ist.

Harte Worte fielen gegen die Deutsche Jugend des Ostens, die inhaltlich gegen den Willen und die Ziele des Bundesjugendrings verstoße und deshalb ausgeschlossen werden solle. Harte Worte auch gegenüber der Sportjugend, die durch ihr Verhalten im Bundesjugendring eine Machtpolitik betreibe, obwohl sie im eigentlichen Sinne keine demokratische Jugendarbeit durchführe und im eigenen Verband noch nicht einmal formaldemokratische Voraussetzungen geschaffen habe. Aber auch zu DJO und DSJ war für die Beschlußfassung keine Zeit mehr vorhanden. Sieht man jedoch von diesen organisatorischen Mängeln ab, zeigt die Konferenz viele Vorteile gegenüber ihren Vorgängern. Kritisch wurde der

selbstgestellte Anspruch der Jugendarbeit — beizutragen zur Veränderung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und den Emanzipationswunsch der jungen Menschen zu erfüllen — mit der Praxis im eigenen Verband verglichen. Trotz eines Sammelergebnisses von über 12.000 DM für humanitäre Hilfe in Vietnam waren die Delegierten nicht zufrieden, da die Gruppen nicht genügend in die Aktion mit eingeschaltet worden seien. Die Naturfreundejugend, von Beginn an Bestandteil der Außerparlamentarischen Opposition ist mit ihrer Mitarbeit in dieser Bewegung nicht mehr zufrieden. Bei den Aktionen der Lehrlinge habe man noch zu sehr außerhalb gestanden, bemängelten viele Delegierte. Der erste Schritt zur Korrektur: Aus Solidarität mit den in Köln demonstrierenden Lehrlingen unterbricht die Konferenz ihre Arbeit, um vor Dortmunder Berufsschulen Flugblätter zur Berufsausbildung zu verteilen.

Doch auch Überspitzungen gibt es in dieser Situation. Die Frage, ob eine Reform Erfolg des demokratischen Kampfes sein kann oder Hilfsmittel der herrschenden Gesellschaft ist, steht im Hintergrund. Ausdiskutiert wird sie nicht.

Die wenigen Anträge, die verabschiedet wurden, waren unproblematischer. Das Bild dementsprechend geschlossen. Einstimmig für eine bessere Berufsausbildung, wenige Stimmen gegen eine Entschleunigung, die sofortige Aktionen gegen die

Pläne einer Vorbeugehaft fordert. Und nur wenige Stimmen, die nicht die Einstellung der Prozesse gegen Demonstranten fordern. Einheitlich war auch die Kritik der Jugend an der Erwachsenenorganisation, dem Touristen-Verein „die Naturfreunde“. Ihre Forderungen: Partnerschaft statt Bevormundung, finanzielle Selbständigkeit als Bestandteil der Eigenverantwortlichkeit der Jugend. Ob diese Forderungen die Chance haben, erfüllt zu werden, wird aber erst

der Kongreß der Erwachsenenorganisation zeigen. Beschlossen wurde eine neue Gliederung der Bundesjugendleitung, der jetzt neben dem 1. und 2. Bundesjugendleiter (Kurt Sprenger, Wendlingen und Fritz Amann, Darmstadt) und den Kassierern die Vorsitzenden von vier Kommissionen angehören, die sich mit der NFJ-Jugendzeitung, der Seminar- und Studienarbeit, internationalen Begegnungen und Freizeiten sowie kultureller und praktischer Gruppenarbeit befassen.

Wieviel Interesse die anderen Organisationen der Naturfreundejugend beimessen, ist aus der Liste der Gäste zu ersehen. Walter Haas, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaftsjugend, Rolf Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ, Vertreter der SJD-Die Falken und der Solidaritätsjugend überbrachten ihre Grüße wie auch Delegationen der FDJ, aus der UdSSR, der CSSR, aus Jugoslawien und sechs westeuropäischen Ländern. **Heinz-Jürgen Nieth**

Termine

- 4.-6. Juli 1969
7. Bundesjugendtreffen der IG Bergbau und Energie, Bochum
- 14.-21. Juli 1969
Ausstellung „20 Jahre DDR“, Veranstalter: DFU, Dortmund (Westfalenhalle)
- 25. August 1969
Berufungsverhandlung gegen Beate Klarsfeld, Westberlin
- 1. September 1969
Veranstaltungen der Arbeiterjugend zum Antikriegstag
- 28. September 1969
Wahl zum 6. Deutschen Bundestag
- 5.-7. Oktober 1969
Treffen junger Sozialisten, Berlin (Hauptstadt der DDR)
- 8./9. Oktober 1969
Jugendarbeitstagung der Gewerkschaft Leder, Stadthalle Böblingen
- 9. November 1969
Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen
- 20.-21. November 1969
Zentrale Jugendtagung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, Bielefeld.

Informationen

EIN EUROPÄISCHES JUGENDTREFFEN veranstaltet das Polnische Nationalkomitee für die Zusammenarbeit der Jugendverbände vom 14. bis 24. Juli aus Anlaß des 25. Jahrestages der Volksrepublik Polen. Für das Jugendmagazin e l a n wird Bernd Schönauer an dem Treffen teilnehmen. Es werden weitere Vertreter aus der BRD erwartet.

AM 7. JUNI WANDTEN sich 70 Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IDK) mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie sich dagegen wenden, daß die Schulen zur Werbung für den Kriegsdienst mißbraucht werden.

EINE SDAJ-DELEGATION fuhr nach Rumänien, um an einem Rundtischgespräch zum Thema „Europäische Sicherheit“ teilzunehmen. Auch andere Jugendverbände aus der BRD nahmen an dem Treffen teil.

DAS EUROPÄISCHE KOMITEE FÜR PHOTO UND FILM veranstaltet einen europäischen Wettbewerb. Wettbewerbsbedingungen sind zu erhalten beim Bundesgremium für Schulphotographie, 6 Frankfurt, Gutleutstr. 8-12.

INFORMATIONEN ÜBER DIE wichtigsten Photo- und Filmwettbewerbe sind zu erhalten bei der Fachstelle für Jugendphotographie, 6 Frankfurt 1, Feldbergstr. 45.

EINEN WETTBEWERB FÜR junge Fernsehautoren veranstaltet der Süddeutsche Rundfunk. (Teilnahmealter: bis zu 19 Jahren.) Informationen sind zu erhalten beim Südfunk Fernsehen, 7 Stuttgart 1.

DIE NATURFREUNDEJUGEND DEUTSCHLANDS bietet ihre deutsch-französischen Sportprogramme auch für Nichtmitglieder an. Interessenten wenden sich an: Naturfreundejugend Deutschlands, 7 Stuttgart-Untertürkheim, Großglocknerstr. 28.

GRIECHENLANDREISEN DER DEUTSCHEN SPORTJUGEND aus den Mitteln des Bundesjugendplanes zu unterstützen, hält die Bundesregierung für durchaus tragbar. Diese Studien- und Begegnungsfahrten, die zu den olympischen Stätten führen, sollten nach Meinung der Bundesregierung in keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der derzeitigen politischen Lage in Griechenland gebracht werden. Das meldet die Junge-Union-Zeitschrift „Entscheidung“.

IN EINEM 8-PUNKTE-PROGRAMM verlangt die IG Metall, die politischen und sozialen Forderungen der Jugend nun endlich zu verwirklichen: 1.) Gleicher Lohn, gleiches Gehalt bei gleicher Leistung der jugendlichen Arbeitnehmer; 2.) 24 Tage Mindesturlaub für alle Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr; 3.) Verbesserung und wirksame Gestaltung des Jugendarbeitsschutzes; 4.) Verabschiedung eines modernen, zukunftsorientierten Berufsausbildungsgesetzes; 5.) Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf alle Jugendlichen; 6.) rechtliche Gleichstellung der Betriebsjugendvertreter mit den Betriebsratsmitgliedern; 7.)

Urlaubsgeld für Lehrlinge und zusätzlich bezahlter Bildungsurlaub; 8.) Wahlrecht ab 18 Jahre.

DER CSU-LANDTAGSABGEORDNETE Prof. Dr. Friedrich August von der Heydt wandte sich gegen die studentischen Reformforderungen, indem er sagte, ein Student habe „nicht mehr Recht auf Mitbestimmung als ein Lehrling in seiner Werkstatt.“

DER MITARBEIT IN politischen Parteien steht die Mehrheit der Jugendlichen skeptisch gegenüber. Nach einer INFAS-Umfrage sind nur rund 30 % der Großstadtjugend grundsätzlich bereit, einer politischen Partei beizutreten, obwohl immerhin 63 % erklärten, grundsätzlich an politischen Fragen interessiert zu sein.

Jugendpresse

CDU + NPD gemeinsam

Bei den jüngsten Haushaltsberatungen in Baden-Württemberg ist die Zeitschrift des Rings Politischer Jugend „Der gemeinsame Weg“ dem „klerikal-faschistischen Würgegriff zum Opfer“ gefallen. (JuSo-Funktionär und Stadtrat Kurt Hertfelder).

Wie der Stuttgarter Sozialdemokrat Hertfelder in einem Abschiedskommentar an die Leser der seit 20 Jahren von Jungdemokraten, Jungsozialisten und Junger Union gemeinsam herausgegebenen Zeitschrift berichtet, hat die CDU „mit Hilfe der NPD-Faschisten“ die SPD und FDP überstimmt, als es um die Bewilligung der Haushaltsmittel für die Jugendzeitschrift ging. Hertfelder weist ferner darauf hin, daß Vertreter der Jun-

AUF DER VOLLVERSAMMLUNG des Landesjugendrings Niedersachsen stellte die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) zu einer Erklärung gegen den Rechtsradikalismus die Grundsatzfrage, so daß die Vorlage nicht verabschiedet werden konnte.

DIE BELGISCHE REGIERUNG will das Alter für die Ausübung des aktiven Wahlrechts von 21 auf 18 Jahre senken, das des passiven Wahlrechts von 25 auf 21.

EIN TASCHENBUCH ÜBER den Notstandsminister Benda gibt die SDAJ heraus: „Unterm Arm zu tragen. Vom Industrieanwalt zum Notstandsminister: Grundgesetzkiller Ernst Benda.“ Für 1,- DM erhältlich bei der SDAJ, 43 Essen, Bersonstr. 11.

gen Union an dem NPD-CDU-Beschluß mitgewirkt haben, obgleich sie mit zu den Herausgebern des Blattes gehörten. Ein 1964 von der CDU im Alleingang vorgetragener Angriff gegen den „Gemeinsamen Weg“ blieb zu der Zeit ohne Erfolg — es fehlte ihr „damals die Hilfe der Neofaschisten“ (Hertfelder).

Das Bündnis zwischen CDU und NPD funktionierte nicht nur bei der Bundespräsidentenwahl in Westberlin. Nicht auf CDU-Linie befindliche Jugendzeitschriften und Jugendverbände sind jetzt dem gemeinsamen Druck der offen und verdeckt neonazistischen Kräfte ausgesetzt. Der Fall des Rings Politischer Jugend in Baden-Württemberg zeigt aber auch, wohin die große Koalition von Jugendorganisationen der „drei demokratischen Parteien“ — wie es immer so schön heißt — führen kann: zur Koalition mit den Neonazis. FDP und SPD haben ihre Schuldigkeit getan, sie können gehen.

Jungsozialisten und Jungdemokraten wollen jetzt in Baden-Württemberg eine neue gemeinsame Jugendzeitschrift herausgeben. Der Kampf gegen alle Formen des Neonazismus wird im Mittelpunkt der Arbeit dieser Zeitschrift stehen müssen. **Uwe Sommer**

Magazin

Soldat gegen Neonazis

Soldaten des Versorgungsbataillons 106 proben Demokratie

Von **Hans-Jörg Hennecke**

Der Schütze Peter Tuchscherer — Wehrpflichtiger beim Versorgungsbataillon 106 in Weiden — muß 16 Tage auf Ausgang verzichten. Ihm ist es auch verboten, die Gemeinschaftsräume zu besuchen und Besuch zu empfangen.“ Grund war ein von Tuchscherer herausgegebenes und an seine Kameraden verteiltes Flugblatt, in dem u. a. zu lesen war: „Ist das Recht auf freie Meinungsäußerung tot? —

Die Panzerschützen Horratz und Breuer hatten am 18. Mai 1969 in ihrer Stube Plakate mit dem Bild Lenins, über die schlechte Berufsausbildung der Lehrlinge, und Zeitungsartikel über den wachsenden Einfluß der NPD-Nazis in der Bundeswehr aufgehängt. Sieben Tage durften die Sachen auch hängen bleiben. Bei Horratz hatte es der Zugführer sogar ausdrücklich genehmigt. Pfingstsonntag wurden die Plakate durch den Kompaniechef geholt. Danach erging der Befehl, daß jetzt alle Bilder und Plakate nur nach Kontrolle durch den Kompaniechef derahmt und aufgehängt werden dürfen. Das ist Meinungsfreiheit auf Befehl (oder mit Genehmigung). Das schlimmste an der Sache aber ist, wie Major Frisch in einem Gespräch mit mir diesen politischen Budenzauber nach Art der Frau Saubermann

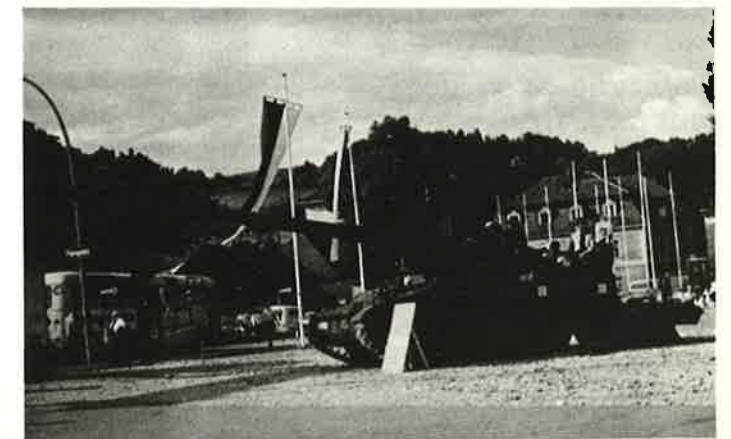
begründete:

1. „Die Bundeswehr ist kein Ort politischer Auseinandersetzung.“ (Frisch)
Dazu: Solange die Bundeswehr ein Ort einseitiger politischer Meinungsbildung ist, muß sie der Ort politischer Auseinandersetzung sein.
Warum? Hauptmann Watzl (Kompaniechef der 2. Kompanie des VersBtl 106) kandidiert im Bundestagswahlkampf für die neonazistische NPD. (Und er ist nicht der einzige, — nach einer wissenschaftlichen Untersuchung im Auftrag des Verteidigungsministeriums stehen 20 — 25 % der Bundeswehr-offiziere der NPD nahe). Jeder darf behaupten, daß die NPD eine Nazi-Partei ist — das hat ein Oberverwaltungsgericht ausdrücklich festgestellt! Daß die NPD verfassungswidrig ist, hat Innenminister Benda in den Materialien seines Ministeriums festgestellt. Er hält sie für ein Verbot der NPD für ausreichend. Wenn der Alt- und Edelnazi Kiesinger als Regierungschef seinen ehemaligen und neuen Gesinnungsgenossen kein Haar krümmen will, so wird diese Partei dadurch kaum demokratischer.
2. „Wenn Hauptmann Watzl für die NPD kandidiert, so ist das seine Privatsache.“ (Frisch)
3. „Lenin ist wehrkraftzersetzend.“ (Frisch)

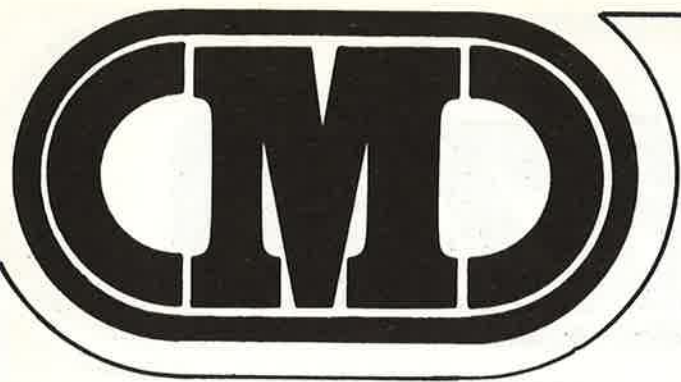
Dazu: Wenn Bundeswehr-offiziere sich wieder offen zur Ideologie der Nazis bekennen dürfen, so besteht die Gefahr, daß sie die ihnen untergebenen Soldaten auch in diesem Geiste erziehen und beeinflussen. Dieser Gefahr muß in der politischen Auseinandersetzung in der Bundeswehr entgegen gewirkt werden.
Was aber tut Major Frisch? — Er will genau diese Auseinandersetzung verbieten — durch Befehl! Damit duldet er aber stillschweigend die Tätigkeit der Nazis in der Bundeswehr. Denn sie sind seiner Meinung nach nicht „wehrkraftzersetzend“. Wer aber gegen den Einfluß von Nazis in der Bundeswehr protestiert — der ist wehrkraftzersetzend! Ich frage mich: welche Wehr-

kraft ist da gemeint? Welcher Geist herrscht da? Der alte Geist der Unverbesserlichen? Lassen wir noch einmal Major Frisch zu Wort kommen: auf meine Frage, ob es denn auch verboten sei, Bilder von Graf Stauffenberg (einem der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 gegen die Hitlerdiktatur) aufzuhängen, antwortete er: „Ja!“
Das ist deutlich! Wenn dieser Geist wieder in der Bundeswehr herrscht, dann ist die po-

litische Auseinandersetzung in der Bundeswehr für jeden Soldaten, der nicht will, daß die Vergangenheit des „3. Reiches“ wieder Gegenwart wird, eine demokratische Verpflichtung. Darum habe ich zu Major Frisch gesagt, daß ich mich mit den Soldaten Horratz und Breuer solidarisiere, indem ich mir ebenfalls ein Leninbild und antifaschistische Plakate aufhänge, um damit gegen den Einfluß der NPD in der Bundeswehr zu protestieren und



Die „Schönheit des Waffenhandwerkes“ will die Bundeswehr anscheinend in einer Ausstellung zeigen, die zur Zeit in vielen Kleinstädten Bayerns läuft. Dem staunenden Besucher wird in einem Informationszelt deutlich gemacht, daß eine große und starke Bundeswehr wegen der „Gefahr aus dem Osten“ erforderlich sei. Ob die Bundeswehr angesichts des wachsenden Aufbegehrens in den Kasernen unruhig geworden ist?



Vorbilder Trautlofts

Wie ein Generalleutnant Verbrecher zu Vorbildern macht

Von Gerd Bauer

„Das Wirken der Legion Condor in Spanien muß der bundesdeutschen Jugend als Vorbild dienen“, stellte Ex-Jagdflieger der faschistischen Legion Condor und jetziger Generalleutnant der Bundeswehr Trautloft bei einer Tagung auf der Burg Klopp in Bingen 1956 fest. Der Gefreite Kurt Markus, Angehöriger des Luftwaffenversorgungsregiments 4 in Trier, war anderer Ansicht als sein derzeitiger Vorgesetzter Trautloft.

Der junge Demokrat machte kein Hehl daraus, was er von Notstandsgesetzen, Vietnamkrieg und der Politik der Bundesregierung hielt. Als Kurt Markus gegen Oberfeldwebel Beppler Anzeige wegen Nazi-propaganda und Singen des Horst-Wessel-Liedes erhob, handelte die Regimentsführung. Markus wurde in die Arrestzelle gesperrt, um ihn zu einer Rücknahme seiner Anzeige zu zwingen. Dieses Unterfangen blieb jedoch erfolglos worauf Trautloft den Befehl

gab, Markus in die Strafkompagnie in Landsberg zu bringen. Markus wurde mit Handschellen an den Sitz des Jeeps gefesselt und auf diese Weise 7 Stunden transportiert. 200 Demokraten und die SDAJ in Trier protestierten gegen dieses Vorgehen auf einer Kundgebung und Demonstration.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß der Vater von Kurt Markus wegen antifaschistischer Tätigkeit zur Zeit des Hitlerfaschismus dem Strafbataillon 999 angehörte.

Gerhard Schmarander, ehemaliger Spanienkämpfer, beantragte Rentenleistungen aus dem Bundesversorgungsgesetz. In einem Brief des Bundesarbeitsministeriums erfuhr er, daß sein Einsatz für die spanische Republik als „nicht im deutschen militärischen Interesse“ liegend bezeichnet wurde. Das Bundesarbeitsministerium hat sich wohl etwas dabei gedacht, wenn es Soldaten der Hitlerschen Legion Condor nach dem Bundesversorgungsgesetz behandelt mit dem Hinweis, daß sie „zur Erprobung der Kampfkraft deutscher Truppen und des Kriegsmaterials im Hinblick auf den späteren zweiten Weltkrieg beitrugen“. Wenn ehemalige Angehörige des Hitlerschen Generalstabs 600 000 DM Rente im Laufe der letzten 20 Jahre bezogen, warum soll bei dieser „Wiedergutmachung“ dann ausgerechnet die Legion Condor ausgeklammert werden?

für das Recht auf freie Meinungsäußerung zu demonstrieren.

Frischs Antwort: „Das verbiete ich Ihnen“ — und nebenbei drohte er mir noch „Bau“ an.“

Mein eigener Kompaniechef, Hauptmann Mielenz, haute in dieselbe Kerbe und fügte hinzu, daß er im Falle der Befehlsverweigerung den MAD benachrichtigen werde.

Sie können androhen, was Sie wollen — ich werde diesen Befehl verweigern!

Mein Vater hat bei den Nazis aus politischen Gründen drei Jahre im KZ Sachsenhausen gesessen. Wenn sich der alte Geist wieder regt und mehr oder weniger stillschweigend geduldet oder dadurch gefördert wird, daß man den Widerstand dagegen unterdrückt, dann kann ich nicht mehr schweigen!

Dieser Befehl, daß keine antifaschistischen Plakate aufgehängt werden dürfen, ist grundgesetzwidrig. Darum verweigere ich ihn!

Der Befehl, daß alle Bilder durch die Zensur müssen, ist ebenfalls grundgesetzwidrig, da er dazu dient, demokratische Meinungen zu unterdrücken. Deshalb fordere ich Major Frisch und Hauptmann Mielenz auf, diesen Befehl sofort zurückzunehmen und ihre politische Einstellung mit uns vor allen Soldaten zu diskutieren.

Wenn unsere Offiziere auf das Grundgesetz pfeifen, dann dürfen wir nicht nach diesen Tönen marschieren!

Bataillonskommandeur Probst — Tuchscherers Disziplinarvorgesetzter — mochte Kiesinger nicht als Altnazi und den NPD-Kandidaten Hauptmann Watzl nicht als Neonazi bezeichnet sehen. Auch die Frechheit in dem Ansinnen Tuchscherers, zwei Kompanieführer sollten ihre politische Einstellung mit den Soldaten diskutieren, wurde als Strafgrund herangezogen. Peter Tuchscherer hat gegen die „Diszi“ inzwischen Beschwerde eingelegt.

26 Tage Bau

Politische Betätigung nur für Offiziere

Von Bernd Schönauer

Hans Walter von Oppenkowski hat in Uniform am Parteitag der DKP in Essen und an der Bezirkskonferenz der DKP in Hagen teilgenommen. In Hagen bezog er gegen den Neofaschismus in der Bundeswehr Stellung. Die Reaktion des Truppengerichtes: 5 Tage Bau für Essen, 21 Tage für Hagen.

Einen halben Tag, nachdem Oppenkowski seine Haft antreten mußte, wurden bereits Flugblätter vor der Kaserne in Hemer verteilt. Zehn Freun-

de aus Düsseldorf standen mit schnell angefertigten Sandwiches-Schildern vor dem Kasernentor und diskutierten mit vorbeikommenden Soldaten die Frage, wie es denn möglich sei, daß ein Hauptmann Roß in Uniform für die NPD in Bayern den Wahlkampf führt und nicht bestraft wird, der Gefreite Oppenkowski für sein Auftreten jedoch 21 Tage Haft bekommt. Inzwischen wurde Oppenkowski „verlegt“. Um weitere Unruhe zu vermeiden, muß er seine Haft in der „General-Feldmarschall-Rommel-Kaserne“ absitzen. Diese Kaserne befindet sich in Augustdorf im Lipperland, am „Ende der Welt“. Die verantwortlichen Offiziere, die sich nach Ruhe und Ordnung sehnen, haben sich aber getäuscht. „Es wird keine Ruhe geben, wir protestieren in Hemer, Augustdorf und in seiner Heimatstadt Velbert“, heißt es in einem neuen Flugblatt seiner Genossen von der SDAJ und der DKP.



Hans-Walter von Oppenkowski (Mitte) auf der Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen der DKP

Ku Mi auf der Flucht

Minister Holthoff hat Angst vor Diskussion

Von Wolfgang Bartels

Kamens gute Bürger sind empört. Hatten es doch tatsächlich einige Jugendliche dieser Kleinstadt in der Nähe Dortmunds gewagt, den nicht alltäglichen Besuch eines Ministers zu stören. Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Holthoff, hielt einen Vortrag über die „Ansprüche der Gesellschaft an die Bildungspolitik“. Es waren auch einige aufmerksame Schüler und junge Arbeiter unter dem ehrfürchtig vor der Ministerwürde lauschenden Publikum. Ihnen fiel bald auf, daß der Minister mit „Gesellschaft“ die Gesellschaft der Unternehmer, Industriellen und Wirtschaftler meinte, von deren höheren Bildungsanforderungen der Kultusminister sprach. Er verlor kein Wort über die Misere im bestehenden Bildungssystem und über Wege zur Behebung dieser Mängel. Mit Zwischenrufen wie „Zum Thema!“ und „Erklären sie konkrete Maßnahmen!“ brachten sie ihren Unmut zum Ausdruck und zerstörten damit die Idylle einer Kleinstadt, die sich am Ministerbesuch ergötzt.

Holthoff vertröstete seine jungen Zuhörer auf später: „Hört mich doch erst mal bis zu Ende an, dann könnt ihr diskutieren.“ Aber am Ende seines Vortrages wollte der Minister kneifen, obwohl er kurz vorher verkündet hatte: „Demokratie bedeutet Diskussion.“ So einfach ließen sich die jungen Schüler und Arbeiter jedoch nicht übertölpeln. Um doch noch die versprochene Diskussion zu erreichen, stellten sie sich vor des Ministers Auto.

Jetzt erwachte der Obrigkeitssinn der guten Kamener Bürger, das ging ihnen entschieden zu weit. Die weiteren Vorgänge schilderten die Jugendlichen in einem Flugblatt so:



Flugblattautor Rüdiger Raguse

„Hier hatten sie (die Jugendlichen) die Rechnung ohne Stadtdirektor Rethage und einige anwesende Stadtabgeordnete gemacht, die durch Faustschläge und Tritte die jungen Leute zu verschrecken suchten. Von der allgemeinen Hysterie angesteckt, bahnte sich Holthoff gewaltsam einen Weg durch die Menge und verließ fluchtartig den Ort, wobei er rechtswiegend die Einbahnstraße in der falschen Richtung befuhr.“

Drei junge Leute wollten nun Anzeige erstatten wegen Körperverletzung und verkehrswidrigen Verhaltens. Aber auf der Polizeistation warf man sie mit der Androhung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch hinaus.

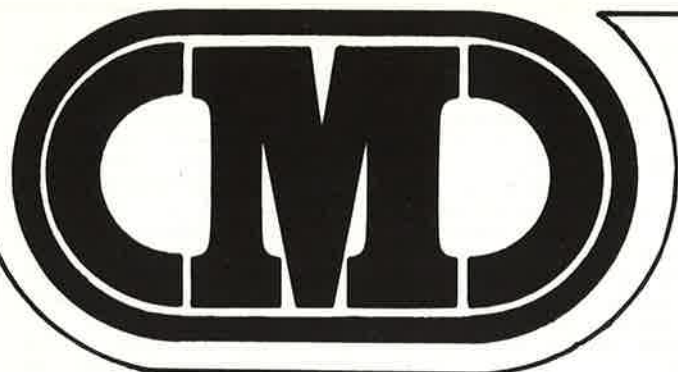
Auf dem Nachhauseweg kamen die Drei an einer Rufsäule vorbei, deren Blaulichtsignal blinkte. Plötzlich hielt neben ihnen ein Einsatzwagen der Polizei, aus dem mehrere Polizisten sprangen. Sie brachten die drei Jugendlichen sofort in Zusammenhang mit der betätigten Säule und schlugen mit Gummiknüppeln auf sie ein. „Dich darf ich doch

wohl noch schlagen!“ begründete einer der Polizisten die Maßnahme. Polizeikommissar Rauer sagte später, ihm sei von dem Vorfall nichts bekannt. Und der Stadtdirektor stritt die Behauptungen auf dem Flugblatt ab: „Ich habe wohl einen Jungen zurückgeschoben, um ihn vor Schlägen zu schützen, die er von den herumstehenden Erwachsenen angeboten bekam.“ Er richtete eine Klage an das Dortmunder Landgericht, in der Rüdiger Raguse, der Autor des Flugblattes, aufgefordert wurde, seine Darstellung zu widerrufen. Dieses Verfahren wurde ausgesetzt, bis ein weiteres Verfahren geklärt ist. Gegen fünf Jugendliche ist ein Strafprozeß anberaumt worden, in dem sie der „Beleidigung des Kultusministers Holthoff, übler Nachrede oder Verleumdung zum Nachteil des Stadtdirektors Rethage und der Verleumdung oder falschen Anschuldigung zum Nachteil von Polizeibeamten“ beschuldigt werden. Raguse: „Dabei wollten wir nur die versprochene Diskussion mit dem Kultusminister.“

Stadt im Widerstand. Die Bevölkerung Hannovers kämpfte bis zum Sieg gegen die geplante Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise um durchschnittlich 33 Prozent. Studentenverbände, Arbeiterjugendorganisationen und Gewerkschaften standen in einer Front. Sie forderten: Rücknahme der Erhöhung und neue Preisgestaltung, sowie Überführung der „Üstra“, des Verkehrsbetriebes, in kommunales Eigentum. Durch eine Aktion „Roter Punkt“ griff die Bevölkerung zur Selbsthilfe, nachdem die „Üstra“ den Verkehr eingestellt hatte. Privatfahrzeuge wurden zum Busersatz. Der Erfolg: die Forderungen nach kommunaler Verwaltung wurden erfüllt und die Fahrpreise sind niedriger als zuvor!



„So klein mit Hut werdet ihr, wenn ihr mit mir diskutiert“, versprach Kultusminister Holthoff. Doch dann kniff er.



Solidartität mit Jupp

Jupp Angenfort wieder bedroht

Von Wolfgang Bartels

Es ist erst zwei Monate her, seit der Kommunist Jupp Angenfort auf Grund des Drucks der Öffentlichkeit aus dem Zuchthaus entlassen werden mußte. Doch er bleibt weiterhin den Schikanen einer politischen Verfolgung ausgesetzt. (elan berichtete darüber in den Ausgaben Mai und Juni).

Zwar brauchte Angenfort nicht den Rest seiner Zuchthausstrafe abzusenken, zwar wurde die Polizeiaufsicht zurückgenommen, zwar wurden ihm die Bürgerlichen Ehrenrechte zurückgegeben, doch die Zuchthausstrafe an sich wurde nicht zurückgenommen. Bis an sein Lebensende soll Jupp unter den diskriminierenden Folgen einer Zuchthausstrafe leiden. Er wird kein Ehrenamt bekleiden dürfen, so kann er z. B. nicht Abgeordneter eines Parlamentes werden.

Im Juni erhielt Angenfort wieder eine gerichtliche Vorladung. Gegen ihn wurde eine Beschuldigung wegen Verdachts des Hochverrates erhoben.

Angenfort meint dazu: „Ich bin nicht so vermessen, zu be-

haupten, daß die neuen Schikanen und politischen Verfolgungsmaßnahmen nur in Hinblick auf meine Person eingeleitet wurden. Ich muß die Schlußfolgerung ziehen, daß auf diese Weise die Gegner der Politik der Bundesregierung und des hinter ihr stehenden Großkapitals eingeschüchtert werden sollen.“

Jupp Angenfort appellierte an die Öffentlichkeit: „Ich bitte alle Demokraten und Sozialisten, alle, die meiner Familie und mir bereits Solidarität erwiesen haben und denen ich meine Freiheit verdanke: Verlangen Sie, daß Schluß gemacht wird damit, einen Antifaschisten als Staatsbürger zweiter Klasse einzustufen. Fordern Sie, daß die diskriminierenden Folgen der politischen Zuchthausstrafe aufgehoben werden. Verlangen Sie beim Bundesjustizminister, daß endlich Schluß gemacht werde mit der politischen Verfolgung von Kommunisten. Mögen das Justizministerium und die Justiz ihre Aufmerksamkeit dem Neonazismus zuwenden. Von dort kommt, wie die Geschichte unseres Landes bewiesen hat, die Gefahr für Demokratie und Frieden.“

An die elan-Redaktion schreibt Jupp Angenfort:

„Liebe Freunde und Genossen. Die Schikanen und politischen Verfolgungsmaßnahmen beginnen, wie ihr seht, aufs neue. Die politische Justiz möchte möglicherweise beweisen, daß man sich ihr beugen muß. Ich denke, sie verrechnet sich wieder einmal. Die Solidarität ist stärker.“



NFJ-Happening

Spanferkel im Ebberg-Haus

Von Werner Winter

Langsam schlendere ich durch die Gänge des „Ebberg-Hauses“, um mich vom lautstarken Getöse einer Freiluft-Discothek zu erholen. Plötzlich vor mir: Von einer 10 m langen (Papier-) Wand glänzt mir ein überdimensionaler Hintern entgegen, verziert mit „3-geleitet niemals!“. Karikaturen, Losungen, Sprüche, Verse und Ungereimtes vervollständigen das Bild. In kurzer Zeit hatten hier Jugendliche sich, die eigene Organisation und ihre Umwelt karikiert. Jugendliche, von denen manch einer noch annimmt, sie würden nur mit Rucksack und Gitarre durch die Lande ziehen und die Natur bewundern, nämlich Gäste und Delegierte zur 11. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend.

Sie hatten sich hier in der Nähe Dortmunds zu einem Happening versammelt. Es waren junge Arbeiter und Schüler, die mit dem Filzschreiber genau wie ein paar Meter weiter mit Holz- und Linolschnitten ihren Protest und ihre kritische Haltung gegenüber der Gesellschaft formulierten.

So regten moderne Grafiken und die von Mitgliedern der Naturfreundejugend Westfalen herausgegebene „Proletenpresse“ genauso zur Diskussion und eigenen Gestaltung an wie die Papierwand.

Diskussion über Form und Inhalt drangen auch aus dem Tonstudio, wo nach Zeichentrickfilmen Kurzfilme wie „Von der Revolte zur Revolution“, „Demonstrantenselbstschutz“ oder „Biafra, Dachau und die Beatles“ die Gemüter erregten. Höhepunkt des Abends aber war die holländische Folklore-Group Vanlind. Eine Gruppe, die zur Erweiterung ihres Repertoires auch die ausländischen Gäste der Naturfreunde zu Darbietungen ermunterte. Ein Gag, der vor allem der sowjetischen Delegation viele Pluspunkte brachte.

Jazz am Lagerfeuer, Spanferkel am Spieß und Bier vom Faß bildeten den Abschluß des Programms, aber nicht das Ende des Happenings.

Alle in einem Boot

Von Peter Schütt



Wir sitzen alle in einem Boot, ohne Frage. Nur, wer rudert, und wer steuert? Wer bestimmt den Kurs des Staatsschiffs, wer liegt auf dem Sonnendeck und wer versieht den Dienst an der Maschine? Selten sind es dieselben Leute.

Wir ziehen alle am selben Strick. Die einen, ohne festen Boden unter den Füßen, versuchen die am andern Ende in den Abgrund zu ziehen, damit sie selber sicher stehen. Die andern versuchen immerfort, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, mit einem Ruck oder lieber Stück für Stück. Sie sind dabei schon einige Male auf den Bauch gefallen, aber totzukriegen sind sie nicht und kleinzukriegen auch nicht.

„Eigentlich sind doch alle Arbeiter!“ Springers „WELT“ hat soviel recht, wie sie Macht hat, der Wahrheit das Wort im Munde herumzudrehen. „Arbeitgeber die einen, Arbeitnehmer die andern.“ Statt „Mitbestimmung arbeitsfremder Mächte“ fordert die „WELT“, die immer noch ein bißchen besser im „BILD“ ist, darum „Alleinbestimmung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber“. Jedem das Seine: dem Arbeitgeber das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit, dem Arbeitnehmer vor allem Ruhe und Ordnung!

Arbeitgeber ist hierzulande seliger denn Arbeitnehmer. In Wirklichkeit ist der, der angeblich Arbeit gibt, derjenige, der dem Arbeiter noch das letzte nimmt, und der die Arbeit zu nehmen hat, weil ihm keine andere Wahl bleibt, ist ein armer Schlucker, dem unaufhörlich gegeben wird, der alles einstecken muß, dem nichts geschenkt wird!

Karl Schmidt und Robert Hufeland „arbeiten“ beide im selben Haus, in den Metallwerken Besenbeck, einem metallverarbeitenden Betrieb am Stadtrand Hamburgs, der zur Zeit eine Belegschaft von fast zweihundert Mann zählt und vor allem landwirtschaftliche Spezialmaschinen herstellt. Spätestens seit der Rezession hat die Firma mit zunehmendem Konkurrenzdruck von seiten der Großindustrie zu rechnen, einem Druck, dem die Betriebsleitung nachzugeben bestrebt ist, um ihn auf die Arbeitnehmer abzuwälzen.

Karl Schmidt arbeitet in den Metallwerken als Schlossergeselle, fünfmal in der Woche acht Stunden lang. Robert Hufeland kommt in der Regel zweimal in der Woche in den Betrieb, die übrige Arbeit erledigt er zu Hause. Seit dem Abschluß seines betriebswirtschaftlichen Studiums im Herbst 1967 ist er in der Firma offiziell als Juniorchef tätig, an der Seite seines Vaters, des selbständigen Unternehmers Alfred Hufeland, dem die Metallwerke Besenbeck bislang allein gehören. Auch Karl Schmidts Vater arbeitet schon seit der Währungsreform bei der selben Firma, aber von „partnerschaftlicher Kooperation zwischen Alt und Jung“, von der der alte Hufeland gern redet, kann bei den beiden Schmidts kaum die Rede sein.

Außer dem gemeinsamen Arbeitsplatz, der, aus der Nähe betrachtet allerdings mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten aufzuweisen hat, und einigen „Angaben zur Person“ haben Karl Schmidt und Robert Hufeland wenig gemeinsam. Beide sind 27 Jahre alt, ledig und stammen aus demselben Ort. Viel mehr Gemeinplätze, die die beiden miteinander verbinden könnten, lassen sich schwer auftreiben, es sei denn, man hält die Heimat, den Familien-Stand und das Alter für das „menschlich Ausschlaggebende“.

Gesehen haben sich die beiden im Betrieb höchstens dreimal, und gesprochen haben sie zusammen nur ein einziges Mal. Das war bei der Weihnachtsfeier vor zwei Jahren, als der neue Juniorchef seine erste Ansprache an die Belegschaftsmitglieder hielt. In aalglatten Worten, die niemand verstand – einer sagte, der redet wie Schiller –, versuchte er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Werkes zu erläutern und begründete zum Abschluß seiner Rede die erforderliche Senkung des Weihnachtsgeldes von hundert auf siebzig Mark. Er wandte sich besonders an die jüngeren Arbeitnehmer und ging anschließend auf seine „gleichaltrigen Kollegen“ zu, um ihnen der Reihe nach die Hand zu schütteln. Namentlich mit Karl Schmidt, dem neugewählten Mitglied des Betriebsrates, führte er ein längeres Gespräch. Er erkannte in ihm den früheren Mitschüler und wußte nicht recht, ob er ihn nun duzen oder siezen sollte. Wie er ihn auch anredete, er hatte den Eindruck, es würde auf alle Fälle verkehrt sein, und deshalb versuchte er herzlich zu sprechen, ohne

persönlich zu werden. „Wir Jungen müssen doch alle zusammenhalten!“, wollte er das Gespräch mit Schmidt beenden, als der plötzlich loslegte, so, daß es alle hören konnten: „Find ich auch, Herr Hufeland! Wie wärs, wenn wir uns die Fabrik mal gemeinsam ansehen würden, die zugigen Werkshallen, die Frühstücksräume und die Toiletten. Und danach gehen wir dann gemeinsam durch die Direktionsräume, wir brauchen bloß mal ins Gästezimmer zu gucken, dann wissen wir Bescheid, wie das mit den Gemeinsamkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist, von denen Sie uns so viel erzählt haben!“ Zuerst mochten die Kollegen Schmidts Ausbruch für eine Entgleisung halten, aber als dann der junge Hufeland kein Wort mehr rausbrachte und Leine zog, und als er später immer seltener im Betrieb zu sehen war, da wußten sie, die Antwort hatte gegessen.

Karl Schmidt wurde am 17. Juli 1942 geboren, während eines schweren Bomben-



angriffes, vor dem man seine Mutter in den Bunker des Barmbeker Margarethenkrankenhauses gebracht hatte. Sein Vater war damals als Soldat an der Ostfront und erfuhr erst Wochen später von der leidlich glücklichen Geburt seines ersten Sohnes. Er kriegte ihn erst 1944 während seines letzten Fronturlaubs zu sehen. Als er damals aus dem schon halb zerbombten Hamburg zurück an die Ostfront fuhr, glaubte er, er würde seine Familie nicht mehr wiedersehen. Er sah sie wieder 1948, nach fast vierjähriger sowjetischer Gefangenschaft. Er dankte sein Leben den feindlichen Soldaten, die ihn rechtzeitig gefangen genommen hatten, kurz bevor seine Einheit Ende 1944 völlig aufgerieben wurde. Seither feierte er den Tag seiner Gefangennahme für ein paar Jahre wie seinen zweiten Geburtstag; später, wieder zu Hause, trat dann der Tag der Entlassung mehr in den Blickpunkt seiner Erinnerung.

Auch Alfred Hufeland konnte am 17. August 1942 nicht dabei sein, als seine junge Frau, eine geborene Frein von Falkenhausen, ihrem ersten Sohn das Leben schenkte. Er hatte sie schon einige Wochen vor dem freudigen Ereignis in das Mutterheim Stella Maris bei Kassel gebracht, um sie aus allem Trubel herauszuhalten und ihr die Aufregung der zunehmenden nächtlichen Bombenangriffe zu ersparen. Wenn ihre Stadtrandvilla selbst

auch kaum bedroht war, außerdem besaßen sie einen bombensicheren Bunker, den sie sich schon vor dem Krieg zugelegt hatten, so machten die Flakgeschütze und der nächtliche Widerschein der brennenden Stadt seiner Frau doch einiges zu schaffen.

Am Abend, als die Wehen einsetzten, mußte Alfred Hufeland vor dem Hamburgischen Bankverein einen Vortrag über den Beitrag der deutschen Stahlindustrie zur Erringung des Endsieges halten. Gleich nach seinem Referat ließ er sich von seinem Chauffeur nach Kassel fahren und traf in Stella Maris nachts um drei ein, als sein Sohn gerade eine halbe Stunde alt war. Bis zum Tag ihrer Entlassung blieb er in der Nähe seiner Frau und erledigte die meisten geschäftlichen Sachen von Stella Maris aus telefonisch.

Im Juli 1943, während der schweren Angriffe auf Hamburg, wurde auch Schmidts Wohnung zerstört. Was Frau Schmidt und ihrem kleinen Sohn blieb,



war außer ihrer Gesundheit ein Koffer mit Kinderzeug und einigen Wertsachen, die sie von den Verwandten zur Hochzeit geschenkt bekommen hatte. Frau Schmidt mußte mit ihrem Sohn in ein Barackenlager am Stadtrand ziehen; dort bekam sie ein Zimmer von sechs Quadratmetern zugewiesen und war froh, ein Dach über dem Kopf zu haben. Von ihrem Mann bekam sie oft monatelang keine Nachricht. Jedesmal, wenn der Telegrammbote oder ein Hajottler ins Lager kam, wurde ihr angst und bange, wie allen Frauen im Lager. Ihren Kleinen mußte sie schon bald in ein Kindertagesheim geben, wo er das „Heil Hitler“ eher lernte als das „Guten Tag“, und ihr selber blieb nichts anderes übrig, als täglich acht Stunden arbeiten zu gehen. Zuerst war sie als Sekretärin in einer Munitionsfabrik beschäftigt, dann, als die Fabrik selber in die Luft gegangen war, wurde sie zur Post abkommandiert. Sie wurde im Paketdienst eingesetzt, und sie merkte, wie dort die Arbeit von Monat zu Monat weniger wurde: immer weniger Sendungen trafen ein, und immer mehr wurden unzustellbar. Während des Zustellendienstes – sie war entweder mit dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs – hatte sie bald immer häufiger Gelegenheit, im Kinderheim nach ihrem Sohn zu schauen. Sie war jedesmal entsetzt, daß fünfzig oder sechzig heulende Kinder ganz mit sich allein gelassen waren. Meistens war die

Kindergärtnerin vor Übermüdung eingeschlafen, und nur wenn es Fliegeralarm gab, packte sie ihre Zöglinge und schleppte sie zu dritt oder zu viert in den Lagerbunker.

Die Hufelands haben den Krieg heil überlebt, die Villa in Blankenese ist stehengeblieben. Nur ins obere Stockwerk zog 1944 vorübergehend eine ostpreußische Flüchtlingsfamilie, einfache, nette Leute, wie Frau Hufeland sagte, gut für die Haus- und Gartenarbeit zu gebrauchen. Nach Kriegsende dauerte es kein Vierteljahr, bis die Metallwerke Besenbeck trotz einiger Beschädigungen in der Montagehalle den Betrieb wiederaufnehmen konnten, zunächst mit Reparaturarbeiten für die englische Besatzungsmacht. Nach dem Einmarsch der Engländer wurde Alfred Hufeland einige Mal zu Aussagen über seine Tätigkeit während des Dritten Reiches auf die Kommandantur bestellt, er mußte auch eine Nacht in Untersuchungshaft bleiben – die einzige Nacht, die er bisher zumindest



hinter symbolischen Gittern zugebracht hat –, aber mit Rücksicht auf seinen angegriffenen Gesundheitszustand wurde bald von einer weiteren Verfolgung abgesehen. Er konnte sich glücklich schätzen, so glimpflich davongekommen zu sein, und auf die Engländer ließ er fortan so leicht kein böses Wort kommen. „Feine Kerle“, pflegte er zu sagen. Wegen der unklaren Verhältnisse in Deutschland zog es der Industrielle jedoch vor, sich für einige Zeit in die Schweiz zurückzuziehen; er ließ sich in der Unternehmensleitung durch einen alten Freund aus der Zeit vor 33, einen biedereren Sozialdemokraten, vertreten und trat selber, zusammen mit seiner Familie, einen längeren Erholungsurlaub im oberen Engadin an, wohin sie ihre beiden Kinder, 1943 war noch eine Tochter geboren, schon ein halbes Jahr vor Kriegsende in Sicherheit gebracht hatten.

Frau Hufeland war überglücklich, ihre Kinder im Herbst 45 wieder in die Arme schließen zu können; sie waren, besonders der Älteste, in der Höhenluft prächtig gediehen und kamen den Eltern sehr altklug und vorlaut vor. Als Robert seinen Vater zum ersten Mal mit offenen Augen sah, fragte er ihn, und der Vater wird das nie vergessen, „Wer ist Hitler?“, worauf der alte Hufeland antwortete: „Weißt du, Robert, das ist der Bruder vom Rübezahl!“ und seinen Gästen zu erzählen anfang, wie das eigentlich war und wer schuld ist an

dem Ganzen. Hufelands Frau pflegte später im privaten Kreis zu sagen, die zweieinhalb Jahre in der Schweiz damals, das sei eigentlich ihre glücklichste Zeit gewesen, ohne Krieg und Politik und Aufregung. Später sei alles so hastig geworden, so lieblos und nervös. Wenn sie in der Schweiz auch weniger Geld gehabt hätten, sie möchte diese Jahre im Engadin nie missen. „Und, wissen Sie, wenn man mal ne Zeit lang bescheidener lebt, dann spuckt man auch nicht so große Töne!“ Für Frau Schmidt und ihren Sohn waren die Jahre nach 1945 die schlimmsten. Ihr Mann galt als vermißt, sie war ohne Arbeit und Einkommen, und seit das Barackenlager beim Einmarsch der Engländer abgebrannt war, wohnte sie in einem mühselig hergerichteten Pferdestall in einem Dorf, dreißig Kilometer weg von Hamburg. In die Stadt zu kommen, das war mit dem Kind jedesmal eine Weltreise, und sie schaffte es in all den Jahren, bis ihr Mann zurückkam, nur dreimal, ihre Mutter



und ihre überall in der Stadt verstreut in Kellern, Ruinen und Massenunterkünften wohnenden Verwandten zu besuchen. Aber langweilig wurde das Leben auf dem Dorf nie; morgens mußte sie mit dem Kleinen die umliegenden Ortschaften abklappern, um ihre Lebensmittelkarten einzulösen, nachmittags hatte sie im Garten zu tun, den ihr der Bauer hinter der Scheune gegeben hatte, und abends ging sie oft genug mit den Pferdeknechten Holz stehlen, damit sie ihren Kanonenofen heizen konnte. Harte Jahre, auch deshalb, weil sie mit den Leuten vom Dorf überhaupt nicht warm werden konnte. Wenige Tage, nachdem Vater Schmidt überraschend aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt war und den Krieg und die, die ihn angezettelt hatten, ein für allemal satt hatte, begann er mit der Arbeitssuche. Er bemühte sich, wieder in seinen Beruf als Maschinenschlosser, den er vor neun Jahren, als er zum Kriegsdienst eingezogen wurde, aufgeben mußte, zu kommen. Nach tagelanger Suche klingelte er auch bei den Metallwerken Besenbeck und kriegte dort, mit mehr Glück als Geschick, auch den Chef zu fassen, der wenige Wochen nach der Währungsreform wieder in seinen Betrieb zurückgekehrt war. Er redete viel von „Chancengleichheit“, vom beginnenden Wiederaufbau und von gemeinsamen Anstrengungen und entschloß sich schließlich, Schmidt – „In

Rußland haben Sie gekämpft, und in Gefangenschaft haben Sie gegessen! Tapfer, tapfer!“ – zwar nicht gleich als Maschinenschlosser, aber doch als einfachen Arbeiter in der Reparaturabteilung einzustellen, für einzehn die Stunde vorerst. Schmidt war, wenn auch mit ungutem Gefühl, einverstanden und erzählte später resigniert seiner Frau, der Alte habe nicht viel anders als ein Naziböß getan. „Daß es diese Sorte in Deutschland noch immer gibt“, konnte er schwer begreifen, nach all dem, was inzwischen geschehen war.

Schmidt schaffte es, er blieb im Betrieb und wurde nach sieben Monaten auch als Schlosser bezahlt. Das Geld reichte jetzt für eine Eineinhalbzimmerwohnung, nicht allzuweit von der Fabrik entfernt. Die Schmidts blieben dort wohnen, bis ihr Sohn aus der Schule kam.

Robert Hufeland wurde von einer Pädagogikstudentin sorgfältig auf den Schulbesuch vorbereitet. 1948, wenige Wochen nach der Rückkehr der Familie Hufeland,



wurde er wie Karl Schmidt in der Volksschule Besenbeck eingeschult. Robert und Karl saßen in derselben Klasse und hatten dieselben Lehrer, aber miteinander gesprochen haben sie so gut wie nie. Robert und einige Freunde, mit denen er von Anfang an zusammen war, konnte schon vorher die großen Buchstaben lesen und schreiben. Sie hatten immer saubere Hemden, Hosen und Schuhe an und schauten mitleidig-herablassend, mit dem Blick ihrer gutsituierten Väter, auf die übrigen Schmierfinken in der Klasse herab. Die trugen wie Karl Schmidt Hosen aus alten Wolldecken, Hemden aus geflicktem Fahnenstoff und Jacken aus Zeltplanen, wie lauter kleine Soldaten sahen die ABC-Schützen aus. In der Klasse gab es viel zu zanken und zu neiden, die Lehrer hatten ihre eigenen Sorgen. Bei Schulausflügen hatten die wenigen Kinder aus besserem Haus fünf Mark Taschengeld für Eis, Saft und Schokolade bei sich, die andern gaben ihre zwanzig und dreißig Pfennig, die sie von zu Hause mitbekommen hatten, schon an der ersten Eisbude aus. Als die Lehrerin einmal die Eltern ihrer Schüler gebeten hatte, den Kindern ein einheitliches Zehrgeld von einer Mark mit auf die Reise zu geben, bekam der junge Hufeland ein geharnischtes Schreiben seines Herrn Vaters mit auf den Schulweg. Angesichts des wieder erreichten Wohlstandes zeuge es von

materieller Eigensucht, wenn manche Eltern ihren Kindern nicht mehr als ein lumpiges Markstück mit auf die Klassenreise geben wollten! Tatsächlich widerrief die Lehrerin daraufhin ihre Bitte.

Die erste größere Fahrt ging im vierten Schuljahr für drei Tage in die Holsteinische Schweiz. Karl heulte tagelang, weil die Eltern die Kosten für Fahrt und Unterbringung nicht übrig hatten; sie hatten sich gerade ein paar Sachen für die Küche angeschafft und die erste Mieterhöhung um zwanzig Prozent eingesteckt. Als Trost durfte Karl in den Ferien eine Woche lang zu einer Tante auf dem Lande fahren. Er war überglücklich und erzählte solange seinen Mitschülern von seinen Abenteuern auf dem Bauernhof, bis Robert Hufeland, einige Tage später, in die Schule zurückkam und von seiner Reise mit den Eltern nach Spanien zu berichten anfang. Vater kenne Spanien so gut wie Deutschland, gab der Sohn an, er habe dort geschäftlich zu tun. Die anderen Kinder fragten ihn, was



das sei, „geschäftlich“, aber Robert war zu stolz, eine solche selbstverständliche Frage überhaupt zu beantworten.

Zwischen 1954 und 1967, als Hufeland junior dem neuen Mitglied des Betriebsrates demonstrativ die Hand schüttelte, haben sich die beiden bewußt nicht wiedergesehen. Karl Schmidt und Robert Hufeland waren nach Abschluß des sechsten Volksschuljahres beide für den Übergang zur Oberschule empfohlen worden, aber es gelang der Lehrerin nicht, Karls Vater davon zu überzeugen, daß es gut sein könnte, den Sohn aufs Gymnasium zu schicken; das wäre was für die Kinder der reicheren Leute. Robert Hufeland fiel zwar durch die Aufnahmeprüfung, aber sein Vater setzte alles daran, ihm die Bildung zukommen zu lassen, die er brauchte. Er fand für seinen Sohn rasch ein vornehmes Internat im Hessischen, das einige Jahre später mit einem Schullandheim im Rheinland vertauscht wurde, da der Vater in dieser Gegend ohnehin viel zu tun hatte. Robert schaffte sein Abitur ohne allzu große Mühe, wenn auch mit einjähriger Verzögerung, für die sein Vater Verständnis zeigte: „Mein Sohn, ich weiß schließlich, was Du mir wert bist!“

Die Internaterziehung war ziemlich streng, Ausgang gab es nur bis neun und sonnabends bis elf. Aber wer sich gut mit dem Hausmeister stand, konnte sich die eine oder andere Freiheit einhandeln:

Zuspätkommen, Mädchenbesuch oder einen Kasten Bier. Zu Hause, in den Ferien oder zum verlängerten Wochenende, hatte Robert ein eigenes Zimmer für sich; als er sechzehn wurde, durfte er seinen Freunden, die zum ersten Mal alle in Begleitung kamen, eine große Gartenparty geben. Höhepunkt des Festes war ein Minifeuerwerk, das ihm ein Geschäftsfreund des Vaters geschenkt hatte.

Mit vierzehn Jahren trat Karl Schmidt als Lehrling bei den Metallwerken Besenbeck ein; sein Vater hatte ihm die Stelle verschafft. Er bekam monatlich siebzig Mark, nicht ganz die Hälfte von dem, was Robert als Taschengeld überwiesen bekam, und er mußte davon, fast als wäre er Hufelands Sohn, Botengänge für den Chef erledigen, die Zufahrtswege zur abseits gelegenen Villa in Ordnung halten oder, wenn für die Direktion nichts zu tun war, auch mal Bier für die Gesellen heranschleppen. Erst im zweiten Lehrjahr wurde er, nachdem sein Vater einige Male gegen die



schlechte Behandlung der Lehrlinge protestiert hatte, zur eigentlichen Arbeit herangezogen. Zu Weihnachten bekam er für seinen Fleiß in der Fabrik und für seine guten Leistungen in der Berufsschule eine Prämie von hundert Mark, für die er sich seinen ersten Anzug kaufen durfte. Sonst mußte er zu Hause immer die Hälfte von seinem Lehrgeld abgeben. Seine Mutter war schwerkrank, und die Medikamente, die die Krankenkasse längst nicht alle bezahlte, kosteten viel Geld. Auch die neue Wohnung, die Schmidts 1956 endlich gefunden hatten, war teuer genug, 170 Mark im Monat. Aber Karl schlief jetzt allein im Zimmer, und wenn die Eltern mal abends im Kino oder bei Freunden waren, durfte er sich Besuch einladen. Er lernte seine erste Freundin kennen, da hatte Robert Hufeland schon mehrere gehabt, und als er mit siebzehn Jahren über die Gewerkschaftsjugend zum ersten Mal ins Theater kam, da war Robert das Schauspielhaus längst leid: in den Ferien mußte er zusammen mit seiner Schwester für die Eltern, die ein Premierenabonnement besaßen, Theaterbesuche machen. Robert sprach wie ein Mann von Welt über die Nachtlokale an der Reeperbahn, über das Baden bei Rimini und über die Kunst des Austernessens, da kannten Karl und seine Kollegen den Duft der großen, weiten Welt allenfalls vom Friseur.

Aber während Karl mit den übrigen

Lehrlingen in den Metallwerken nach stundenlanger Beratung beschlossen, aus Protest gegen die unbegründete Entlassung eines ihrer Freunde für eine Stunde in den Streik zu treten und in der Berufsschule Unterschriften zu sammeln, war Robert gerade eifrig damit beschäftigt, in der Mathematikstunde das vorher eingesagte Lehrerpult zum Einsturz zu bringen. Beide erhielten für ihr „ungebührliches Benehmen“ dieselbe Strafe, eine Eintragung ins Zeugnis. Robert nahm den Vermerk mit Gleichmut, fast wie eine willkommene Bestätigung seines Racheaktes, auf, Karl hat einiges dazu gelernt, er beschwerte sich bei der Schulbehörde und trat, durch Schaden klug geworden, mit achtzehn in die Gewerkschaft ein, ungefähr zur selben Zeit, als Alfred Hufeland seinen Sohn zum ersten Mal zum Altherrentreffen der Burschenschaft Germania mitnahm, als er, auf dem Hamburger Presseball, dem Bürgermeister vorgestellt wurde und als der Vater den künftigen Fabrikbesitzer über-



redete, als Gast an den Tagungen des Arbeitgeberverbandes teilzunehmen. 1959, nach dreieinhalb Lehrjahren, machte Karl Schmidt seine Gesellenprüfung. Einige Jahre später hatte Robert Hufeland sein Wirtschaftsabitur in der Tasche. Er bekam für das Zeugnis der Reife von seinem Vater einen Sportwagen geschenkt und fuhr damit mit seiner Freundin erst mal für zwei Monate ans Mittelmeer; die Familie hatte sich inzwischen an der Malagaküste ein Ferienhaus angeschafft. Karl kaufte sich von seinem ersten vollen Monatslohn ein gebrauchtes Motorrad. Seinen Eltern schenkte er zum zwanzigsten Hochzeitstag einen Fernseher, das glaubte er, ihnen schuldig zu sein.

Robert Hufeland studierte in Hamburg, Bonn und Freiburg Volks- und Betriebswirtschaft. Die Scheine, besonders in Statistik, machten ihm einiges zu schaffen, aber in dem Thema, das ihm 1966 als schriftliche Prüfungsarbeit gestellt wurde, kannte er sich gut aus: „Der betriebswirtschaftliche Schaden begrenzter Streiks und die Möglichkeit ihrer Verhütung“. Als Musterbetrieb wählte er die Fabrik seines Vaters und untersuchte kritisch, vom Standpunkt der Rentabilität, fünf verschiedene Streikfälle, die den Betriebsfrieden in den Besenbecker Metallwerken seit 1948 beeinträchtigt hatten. Sein letztes Beispiel war der Lehrlingsprotest, bei dem sich Karl Schmidt hervorgetan hatte.

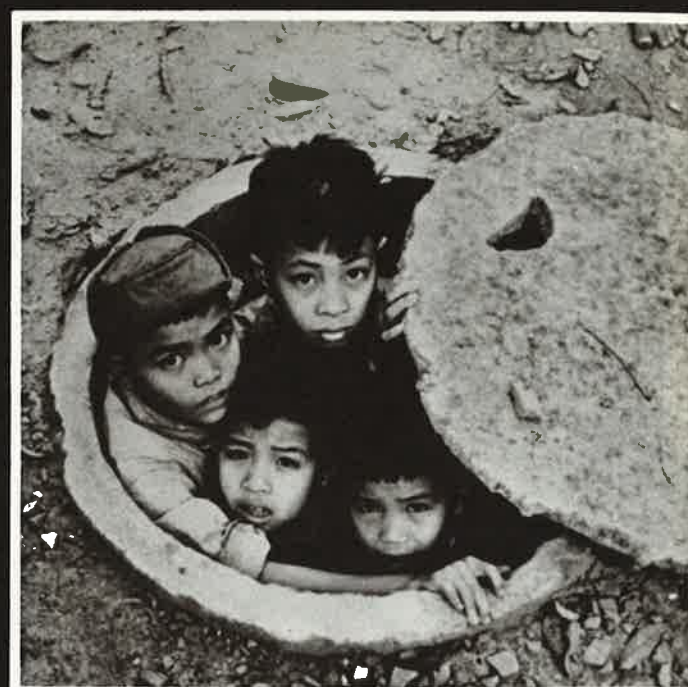
Hufeland nannte bestimmte soziale Mißstände und betriebsklimatische Unruheherde, auch gegen den Widerstand seines Vaters, beim Namen, trat in der Konsequenz aber für einen harten Kurs der Unternehmensleitung gegenüber allen Aktionen ein, die geeignet sein könnten, die innerbetriebliche Ordnung zu stören. Zum Abschluß seiner Arbeit erörterte er die neuen Möglichkeiten, die die geplante Notstandsregelung zur Bekämpfung betriebsinterner Störaktionen geben würde; ein Abschnitt, den der urteilende Professor als einen „mutigen Vorstoß“ würdigte und der für die Gesamtnote „gut“ mitausschlaggebend gewesen sein dürfte. Aufgrund seiner Vorleistungen war für den Kandidaten Hufeland die mündliche Prüfung kein Problem mehr; seine Vertrautheit mit der Praxis und sein gewandtes Auftreten machten bei der Prüfungskommission allgemein Eindruck. Er bestand nicht nur, er gewann.

Nach der Gesellenprüfung, die sich, zumal



im praktischen Teil, einigermaßen schwierig gestaltete, war Karl Schmidt die lästige Kopfarbeit vorerst los, und es vergingen einige Jahre, bis er sich nicht nur beruflich weiterbildete, sondern sich von seinen Kollegen breitschlagen ließ, eine Gewerkschaftsschule zu besuchen. Die Sache war viel aufregender als er geglaubt hatte, und zum Schluß probte er zusammen mit den übrigen zehn Lehrgangsteilnehmern an einem Planspiel, wie man in einem Betrieb wie seinem einen allgemeinen Streik gegen die Betriebsleitung vorbereiten, organisieren und gewinnen kann. Er merkte, daß er vorher vieles unüberlegt und verkehrt gemacht hatte und erkannte immer mehr, worauf es ankommt. Die Kumpels merkten, als er nach zwei Wochen zurück in die Fabrik kam, daß er den Kopf höher trug und um Antworten und Vorschläge nicht mehr verlegen war. Sein mutiges Auftreten gegenüber dem Juniorchef zu Weihnachten sprach sich bei allen Kollegen herum, und die Zustimmung der Freunde in der Gewerkschaft stärkte ihm den Rücken; das konnte er gebrauchen. Der junge Hufeland hatte Grund, dem jungen Schmidt aus dem Weg zu gehen; er bekam gerade unter den Jungen im Betrieb keinen Boden unter die Füße und fühlte sich in der Firma nicht recht zu Hause. „Die tun gerade so, als gehörte ihnen die Fabrik!“, beklagte er sich bei seinem Vater, aber der hatte für solche Betrachtungen wenig Sinn.

Triumph über
Hunger
und Chaos:



...dieses Volk ist nicht besiegbar

Georg Polikeit
besuchte
die Demokratische
Republik Vietnam.
Hier sein
Bericht für elan.

Die Fahrt nach Haiphong, mit rund 500.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der DRV, etwa 100 Kilometer von Hanoi entfernt und als einzige Stadt mit einem größeren Hafen von lebenswichtiger Bedeutung für das ganze Land, dauerte auf der schmalen Asphaltstraße, rechts und links mit einem fast ununterbrochenen Strom von Radfahrern und Fußgängern sowie mit gelegentlichen Lkw-Kolonnen noch verengt, rund drei Stunden. Das gab uns Gelegenheit, auch etwas von der Landwirtschaft, vom Leben der vietnamesischen Bauern zu sehen. Die gelbgrünen Reisfelder mit jungen Pflanzen, kaum zehn Zentimeter hoch, soeben erst angepflanzt, begannen gleich am Stadtrand. Charakteristisch die niedrigen Lehm-Dämme, die einzelne Felder voneinander trennen und der ganzen, scheinbar endlos ebenen Landschaft ein schachbrettartiges Aussehen geben. Schwer ist die Arbeit auf diesen Feldern. Der Reis wächst in dem roten Lehm der Schwemmebene des Deltas des Roten Flusses. In der heißen Sonne trocknet er völlig aus, wird



knochenhart und rissig. Deshalb kann er nur gepflügt werden, wenn Wasser auf ihm steht. Dann weicht er auf. Knieltief sinkt der Bauer hinter dem primitiven Holzpflug, der immer noch wie vor tausend Jahren von einem Wasserbüffel gezogen wird, in den Schlamm ein. Aber auch der Reis kann nur wachsen, wenn Wasser auf dem Feld steht. Deshalb ist die Bewässerung das A und O der vietnamesischen Landwirtschaft.

Der Sozialismus besiegte den Hunger

Ganze 15.000 Quadratkilometer groß ist das Delta des Roten Flusses, in dem der Reis wächst, etwa so groß wie Schleswig-Holstein oder das Rhein-Main-Gebiet. Aber 75 Prozent der Gesamtbevölkerung der DRV leben in diesem Gebiet, etwa 14 Millionen Menschen, 800 Einwohner pro qkm. In den restlichen 140.000 Quadratkilometern Bergland leben nur 5 Millionen, in manchen Gebieten nur 10 – 15 Einwohner pro qkm. Dieses Gebiet muß die ganze DRV ernähren. Es produziert das

Hauptnahrungsmittel. Man wird daher begreifen, was es bedeutet, daß seit der Befreiung in diesem Gebiet ein System von Bewässerungskanälen und Dämmen mit entsprechenden Wasserstellen, Sperreinrichtungen und Pumpstellen angelegt wurde, das es erlaubt, heute 85 Prozent aller Reisfelder zu bewässern und dadurch zwei, an manchen Stellen sogar drei Reisernten pro Jahr zu erzielen.

Vor allem, seitdem nach der Bodenreform in den ersten Jahren der DRV ab 1958 der Zusammenschluß der Bauern zu sozialistischen Genossenschaften begann, wurden diese Arbeiten im großen Umfang durchgeführt. Dank dessen produziert die DRV heute doppelt soviel Reis wie früher. Der Durchschnittsertrag beläuft sich auf 35 bis 40 Doppelzentner pro Hektar, gegenüber 13 dz/ha unter der Kolonialherrschaft. Der Sozialismus hat die Grundlagen gelegt, durch die der Hunger besiegt werden konnte. Man wird aber auch ermessen, was es dann bedeutet, wenn man erfährt, daß die Terrorangriffe der USA allein im Jahr 1967, sorgfältig gezielt, 456 Deiche und Anlagen des Bewässerungssystems zerstört haben, und zwar mit hochentwickelter Präzision: im Sommer, in der Regenzeit, die Dämme, um verheerende Überschwemmungen zu erzeugen, und im Winter, in der Trockenzeit, die Pumpanlagen und Wasserreservoirs, um die Felder verdorren zu lassen – Humanismus a la Johnson oder Nixon in Reinkultur.

Mit amerikanischer Präzision

Fast 94 Prozent aller Bauernfamilien sind heute in den Genossenschaften zusammengeschlossen. Vor allem seit Beginn des 1. Fünfjahresplanes in der DRV (1961 – 1964) war eine große Bewegung zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden und Techniken im Gang. Erste Versuche mit Traktoren, mechanischen Pflügen und Reiserntemaschinen, die völlig neu entwickelt werden müssen, wurden gemacht.

Die ersten 6500 Maschinen- und Gerätestationen wurden installiert. Doch der Krieg erschwerte alles. Pumpstationen mit Elektromotoren wurden zum Teil zerstört, zum Teil sind die Aggregate ohne Strom, ohne Brennstoff. So sehen wir auf den Feldern heute wieder Gruppen von Männern und Frauen, die mit Schöpfgeräten an Stangen und langen Stricken von Hand die Felder bewässern, im Rhythmus eintöniger Arbeitslieder, oft stundenlang.

Die Dörfer, an denen wir vorbeikommen, liegen meistens nicht direkt an der Straße, sondern einige hundert Meter zurück, hinter Feldern und Wassertümpeln, Bambusbüschen, Palmen, dichten Hecken und Bäumen verborgen. Die Kolonialherren haben es seinerzeit vorgezogen, die Straße durch das freie Feld zu bauen, die Dörfer mit der feindlichen Bevölkerung sorgfältig meidend. An manchen Stellen sind noch die dicken Betonbunker zu sehen, mit denen sie wenigstens die Überlandstraße gegen die Bevölkerung im Befreiungskampf zu halten versuchten. Die niedrigen Lehmhäuser der Dörfer sind also nur aus der Ferne zu sehen. Dazwischen aber erkennen wir immer wieder die Ruinen von Steinhäusern. Sorgfältig haben sie die amerikanischen Luftpiraten offenbar herausgepickt, Dorf für Dorf. Zwei Steinbauten gab es seit der Befreiung allmählich in nahezu jeder Gemeinde: das Gebäude der Gemeindeverwaltung, zugleich Versammlungssaal, meistens kombiniert mit Schwesternstation (Sanitätsstelle), vielfach auch Kindergarten – und dann die Schule. Dazu Lagerhäuser der Genossenschaften, Schuppen, Bahnstationen. Gerade diese Bauten haben die US-Flugzeuge systematisch zerstört.

Worauf sie zielten

Dabei war das sicher die zweite große Leistung des sozialistischen Systems in der DRV: die Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens auf dem Lande. Unter der Kolonialherrschaft kam in Vietnam eine dreiklassige Grundschule auf hundert Dörfer. 95 Prozent der Bevölkerung konnten nicht lesen und schreiben. 1965 gab es in der ganzen DRV eine durchgängige vierklassige Grundschulausbildung mit Schulen in

nahezu jedem Dorf, auf drei bis vier Gemeinden eine Mittelschule mit der 4. – 7. Klasse und pro Provinz mindestens eine Oberschule mit der 7. – 10. Klasse, dazu 16 höhere Lehranstalten und 128 Fachschulen. Unter der Kolonialherrschaft kam auf 180.000 Einwohner ein Arzt, in ganz Vietnam gab es 47 Krankenhäuser. Heute existiert in jedem Kreis mindestens ein Krankenhaus, das zehnfache der Zahl von 1940, auf 13.000 Einwohner kommt ein Arzt, und in jeder Gemeinde des Deltas sowie in 80 Prozent der Gemeinden der Berggebiete gibt es eine Schwestern- und Entbindungsstation. Anstelle der schmutzigen Wasserlöcher von früher gibt es heute einen gemauerten Steinbrunnen pro 11 Familien, und nach einer großen Kampagne gegen jahrhundertalte Gewohnheiten wurden auf den Bauernhöfen hygienische Aborte eingerichtet. Volksseuchen wie Pocken, Pest, Cholera waren seit 1957 fast völlig verschwunden, andere wie Typhus, Diphtherie, Kinderlähmung wesentlich zurückgegangen. Die Malaria, Geißel der Tropenbevölkerung, war praktisch ausgerottet. Immer wieder ging uns durch den Kopf, daß hierin wohl das größte Verbrechen der USA-Luftangriffe lag: in der Zerstörung der sanitären und Bildungseinrichtungen, der mühselig aufgebauten Verkehrseinrichtungen und technischen Anlagen, die ein ehemaliges Kolonialvolk sich unter seiner sozialistischen Regierung geschaffen hatte, das durch die jahrzehntelange brutale Ausplünderung sowieso schon mit einer schweren Rückständigkeit belastet war.

Das Leben, die Arbeit, der Kampf geht weiter

Die Zerstörungen in der Industrie wurden uns wieder sichtbar, als wir schließlich Haiphong erreichten. In der Umgebung des großen Haiphonger Zementwerkes, das im 1. Fünfjahresplan zu einem Großbetrieb ausgebaut war, ist eine riesige Fläche in eine Steinwüste verwandelt. Ein ganzes Stadtviertel eine Trümmerlandschaft. Dabei muß man wissen, daß praktisch erst seit der Befreiung überhaupt von einer Entwicklung der Industrie in Vietnam die Rede sein kann. 1954 gab es in der ganzen DRV gerade etwa 40 Betriebe, die diesen Namen verdienten. Zehn Jahre später machte der Anteil der Industrie am Wert der gesamten Produktion der DRV schon etwa 50 Prozent aus. Es gab rund 200 große und insgesamt über 1000 Industriebetriebe, also praktisch war alle drei Tage ein neuer Betrieb entstanden. Viele dieser Betriebe sind heute in die Berggegenden evakuiert, verlagert, zum Teil zerstört. Unter den Bedingungen des Krieges schlug die Regierung bewußt den Weg ein, die zentrale Industrie nicht weiter zu entwickeln, sondern sie systematisch zu dezentralisieren und zu evakuieren. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte sind daher heute neben der Verteidigungsindustrie und dem Verkehrswesen sowie der Landwirtschaft vor allem die regionalen und örtlichen, kleinen und mittleren Betriebe, die Waren für die jeweiligen Provinzen liefern. Die Provinzen sind wirtschaftlich weitgehend selbständig, die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern liegt praktisch in ihrer Hand. Zentral geleitet werden im Grunde nur noch die Versorgung der Armee, die Versorgung der Städte, das Elektrizitätswesen, das Verkehrswesen und die wenigen Großbetriebe, die nicht dezentralisiert werden konnten. Nur durch diese Regionalisierung der Wirtschaft war das Überleben möglich – und die Fortsetzung des Kampfes gegen die US-Aggression. Sie ist eines der Geheimnisse der vietnamesischen Widerstandskraft. Mitten in den Trümmern sehen wir plötzlich ein Strohdach: eine Familie hat einfach auf die Reste der stehengebliebenen Steinmauern eines früheren Zimmers Bambusstangen gelegt, ein Dach darauf befestigt, die fehlende Vorderwand durch geflochtene Matten, mit Lehm beworfen, wie bei den Bauernhäusern, ersetzt – so hat sie wieder eine Unterkunft. Nebenan in einem kleinen Garten wächst inmitten der Steinwüste Salat, Bananestauden stehen darum herum. Und wenig später stehen wir in einem total zerstörten Betrieb. Steine und Betonbrocken liegen herum, auf den Schutthaufen weidet ein Esel. Aber inmitten dieser Trümmer steht eine Werkhalle, notdürftig wiederhergestellt: dort werden Emailschüsseln produziert. Nein, dieses Volk ist nicht besiegtbar. ■

Abonnenten haben's besser . . .

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
e l a n .

(Jahresabonnement 13 DM einschließ-
lich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

Weitkreisverlage
GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

Jagow versichert (fast) alles –
auch Deinen Jugendclub und
Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog C 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
34-GÖTTINGEN, Postfach 601

**Bist Du
schon
Mitglied
der
SDAJ?**

Informationen:
Sozialistische Deutsche
Arbeiterjugend
43 Essen, Bersonstr. 11
Tel. 23 23 27 / 37
Spenden:
Postscheck Essen 18 65 84



An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können
oftmals
leider nur gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir bitten
um Verständnis.
Die Briefe
erscheinen nicht
unter
Verantwortung der
Redaktion.

Antwort der Bosse

Günter Wallraff schrieb in elan
4/69 über Unternehmerideologie
in der BRD

Mit Bedauern habe ich in Ihrer Ausgabe 4/69 den Beitrag von Günter Wallraff „Worte der Bosse“ gelesen. Abgesehen von der Tatsache, daß ein derartiger Aufsatz für mein Empfinden kein sachlicher Diskussionsbeitrag ist, entspricht der Absatz über die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft nicht ganz den Tatsachen.

Ich erlaube mir aus diesem Grund, Ihnen in Form des Buches „Führungsbrevier der Wirtschaft“ die Grundzüge des Harzburger Modells zu überreichen und würde mich freuen, wenn Sie die Zeit fänden, sich bei Gelegenheit einmal damit auseinanderzusetzen. HARTMUT VOLK, Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft, Bad Harzburg

Sexualität und Herrschaft

Ein lebhaftes „Für und Wider“ hat unser Artikel „Sexualität und Herrschaft“ (Maiausgabe) ausgelöst.



Mit großem Interesse habe ich die Beiträge in Heft 5 von elan über Sexualität und Herr-

schaft, Petting und Beischlaf gelesen. Ich möchte Sie ermutigen, weitere Beiträge zu dieser Thematik zu bringen. Die Entwicklung zuverlässig wirkender empfängnisverhütender Mittel bietet die Chance, eine Sexualerziehung zu entwickeln, die nicht mehr ihr Ziel darin sieht, die Jugend von der Sexualität abzulenken. Sexualerziehung kann jetzt betrieben werden wie jede andere Erziehung: Durch praktische Übung kann gelernt werden, das Sexualverhalten zu kultivieren. Dazu aber braucht die Jugend vor allem richtige und gründliche Information. Die Beiträge, die elan veröffentlichte, sind dafür nachahmenswerte Beispiele.

HELMUT KENTLER, Dipl.
Psychologe, Berlin

Ich halte es für richtig, daß ihr den Artikel „Sexualität und Herrschaft“ gebracht habt. Dieses in der bürgerlichen Presse breit ausgewählte Thema mußte endlich einmal von sozialistischer Sicht aus behandelt werden. Die Jugendlichen werden von Presse, Film und Mode immer mehr mit sogenannter „Aufklärung“ überschwemmt; das Thema Sexualität wird, auch in den Betrieben immer häufiger diskutiert. Darum ist es wichtig, daß wir diesen Bereich nicht der Reaktion überlassen, sondern der Jugend und gerade der Arbeiterjugend die Möglichkeit geben, sich einen klassenbewußten Standpunkt zum „Sexrummel“ zu erarbeiten.

AGNES HÜFNER, Hamburg

An den Anfang unserer beabsichtigten Kritik möchten wir die Feststellung setzen, daß die Jugendzeitschrift „elan“ nach Form und Inhalt grundsätzlich in Ordnung ist und absolut nicht vergleichbar mit irgendwelchen bürgerlichen Jugendmagazinen, ob sie nun „Bravo“ oder „Twen“ heißen mögen. Diese Einschätzung ist u. E. schon deshalb richtig, weil „elan“ einen Klassenstandpunkt vertritt und sich stets mutig und unbeirrbar für die

berechtigten Interessen der werktätigen und studentischen Jugend einsetzt. Diese Anerkennung entbindet uns als Freunde dieser Zeitschrift aber nicht von der Pflicht zur berechtigten Kritik, wenn sie uns dringend geboten erscheint.

Liebe Freunde, was soll der Artikel „Sexualität — Herrschaft — Fakten“ eigentlich bezwecken? Soll das wirklich Aufklärung sein? Wir haben absolut nichts gegen Aufklärung auf sexuellem Gebiet, jedoch müßte man sich in der Redaktion nach unserer Meinung über Inhalt und Form derselben klar werden.

Wir haben als langjährige Bezieher des „elan“ nach Studium des o. a. Artikels den Eindruck gewonnen, daß sich die Redaktion ein wenig von dem Problem überrollen ließ, von dem sie sich und die Jugend eigentlich befreien wollte. Wir meinen die mächtig heranrauschende und von den herrschenden Kreisen in ihrem Interesse ganz bewußt geschürte Sexwelle.

Es ist uns nicht möglich, an dieser Stelle auf alle Details einzugehen, aber einige grundsätzliche Fragen möchten wir Ihnen doch stellen.

1. Kann man das Sexualproblem und die dazugehörigen Theorien von den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen und den in ihnen wirkenden Kräften losgelöst betrachten?

2. Ist das Sexualproblem das Hauptproblem in unserer Gesellschaft?

3. Ist die sexuelle Befreiung, wie sie heute vielfach propagiert wird, überhaupt ohne vorhergehende soziale Befreiung möglich? Oder anders: Kann man die soziale Revolution etwa durch die lautstark propagierte sexuelle Revolution ersetzen?

4. Halten Sie die außerordentlich deutliche und grobe Form Ihrer „Aufklärung“ wirklich für geeignet, in einer Jugendzeitschrift mit dem Charakter des „elan“ zu erscheinen?

5. Meinen Sie, daß man Ihre Zeitschrift mit dem, von uns

kritisierten Artikel in jedem Haushalt auf dem Tisch liegen lassen könnte, auch wenn es noch 8 bis 12jährige Familienmitglieder gibt, die ebenfalls schon fleißig den „elan“ lesen, oder sollte man besser die zitierte und künftig vielleicht noch andere Ausgaben mit ähnlichem Inhalt vor den Kindern verstecken?

Als Eltern heranwachsender Kinder und als aufrichtige Freunde des „elan“ möchten wir Sie mit unserer Kritik anregen, Ihren Standpunkt bezüglich Inhalt und Form der gebotenen Sexualaufklärung einmal zu überprüfen.

Es ließe sich noch sehr viel dazu sagen. Vielleicht läßt sich über dieses gewiß nicht unwichtige Thema einmal eine Aussprache zwischen Redaktion und Lesern des „elan“ durchführen, so etwas könnte sicher viel zur Klärung des Problems beitragen.

Weiterhin viel Erfolg für Ihre auf jeden Fall sonst sehr empfehlenswerte Zeitschrift wünschen Ihnen herzlich
ILSE HOKE, OTTO HOKE
Dortmund

Jupp Angenfort dankt

Jupp Angenfort möchte hiermit allen danken, die für seine Freilassung aus dem Zuchthaus eingetreten sind.



Von ganzem Herzen danke ich für eure Solidarität. Sie war für mich eine große Hilfe. Die

Proteste und Forderungen von Freunden des Friedens, von Demokraten und Sozialisten aus aller Welt haben meine Freilassung erzwungen. Die Reststrafe wurde aufgehoben, der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wurde beseitigt, die Möglichkeit der Polizeiaufsicht wurde zurückgenommen.

Die Tatsache aber, daß ich 1955 wegen meines Eintretens für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, hat nach wie vor diskriminierende Folgen, die bis an mein Lebensende währen sollen. Zum Beispiel kann ich kein Ehrenamt bekleiden, also auch in kein Parlament gewählt werden. Offensichtlich soll ich in meiner politischen Tätigkeit behindert werden, während ehemals führende Nazis alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt bekamen.

Ich bitte euch, meine Forderung zu unterstützen, daß die diskriminierenden Folgen des politischen Zuchthausurteils beseitigt werden müssen. Bitte dankt in meinem Namen allen Freunden und Genossen, denen ich nicht persönlich schreiben kann, für die Solidarität.

JUPP ANGENFORT, Düsseldorf

Prager Frühling

Aja hat in Prag einen jungen Westdeutschen kennengelernt. Leider fehlt ihr seine Anschrift.

Am 22. 5. habe ich in Prag bei den Musik-Festspielen „Prager Frühling“ einen Jungen aus Westdeutschland kennengelernt. Vor Beginn habe ich mit ihm gesprochen. Ich weiß nur, daß er in der Nähe von Stuttgart wohnt, Biologie und Chemie studiert. Gern würde ich mit ihm korrespondieren, doch ich habe seine Adresse nicht. Vielleicht liest er diesen Brief? AJA CEPELAKOVA, Domovmladeze Pg. s., Berouh II, U Stadionu 486.

Wer schreibt uns?

Zwei junge Mädchen aus der DDR und ein junger Pole suchen Briefwechsel.

Vor einiger Zeit hatten wir Gelegenheit, in einigen Ausgaben des elan zu lesen, was sehr interessant war und uns einige Zusammenhänge zeigte. Da wir uns für Politik interessieren, würden wir uns freuen, wenn uns zwei junge Männer ab 18 Jahre schreiben würden, mit denen wir etwas politisieren könnten. Mein Name ist Ursula Treyße, meine Freundin heißt Renate Friedrich. Wir sind beide 18 und stehen jetzt kurz vor dem mündlichen Abitur. Meine weiteren Pläne sind ein erfolgreiches Journalistikstudium, wenn ich die Volontärzeit abgeschlossen habe. Renate wird Tierzucht und Veterinärmedizin studieren.

URSULA TREYßE,
X1821 Reetz (DDR), Belziger
Straße 13
RENATE FRIEDRICH,
X1821 Reetz (DDR), Mahlsdorfer
Straße 13

Ich interessiere mich für die Probleme der deutschen Jugend. Deshalb möchte ich mit einem Freund bekannt werden, der Anhänger des ideologischen Kampfes ist. Außerdem sammle ich Briefmarken. Ich würde gern polnische gegen westdeutsche tauschen.

R. MAJER, Ruda S1-4, ul.
Marchlewskiego 27/5, Polen

Briefkontakte?

Liebe Leser, schreibt
uns Eure
Adressenwünsche.
Wir werden Euch gern
Anschriften aus den
verschiedenen Ländern
übersenden.

Redaktion elan

ALBAN MUSIC

THE BALLAD OF JOHN AND YOKO

The Beatles (Apple)
Nach „Get Back“ nun die zweite ultrakommerzielle Beatles-Single: Ein flotter Report über die Flitterwochenerlebnisse des Ehepaars Lennon mit interessanter Baßbegleitung und Hilbilly-Hintergrundtönen.

BORN TO BE WILD

Steppenwolf (Columbia)
„Amerikas Antwort auf die Rolling Stones“, so versuchte man Steppenwolf zu charakterisieren. Ein Vergleich mit den frü-

THE BOXER

Simon & Garfunkel (CBS)
Der „Mrs. Robinson“-Nachfolger zeigt sich als eingängige Folk-Ballade mit einem Hauch Sozialkritik. „Bookends“-Qualität, wie bei Songs von Paul Simon nicht anders zu erwarten.

TIME WAS

Canned Heat (Liberty)
Nach „Going Up The Country“ wurde es still um Canned Heat — bis sie mit dem Doppelalbum „Living The Blues“ und dieser Single wieder in Er-

Jeff Beck war der frühere Leader der vorzüglichen Yardbirds („Shapes Of Things“), zu der damals auch noch Eric Clapton gehörte. Im Jahre 1967 begann er eine Solokarriere mit der Single „Hi Ho Silver Lining“.

Seine erste LP TRUTH (Electrola SMC 74 499 Stereo, 19,—) stellte der fähige Gitarrist im Stil von John Mayall zusammen: Er selbst wählte die Songs aus, stellte die Arrangements zusammen und engagierte ausgewählte Musiker zur Aufnahme. Das Ergebnis sind knallharte, bizarre Blues-Bomben („Blues De Luxe“, „Let Me

Love Of Ivy“), ferner Evergreens wie „Twist and Shout“ oder „My Girl“. Die Instrumentierung bleibt konventionell; hervorragend sind — überflüssig zu erwähnen — die Gesangsharmonien des Pop-Quartetts.

Immer mehr Gruppen gehen zu Monsterstücken über, die bis zu zwanzig Minuten dauern und ganze LP-Seiten beanspruchen, sie wollen auf diese Weise die Vorstellungen ihrer Musik verwirklichen. So auch „Iron Butterfly“ auf ihrer zweiten LP „In-A-Gadda-Da-Vida“ (Atco SD33-250). Im 17-minütigen Titelstück wird ein Thema aufgegriffen und auf hervorragende Weise ständig variiert. Die verarbeiteten Stilelemente reichen von Beat über typische Undergroundeffekte bis an den Jazz heran. Dieses Stück ist so gemacht, daß es für eine sehr schwache A-Seite entschädigt.

„Die indische Musik zeigt einen spirituellen Weg zu Gott. Sie läßt dich erkennen, daß Gott im Klang ist.“ Ein solches meint George Harrison, der kleine Individualist unter den Beatles und Komponist von „Blue Jay Way“, „Within You, Without You“, „While My Guitar Gently Weeps“. Als erste Beatle Solo-LP legt er uns „Wonderwall Music“ vor, die genau dem entspricht, was wir von George gewohnt sind. Mit wunderschönen und -schönen Melodien läßt er jeden, der von dieser pervertierten Konsumgesellschaft noch nicht aufgesogen worden ist, die Mauer zum „Erkennen“ durchstoßen. (Apple Records SHZE 250)

HIT PARADE

1. **DIZZY**
Tommy Roe (Columbia)
2. **GET BACK**
Beatles (Apple)
3. **PROUD MARY**
Creedence Clearwater Revival (Bellaphon)
4. **THE BOXER**
Simon & Garfunkel (CBS)
5. **BOOM BANG-A-BANG**
Lulu (Columbia)
6. **PINBALL WIZARD**
Who (Polydor)
7. **DAS MÄDCHEN KARINA**
Roy Black (Polydor)
8. **OH HAPPY DAY**
Edwin Hawkins Singers (Buddah)
9. **AQUARIUS — SUN SHINE**
5th Dimension (Liberty)
10. **GOODBYE**
Mary Hopkin (Apple)



INFORMATION

hen Move liegt allerdings näher: Diese erste Single der Gruppe, nun endlich auch bei uns erschienen, ist eine mitreißende Rocker-Verherrlichung.

MAN OF THE WORLD

Fleetwood Mac (Immediate)
Die fünfköpfige Gruppe um Peter Green, früher auf „schweren“ Blues festgelegt („Need Your Love So Bad“), schwimmt seit Albatros auf der weichen Welle. Sie produziert allerdings keinen Kitsch, sondern fasziniert vielmehr mit ihren zarten ausgeklügelten Arrangements. „Man Of The World“ bringt im Text die Lebensbeichte eines „Weltmannes“.

scheinung traten. Die Gruppe (eine der besten Bluesformationen überhaupt) präsentiert wieder ihren „kratzigen“, unverfälschten Sound, der sie von „Musiktechnikern“ wie Cream oder Fleetwood Mac abhebt.

I THREW IT ALL AWAY

Bob Dylan (CBS)
Wir hören auf dieser Single (der ersten seit fast drei Jahren) einen, wie manche meinen, „reif gewordenen“ Bob Dylan, der sich nicht mehr um Politik schert, sondern über die Liebe im privaten Bereich singt. Abgesehen von diesem fatalen Rückschritt: durchaus gefällig.

Love You“, I Ain't Superstitious“), bisweilen aber auch zarte, zugleich perfekt verfremdete Nummern („Morning Dew“). Besonders hervorzuheben wäre noch die grandiose Neuinterpretation des Oldtimers „Old Man River“.

Die Mamas & Papas, mit „Monday, Monday“ bekannt geworden und mit Titeln wie „Dedicated To The One I Love“ erfolgreich geblieben, stellen in ihrem Album GOLDEN ERA 2 (Electrola SHZ 249, Stereo, 19,—) zwölf ihrer besten Aufnahmen vor, davon vier John Phillips-Kompositionen (besonders erwähnenswert: „For The

Carsten Linde

★★★★★★★★★★

SONG MAGAZIN



Seit über 10 Jahren gilt der Schauspieler **THEODORE BIKEL** als einer der vielseitigsten Folksinger in den USA. Über ein Dutzend LPs wurden von ihm mit Liedern aus aller Welt besungen, von denen die beiden jiddischen und russischen auch in Deutschland viele Freunde gewannen. Zum 10jährigen Jubiläum wurde ein Live-Konzert von Bikel mitgeschnitten und bei uns unter dem Titel **„THEODORE BIKEL SINGT LIEDER DER VÖLKER“** (Reprise RS 5114, 19 DM) veröffentlicht. Diese empfehlenswerte LP bietet einen Ausschnitt aus dem umfangreichen Repertoire des Sängers mit 16 Liedern aus Israel, Spanien, USA, Deutschland, Frankreich, Irland, Rumänien, Rußland und Serbien. Hinzu kommen zwei jiddische Lieder, von denen das Ghettolied „Sog nit keimol“ vom Widerstand im Warschauer Ghetto berichtet und zur Solidarität auf-

fordert. Wie vielfältig die stimmliche Modulation Bikels ist, wird auf der genannten LP deutlich. Ob er ein irisches Zigeunerlied a capella vorträgt oder das russische „Dve Gitari“ mit hervorragender instrumenteller Begleitung interpretiert — immer kommt das Wesen der Lieder zum Ausdruck, die in Theodore Bikel einen temperamentvollen und sachkundigen Sänger gefunden haben.

RAVI SHANKAR'S „FESTIVAL FROM INDIA“ (Liberty Records, LBS 83 226/27 X, 29 DM) fasziniert durch die Vielfalt und ausgeprägte Tonalität der indischen klassischen Musik und der indischen Folklore. Für nur 29 DM erhält man 2 LPs mit einem Querschnitt durch beide Stilrichtungen und sehr guten Beispielen für verschiedene Ragas und Liedformen. Erregende Töne klingen aus Flöten oder perlen von Saiteninstrumenten und führen in einen selten gehörtes musikalischen Nirvana. Ravi Shankar hat die besten Virtuosen auf so unterschiedlichen Instrumenten wie Sitar, Rabab, Tota, Tabla, Dholak, Nakara, Santoor (116 Saiten!) und Shenai um sich geschart und diese einmaligen Aufnahmen produziert. Wer diese Instrumente noch nicht kennt, sollte die LP hören und den präzisen Covertext studieren, es lohnt sich.

MIRIAM MAKEBA, afrikanische Sängerin aus Johannesburg und Frau des Black-Power-Sprechers Stokely Carmichael, trägt Volkslieder und Tanzweisen der südafrikanischen Neger sehr mitreißend und akzentuiert auf ihrer LP **„PATA PATA“** (Reprise RS 6274, 19 DM) vor. Miriam Makeba hat eine herbe Stimme, die ihre Zuhörer schnell in ihren Bann zieht. Sicher tragen Vitalität und rhythmisches Feuer der Lieder viel zum Erfolg der LP bei. Unübertroffen sind die gutturalen, geflüsterten Interpretationen von „Jol inkomo“ und „Yetentu Tizaleny“. Modernen Balladen

in englischer Sprache ist Miriam Makeba ebenso gewachsen, wie ihr Vortrag von „A Piece of Ground“ zeigt. Eine sehr empfehlenswerte Platte.

Die einst so radikale Musik der **FUGS** ist leiser und angenehmer geworden. Auch den Texten wohnt nur noch selten direkte politische Agitation inne. Über aller Lyrik und der vermeintlichen „Softmasche“ der LP „It crawled into my hand, honest“ (REPRISE RS 6305, 19 DM) sollte man sich nicht einlullen lassen. Hörenswert erscheinen die Titel „Manjuana“ und „The National Haiku Contest The Divine Toe Irene“. Vom politischen Engagement der Fugs und dem Glanz ihrer Formulierungen ist auf dieser LP leider nur noch wenig zu spüren.

ALEXIS KORNER, der „Großvater des weißen Blues“, glaubt zuversichtlich, daß seine Art von Musik schon bald populärer sein wird, als Beat, Soul, Psychodelic und Underground-Musik. Seine neue LP heißt „A new Generation of Blues“ (Liberty LBS 83 147 E, 19 DM) und auf ihr sind harte, einfache Rhythmen und Texte zu hören. Im Gegensatz zum klagenden Blues der Neger sind diese Lieder voller Lebensfreude und Dynamik. Korner's kraftvolles Gitarrenspiel und vor allem seine Stimme knüpfen an die Tradition afro-amerikanischer Blues an, führen diese aber in einer für weiße Musikalität und Mentalität beeindruckenden Art fort.

POP-REVOLUTION, der zweite Sampler von CBS mit Underground-Musik, vereint auf einer buntgeprägten LP so bekannte Gruppen wie Blood, Sweat & Tears, Spirit, The Electric Flag, The Chambers Brothers und Moby Grape sowie die hervorragenden Solisten Mike Bloomfield und Al Kooper. Unter all den gar nicht besonders „revolutionär“ arrangierten und getexteten Titeln dürften „Twisted“ (von John

Kay) und „Hoochie“ (von Moby Grape) durch ihre Bluesrhythmik und -diktion die ursprünglichsten sein. (**POP REVOLUTION** CBS SPR 30, 10 DM)

Die Band **MOBY GRAPE** verzichtet auf ihrer neuesten LP **„MOBY GRAPE 69“** (CBS S 63 430, 19 DM) auf Arrangements, die ihrer Musik die Gradlinigkeit nehmen könnten. Ihr Stil läßt durch die erneute Verwendung von Folklore-Elementen aufhorchen. Bestehend sind die Boogie-Woogie-Soli und der wieder harte Beat der Gruppe. Der LP liegt ein Super-Poster bei, aber auch ohne dieses ist die Platte der Musikkommune recht attraktiv.

Einen Bild- und Textbericht über das **LIVING THEATRE** geben Erika Billeter und Dölf Preisig unter dem Titel **„PARADISE NOW“** (Scherz-Verlag, 140 Seiten, viele Photos, 9,80 DM). Der Band bringt einleitend eine gedrängte Darstellung der künstlerischen Grundidee des Living Theatre

und eine Reihe von Interviews mit Angehörigen der legendären Großkommune. Sehr aufschlußreich ist eine kritische Analyse des Stückes „Paradise Now“ mit vielen Szenenfotos. Ein sehr empfehlenswertes Buch.

Das Buch **DAS BUCH DER NEUEN POP-MUSIK** schrieb der Journalist Rolf-Ulrich Kaiser (Econ-Aktuell, 204 Seiten, 10 DM). Das Buch ist informativ geschrieben und versucht einen Überblick über die „revolutionäre“ Pop-Szene zu geben. Kaiser fügt seiner Deutung der verschiedenen Pop-Stilrichtungen ein „Pop-Musik-Lexikon“ bei mit 63 Porträts, die sich leider zum großen Teil auf die Pressemitteilungen der Schallplattenfirmen stützen und dadurch ein teilweise manipuliertes Bild abgeben. Denjenigen, die sich über Rolf-Ulrich Kaisers Essays weiter informieren möchten, wird es schwer gemacht: die vom Pop-Papst verwendeten Zitate sind selten gekennzeichnet. Trotz allem: durchaus lesenswert.



DDR-FILME IN DER BRD

Der Versuch der Oberhausener Veranstalter, dem bundesrepublikanischen Filmpublikum einen repräsentativen Querschnitt durch das Filmschaffen in der DDR zu bieten (DEFA-Produktionen), darf als gelungen angesehen werden. Unbestreitbar bleibt das Resultat, das Heinz Kersten so formulierte:

„In der Bemühung um eine Auseinandersetzung mit Problemen unserer gemeinsamen Vergangenheit und auch mit

gung der Verwendung ähnlicher Mittel wie in der westlichen Bewußtseinsindustrie nicht allein nur auf die Überzeugung, die richtige Sache zu vertreten, sondern auf die Grundverschiedenheit der Systeme: die Klassengesellschaft, dort Arbeitermacht, d. h. relativ erreichte Befreiung von Ausbeutung.

Die Alternative zur Manipulation, die sozialistische Bewußtseins- und Persönlichkeitsbildung, geschieht im Medium des DDR-Films durch eine ganze Skala von Methoden: sie reicht von plakativen Verhaltensmodellen, positiven Helden, Schwarz-Weiß-Malerei bis zur Analyse von menschlich-gesellschaftlichen Konfliktsituationen während der Aufbauzeit, zur Feinddifferenzierung von Charakteren, zur Auseinandersetzung und schonungslosen Offenlegung der Probleme der gegenwärtigen Republik.

Die Auseinandersetzung mit gesamtdeutscher Vergangenheit wurde durch insgesamt fünf formal und inhaltlich unterschiedlich qualitative Filme vorgeführt:

KRUPP UND KRAUSE, eine fünfteilige Fernsehfolge (Januar 1969), verfolgt parallel die historische Rolle der Firma Krupp und ihrer Besitzer während der NS- und Nachkriegszeit und die des Krupp-Arbeiters Krause. Die nicht-identischen Klasseninteressen werden am privaten Schicksal der Figuren nachlesbar. Der Weg der Firmenbosse verläuft trotz der zeitweilig geschickt verdeckten Anpassungsmanöver, die politisch verheerende Folgen wie die Rüstungssteigerung ermöglichten, im Grund gradlinig, wie der jedes Kapitalisten: Profitmaximierung ist Norm alles Verhaltens. Der Film zeigt demgegenüber die komplizierte langsame Wandlung eines Unterdrückten. Dieser macht es sich nicht einfach und braucht viele Umwege, um die seiner Klassenlage entsprechende Haltung und Position zu finden. Nach Erreichen dieses inneren, sozusagen theoretischen Zieles läßt die Anerkennung seiner Leistung in der Praxis des Aufbaus der Wirtschaft der DDR nicht auf sich warten: er ist Verhandlungspartner der Firma Krupp. Viel berechtigter Stolz auf das Erreichte drückt sich in dieser Prämierung aus, obwohl uns die Parallelführung hier ein wenig platt, zu weit getrieben erscheint. Interessanterweise konzentriert sich die anschließende Diskussion des Films auf diesen Epilogteil, ohne auf die historische Bewältigung der Krupp-Story näher einzugehen. Hier

würde es vielleicht peinlich für die BRD! Wie in dieser Fernsehfolge liegt der Akzent des Films DIE FAHNE VON KRIWOJ ROG auf dem Moment des Nacherlebens. Eine Mansfelder Bergarbeiterfamilie — Kommunisten — wird in ihrem antifaschistischen Widerstand um das Symbol der Verbundenheit mit russischen Genossen, eine Fahne, gesammelt. Sie wird zur Gewißheit vom Neuanfang, Kraftquelle des Durchhaltens: dem Heroismus einfacher Menschen schuf der Film ein etwas zu pathetisch geratenes Denkmal.

Ehrlicher, weil die Aussageabsicht weniger verbal und thesenhaft als optisch umsetzend, darum weniger klischeehaft und ästhetisch befriedigender ist ICH WAR NEUNZEHN von Konrad Wolf, dem anerkannten Talent des DDR-Films. Seine Story ist die Suche eines Emigrantenjungen nach seinem Deutschland während des Vorrückens der Roten Armee, der er angehört. Gregor Hecker, 19 Jahre, bringt weder Haß noch romantische Liebe zu seinem Vaterland mit, sondern Zweifel und Skepsis. Außerdem aber eine Unmenge Vertrauen und Bereitschaft, die Realität des Krieges zu beenden und Frieden zu schaffen. Sein menschliches und politisches Unterscheidungsvermögen wächst mit zunehmender Kenntnis der konkreten Situation, der Menschen und der Zeichen des Neubeginns. Er nimmt sein „Deutschtum“ auf sich als Kampf gegen die Kräfte der Zerstörung. Ein überzeugender, weil differenzierter, von Verständigungsbereitschaft trotz sozialistischer Kompromißlosigkeit getragener Film.

Die Verfilmung des Becher-Romans ABSCHIED durch Egon Günther kann als bester Beitrag bezeichnet werden. Aus dem Interesse des Regisseurs an moralisch-ethischen und politischen Haltungen heraus gewinnt die Aufarbeitung einer typischen intellektuellen Jugend vor dem ersten Weltkrieg Aktualität und exemplarischen Charakter. „Was in unserem Film vorfaschistisch erscheint, das könnte genauso gut neofaschistisch sein und tritt auch in der restaurativen bürgerlichen Gesellschaft ... auf gleiche oder ähnliche Weise in Erscheinung.“ So ist für uns Bechers „Abschied“ ein Roman, der von einem Elternhaus handelt und eine Nation meint. Hans Gastl, die Hauptfigur, nimmt Abschied aufgrund einer Entscheidung: er will anders werden — das Ziel ist allerdings erst vage zu ahnen und der Weg dahin dunkel.

DER HEXENJÄGER

Den Hexenjäger Matthew Hopkins, eine historische Figur der Cromwell-Zeit, nimmt der junge englische Regisseur Michael Reeves zum Anlaß, sein an Horrorfilmen bereits erprobtes Talent, Supersadismen und Brutalitäten auf die Leinwand zu bringen, wieder einmal zu beweisen. Fabel und Psychologie, die dazu herhalten müssen, sind schlicht und bescheiden: vor dem Hintergrund von Bürgerkrieg, Puritanismus und der daraus resultierenden

Hexenverfolgungen wird die schöne Sara, Braut des ebenfalls recht ansehnlichen Cromwell-Offiziers Richard geschändet. Richard wird zum rasenden Rächer und zersprengt, als er mit Sara zusammen der Tortur unterworfen werden soll, wie Samson die Ketten, hackt im Wahnsinn den Hexenjäger mit einer Axt kurz und klein. Sara ist inzwischen durch die Folterungen ebenfalls um den Verstand gebracht.

Die Zuschauer atmen beruhigt auf: Hopkins ist ein Opfer seines Berufs geworden. Das Wesentliche aber und das eigentlich Barbarische dieses Films liegt nicht in dem reichlich und

plastisch fließenden Blut, nicht in den peinlich genau geschilderten Folterungen und Hinrichtungen, sondern in seiner Wirkung: Was will Reeves mit dem „Hexenjäger“ beweisen? Etwa, daß Brutalität in jedem schlummert? Dann dürfte er wohl übersehen haben, daß diese sinnlose und unreflektierte Anhäufung von Grausamkeiten selbst wieder zum Anreiz werden kann oder auf die Dauer den weniger empfindlichen Kinogänger so weit „abhärtet“, daß er in konkreten Situationen ebenfalls ohne Magenschmerzen zur Tagesordnung übergehen kann. Fazit: ein ganz übles Stück „Filmkunst“.

YELLOW SUBMARINE

Walt Disney und seinen Zeichentrickfilm kann man nach Heinz Edelmanns Gelbem Unterseeboot getrost begraben, denn Yellow Submarine ist ein Film, der einfach Spaß macht, in dem alles — von der Flower-Power-Story bis zur vielfältigen und überraschenden Trickfilmtechnik — stimmt. Das Land auf dem Meeresgrund ist ein Märchenland mit glücklichen, musizierenden Menschen — so lange bis den Blaumiesen, tückisch aggressiven Monstern, dieser paradiesische Zustand unerträglich erscheint. Mit ihrer blauen düsen schnellen Armee fallen sie über das heitere Land her und zertrampeln die bunte, farbenprächtige Pop-Welt, alles ist grau, tot und erstarrt. Der letzte Überlebende entkommt und holt Hilfe — bei den Beatles. Sie besiegen, nach einer abenteuerlichen Fahrt durch das Meer der Zeit, das Meer der Löcher und „nowhere-land“ die Blaumiesen mit ihrer Musik, retten das Paradies. — Die Bilder illustrieren dabei weniger die bekannten Songs aus „Revolver“ und „Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band“, machen sie eher sinnlich faßbar. Eleanor Rigby und Lucy in the Sky finden ihre adäquate Umsetzung in erregenden Farbspektren und herrlichen Pop-Grafiken, die romantische Story vom Sieg des Guten und Schönen wird gefüllt mit witzigen Dialogen, ist darum weit entfernt von blasser Sing-Out-Ideologie. Aus dem Nein der Blaumiesen wird Ja, aus der Glove-Waffe Love: ein wunderschöner romantischer Filmtraum.

SOMMER- SPROSSEN

Eine „Bonny and Clyde“-Story im Stil des Jungen Deutschen Films: in den dreißiger Jahren machen zwei junge Ganoven und die dazugehörigen Damen erst Deutschland und dann die Schweiz unsicher und enden dann in scheinbar aussichtsloser Situation durch Selbstmord. — Banküberfall, Diebstahl, schwerer Raub, die üblichen grünen Wiesen, herrliche Old-Timer, flotte Kostüme, ein bißchen verkorkste Nietzsche-Philosophie (Nazis spielen übrigens auch mit): das ganze, schön bunt und mit freundlichen Landschaftsaufnahmen — ist einfach fad, nicht mal ärgerlich.



Problemen der Gegenwart war und ist der Film in der DDR dem Film in der BRD eindeutig überlegen.“

Damit ist ausgedrückt, was DDR-Filme von BRD-Filmen unterscheidet: sie sind nicht nur bewußt politisch konzipiert, d. h. sie haben nicht nur eine Funktion in der gesellschaftlichen Gegenwart, sie dienen der Erreichung einer angestrebten Zukunft. In ihnen soll das sozialistische Menschenbild geformt werden durch Vermittlung von Denkanstößen, Vorbildern und Negativmodellen. Sie beziehen so ideologisch Position, die Position des Pädagogen oder beeinflussenden Humanisten, des Aufklärers.

Man kann es jedoch auch mit dem verpönten Wort Propaganda bezeichnen. Der qualitative Unterschied zur westlichen Form, der Manipulation, ist nur schwer zu packen: Die Verfälschungs- und Betrugstheorie verschleiern den objektiven kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, der letzten Endes Inhalt, Funktion und Struktur der Manipulation bestimmt, nämlich das politisch-ökonomische Ausbeutungsverhältnis. So reduziert sich die Rechtferti-



Der Hexenjäger



Ich war neunzehn



Yellow Submarine



Abschied



ARNo PL006:

Alternativen?



„Unsere neue Verpackung ist einfach ganz toll – kein Mensch redet noch von unserem Programm!“



„Gratuliere! Und die Vorbeugehaft werden wir auch noch gemeinsam schaffen!“



„Da mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze auch der Einsatz der Bundeswehr im Inneren beschlossen wurde – sollten wir uns schon jetzt über alle unsere Möglichkeiten bestens informieren!“



„Nachdem wir gut durch die Krise gekommen sind, sollten unsere Mitarbeiter endlich auch sehen, daß es aufwärts geht . . .!“

elam

Lieber ADF!